



**LÜBECKS WEG IN  
DIE  
DIKTATUR**

Prolog	5
I. Präfaschismus	12
2. Zur Auseinandersetzung um den Begriff	14
II. Das völkische Netzwerk	15
1. Alldeutscher Verband: Thinktank der Konservativen Revolution	21
2. Das Konzept des Alldeutschen Verbandes	31
III. Emil Possehl und das völkische Netzwerk	36
1. Was wissen wir über Emil Possehl?	36
2. Emil Possehl - ein völkischer Herrenmensch	41
3. Possehls wirtschaftliche Dominanz	52
4. Possehl und Neumann	59
IV. Bürgermeister Neumann und das völkische Netzwerk	67
1. Neumanns politische Dominanz	67
2. Die Stellung des Bürgermeisters nach der Landesverfassung	80
3. Neumanns Doppelrolle Lübeck - Berlin	89
V. Vom Präfaschismus zum Faschismus	101
1. Die Putschpläne	101

a) 1917 Claß Anstiftung zum Militärputsch im Kaiserreich	107
b) 1920 Kapp-Lüttwitz-Putsch	109
c) 1923 Hitler-Ludendorff-Putsch	111
d) 1926 Claß-Hugenberg-Neumann-Putschplan	113
2. Die Vorbereitung des Umsturzes	121
VI. Pflänzchen oder Blumenstrauß : Arbeiterkultur versus Elitenkultur	139
VII. Possehl-Stiftung und ihr Umgang mit dem Gründer	169
Literaturliste	175
Über den Autor	184

**D**ie Weimarer Epoche war entscheidend für Lübecks Absturz in den Nationalsozialismus und für die Nachkriegsgeschichte der Stadt.

Kontinuität oder Bruch? Das anliegende Skript verfolgt die Entwicklungslinien anhand zweier seinerzeit entscheidender Persönlichkeiten Lübecks, Emil Possehl und Johann Martin Neumann.



# Prolog

„Die *Episode Neumann* ist viel zu unbekannt und bisher nicht wirklich für Lübeck aufgearbeitet.“ Diese Einschätzung eines Historikers im März 2021 erklärt vielleicht, weshalb die folgende These Widerspruch erfährt: Mit dem Dienstantritt Bürgermeister Neumanns am 1. Januar 1921 beginnt eine 12 Jahre andauernden Periode, die den Faschismus in Lübeck vorbereitet.

War die führende Lübecker Gesellschaftsschicht ein Treiber Nazi-Deutschlands? Träfe zu, dass mit Neumanns Dienstantritt tatsächlich eine Vorstufe des rassistischen und völkischen Deutschen Reiches im kleinen Freistaat Lübeck eingeläutet worden wäre, so änderte diese Beurteilung fast alles in der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einordnung der Stadtrepublik der 1920er Jahre. Es läge dann nämlich nahe, sich als erstes zu fragen, wer oder was hat uns nach 1945 so lange daran gehindert, den Fokus auf die damaligen erschütternden Ereignisse der 20er Jahre zu werfen.

Diese Ereignisse waren erschütternd in Wort und Tat. Weder die völkische Ideologie, der darin lauende eliminatorische Hass,

noch die nationalistische Gewalt, die schon vor dem 31.1.1933 sich Bahn brachen, führten indes zur wirksamen Gegenwehr in der Lübecker Bürgerschaft, noch bewegte die erkennbare Gefahr des Faschismus die damals maßgeblichen städtischen Eliten zu gemeinsamem Widerstand.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Der Doppelbinderprozess aus Hass und Gewalt, von dem Norbert Elias in seinem Vortrag „Zivilisation und Gewalt: Über das Staatsmonopol der körperlichen Gewalt und ihre Durchbrechungen“ 1980 spricht,<sup>1</sup> vertiefte den Graben zwischen den eh schon gespaltenen Lübecker Gesellschaftsteilen.<sup>2</sup> Ihre Wahrnehmungsfähigkeit war blind geworden, die drohende Gefahr des Faschismus als das einzuschätzen, was sie war, konkret und brandgefährlich. Die führenden Eliten haben diesen Riss in der Gesellschaft erkannt, waren aber nicht in der Lage zu einem heilenden Kompromiss.

---

1 Norbert Elias: J. Matthes (Hrsg.), *Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980* (S. 98-122) (<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-135461>)

2 vgl. die Arbeit über die verschiedenen Milieus in Lübeck von Freche, 332; s. unten 100f.

Rosa Luxemburg kritisierte 1901 auf dem Parteitag in Lübeck mit scharfen Worten das „Geldsack-Parlament“ in den Hansestädten:

*„Ihnen hier in der großtuenden Bourgeoisie, der berühmten Republik gebrauche ich nicht viel darüber zu sagen, was wir heutigen Tages von dem Wert des bürgerlichen Parlamentarismus zu halten haben...- der allgewalten Bourgeoisie in dem Geldsack-Parlament der Republik von Lübeck und Hamburg ...In Lübeck erleben wir schon die Rückwärtsversion des Parlamentarismus...“<sup>3</sup>*

Galt diese im Kaiserreich zutreffende Beurteilung auch noch für die Verhältnisse unter der Weimarer Verfassung?

Zwei Exponenten des sich in beispielhafter menschlichen Härte abzeichnenden damaligen Herrenmenschentums werden im Folgenden dargestellt: der eine fast allmächtig im Bereich des Lübecker Wirtschaftslebens, der andere fast allmächtig im Bereich des Lübecker Freistaates. Emil Possehl und Dr. Johann Martin Andreas Neumann. Beide beherrschten nicht nur Wirtschaft und Staat, sondern beide standen auch in Lübeck für so etwas wie die kulturelle Hegemonie. Diese kulturelle

---

3 Gesammelte Werke, Band 6, S.678; und der Bericht in: [https://vlga.de/file/zvlga\\_76\\_1996.pdf](https://vlga.de/file/zvlga_76_1996.pdf)

Herrschaft formte das Wahrnehmungsvermögen in der damaligen präfaschistischen Epoche. Die Hegemonie wirkt aber auch fort bis in unsere Gegenwart. Oder was sonst hat die Stadtmauern so hoch wiedererichten können, dass es ein Jahrhundert brauchte, den falschen Wahrnehmungsfilter<sup>4</sup> „Rechtsstaat Weimar“ im öffentlichen Bewusstsein unserer Stadt wegzuräumen (Fake News)?

Oder sollte sich doch herausstellen, dass wir aufatmen können. Ist und bleibt Neumann und die Persönlichkeit Emil Possehl eine *Episode der Lübecker Geschichte*, von der eingangs die Rede war. Sind diese beiden Herrschernaturen gewissermaßen der *Fliegenschiss* im Bilde der alten und ehrwürdigen und über Generationen wehrhaften Hansestadt, die sich vom Blitz der Barbarei am 31. Januar 1933 - plötzlich und unerwartet - getroffen sah? Spricht für diese befreiende Sichtweise nicht doch das Bild

---

4 Wortmaschinen (Wahrnehmungsfilter) <http://michaelbouteiller.de/archive/2749>

vom *Roten Lübeck*<sup>5</sup> der 1920er Jahre? Und, waren nicht die durchgehenden Wahlerfolge des linken Lagers von 1919 bis 1932, angeführt ab 1921 von Julius Leber, der beste Gegenbeweis?<sup>6</sup>

Und schließlich, ist es nicht doch der Widerstand und die Zivilcourage der vielen Lübecker:innen, für die Willy Brandt, Arnold Brecht, Edmund Fülcher, Erich Klann, Erika Klann, Minna Klann, Hermann Lange, Julius Leber, Heinrich Mann, Erich Mühsam, Eduard Müller, Werner Puchmüller, Johannes Prassek, Gustav Radbruch, Karl Friedrich Stellbrink, Fritz Solmitz, stehen? Prägte deren Bild nicht auch zu Recht die Zwischenkriegszeit?<sup>7</sup> Dieser beispielhafte Widerstand der genannten Lübecker:innen, ihr Eintreten für die Republik realisierte sich im Wesentlichen zwischen 1918 und 1933. Deshalb kann man sich fragen, ob die These vom 1921 beginnenden

---

5 Dieser Mythos (die „Rote Stadt“) erzählt die Geschichte von einer in den 1920er Jahren bestehenden kulturellen Dominanz oder Hegemonie der Arbeiterkultur gegenüber der traditionellen Elitenkultur des Lübecker Bürgertums; selbstverständlich gab es „das Rote Lübeck“, als in sich mehr oder weniger abgeschlossene Parallelwelt der Arbeiter:innen. Diese ausgeprägte Teilkultur in Lübeck ist nicht gemeint.

6 [https://www.gonschior.de/weimar/Luebeck/Uebersicht\\_LTW.html](https://www.gonschior.de/weimar/Luebeck/Uebersicht_LTW.html)

7 [http://www.jugend-ins-museum.de/files/widerstand-und-verfolgung/Arbeitsblatt\\_2.3.pdf](http://www.jugend-ins-museum.de/files/widerstand-und-verfolgung/Arbeitsblatt_2.3.pdf)

Präfaschismus nicht ungeeignet ist, das nach der Revolution 1918 heranwachsende “*Pflänzchen Demokratie*“ im Freistaat hinreichend zu würdigen.

Fünf Fragen:

1. Was versteht man unter Präfaschismus?
2. Was spricht dafür oder dagegen, dass die Indienststellung des Lübecker Senators Dr. Neumann als Bürgermeister der Beginn eines präfaschistischen Abschnitts in der Weimarer Epoche der Lübecker Stadtrepublik zum Ausdruck bringt?
3. War Neumann der politische Arm des 15 Jahre älteren Emil Possehl in Lübeck und Berlin, sind sie also in der Weimarer Epoche notwendiger Weise gemeinsam zu würdigen?
4. Warum hatte in den 1920er Jahren die Kultur der organisierten Lübecker Arbeitswelt keine Chance, sich gegen die Kultur der bürgerlichen Stadelite durchzusetzen?
5. Was ist heute in Lübeck und anderswo zu tun, um aufkommenden Präfaschismus zu verhindern?



# I. Präfaschismus

## 1. Der Begriff Präfaschismus

Zunehmend gewinnt der Begriff „Präfaschismus“ in der politologischen, soziologischen und historischen Wissenschaft Gewicht. Der Begriff *Präfaschismus* eignet sich m.E. gut für die Analyse des Zustandes einer gesellschaftlichen Einheit (Stadt, Land, Staatenbund usw.). *Präfaschistisch* beschreibt eine konkrete Gefahrenlage: Ohne hinreichende Gegenwehr von Staat und Bürger:innen realisiert sich die Gefahr eines Umschlages in den Faschismus.

Demgegenüber benennt der zur Begründung für die damalige geistige Lage oft gebrauchte Begriff „*Konservative Revolution*“<sup>8</sup> eine bestimmte, durchaus heterogene - i.S. rechter und auch linker Orientierung - Gedankenwelt von Personen oder Personengruppen. Diese Ideenwelt kann handlungsrelevant werden, mündet aber nicht notwendig in Faschismus.

---

<sup>8</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative\\_Revolution](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative_Revolution); aus der Vielzahl der dazu verfassten Literatur sei hingewiesen auf Raphael Gross



Möglicherweise entsteht bei der Durchsetzung von Ideen der *Konservativen Revolution* stattdessen nämlich als Herrschaftsform eine Meritokratie, d.h. eine Elitenherrschaft, die nicht, wie im Falle des völkischen Faschismus, in Mord und Totschlag, national und international, Bürgerkrieg und Staatenkrieg mündet, sondern in Milliardärs-herrschaft.<sup>9</sup>Es geht also bei diesem Versuch der Kennzeichnung einer Gebietskörperschaft als *präfaschistisch* um die Bekämpfung des Faschismus, der Aufklärung über seine Ursachen und Verursacher:innen und die Gegenwehr. Es geht um die frühzeitige Abwendung des Umsturzes in den Faschismus, so lange das noch möglich ist, d.h. so lange noch keine Massenbewegung organisiert ist. Deshalb kommt es für den Wortgebrauch *Präfaschismus* nicht darauf an, ob die Gefahrenlage sich bereits zu einer Massenbewegung entwickelt hat. Diesen Umschlag in die organisierte Massenbewegung gilt es gerade zu verhindern.

---

<sup>9</sup> <http://michaelbouteiller.de/milliardisierung-die-kaeufllichkeit-der-politik>

## 2. Zur Auseinandersetzung um den Begriff

Eine methodische Auseinandersetzung um den Gebrauch des Begriffes „Präfaschismus“ findet sich als erstes wohl bei Dirk Stegmann.<sup>10</sup> Weitere Beispiele für die Verwendung des Begriffes in der Literatur sind in der Fußnote aufgeführt.

---

10 Dirk Stegmann: Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII (1972), S. 351-432; Ders.: Vom Neokonservatismus zum Protofaschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893-1920, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1983, S. 199-230.; Foroutan, [https://m.tagesspiegel.de/politik/migrationsforscherin-naika-foroutan-ich-sehe-da-eine-emotionale-distanz/22830476-2.html?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com](https://m.tagesspiegel.de/politik/migrationsforscherin-naika-foroutan-ich-sehe-da-eine-emotionale-distanz/22830476-2.html?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com); Snyder, Timothy, <https://www.perlentaucher.de/9punkt/2021-01-11.html>

## II. Das völkische Netzwerk

Emil Possehls Todestag am 4.2.1919 war noch nicht zwei Jahre her, da begann mit der Wahl seines 15 Jahre jüngeren „Zöglings“, Senator Dr. Martin Johannes Neumann, zum Bürgermeister im Senat und mit dessen Dienstantritt am 1.1.1921 die präfaschistische Epoche im Freistaat.<sup>11</sup> Bürgermeister Neumann stand im nachrevolutionären Lübeck bei seinem Dienstantritt mitnichten für eine Kehrtwende in der Senatspolitik nach rechts. Denn auch sein Vorgänger, Emil Ferdinand Fehling, propagierte offen im Senat den nationalistischen „*Deutschen Frieden*“. Der *Deutsche Frieden*, wie ihn der in Berlin gegründete „Unabhängige Ausschuss für einen Deutschen Frieden“ unter Führung des alldeutschen Historikers Dietrich Schäfer forderte und hinter dem vor allem die Gelder der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie standen, wurde damals dem „*Verzichtfrieden*“

---

11 Zu diesem Ergebnis kommt offenbar auch aus völkischer Sicht Max Knie, S.3, der allerdings mit dem Dienstantritt Julius Lebers im April 1921 den 2. Abschnitt seiner völkischen Geschichte Lübecks beginnt und mit dem Sturz Bürgermeister Neumanns enden lässt

der SPD entgegengestellt.<sup>12</sup> Also auch Fehling stand den Völkischen ideologisch nahe.

Die Schlussfolgerung, der Präfaschismus beginne in Lübeck mit Amtsantritt Neumanns, leitet sich demnach nicht aus einer mit dieser Person etwa verbundenen reaktionären politischen Wende der Lübecker Regierungspolitik her. Mit der autoritären Persönlichkeit Neumanns wird vielmehr am 1.1.1921 der Exponent eines auf Putsch gegen die Republik ausgerichteten völkischen Netzwerks zum ersten Mal in der nachrevolutionären Ära in einem Bundesstaat des Deutschen Reiches Regierungschef. Neumann wurde durch diese hervorgehobene Stellung zu einer Zentralfigur bei den im Folgenden beschriebenen Putschversuchen.

Die Machtstellung des Lübecker Regierungschefs und die damit verbundenen Einflussmöglichkeiten ergaben sich zunächst

---

12 [https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band\\_20/Demokratische\\_Geschichte\\_Band\\_20\\_Essay\\_3.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_20/Demokratische_Geschichte_Band_20_Essay_3.pdf), 54; Schäfer wurde 1926 zu einem Vortrag eingeladen. Aus Anlaß des Jubiläums im Zusammenhang mit den Feiern Lübecks kennzeichnete er die historisch-politische Lage Lübecks. „Der Kampf der Hanse um die deutsche Seegelung fand keine Unterstützung bei den deutschen Königen, oft sogar Gegnerschaft.“ Kroger, 244 [https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/zvlga\\_74\\_1994.pdf](https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/zvlga_74_1994.pdf)

institutionell aus der Lübecker Staatsverfassung. Die Landesverfassung stammt aus dem Kaiserreich und erhielt am 23. Mai 1920 die für Weimar geltende Fassung.<sup>13</sup> Die Lübecker Verfassung hob traditionell die Stellung des Senatspräsidenten hervor. Daran änderte die neue Verfassung nichts (D.). Die Dominanz seiner Persönlichkeit konnte sich erst richtig auf der Grundlage dieser politischen Stellung eines Regierenden Bürgermeisters des Freistaates entfalten.

Sein autoritärer Charakter gepaart mit einem verführerischen geistigen Konzept, fand in den bürgerlichen Kreisen der Stadt breite Zustimmung. Hinzu kam der unterstützende gesellschaftspolitische Einfluss Emil Possehls zu dessen Lebzeiten vor Ort und im Deutschen Reich: Lübeck begriffen beide als Mittelpunkt vergangener und zukünftiger deutscher Weltgeltung!<sup>14</sup>

---

13 <http://www.verfassungen.de/sh/luebeck/verf20-i.htm>

14 Neben der alldeutschen Ideenwelt, in der sich Neumann politisch entwickelt hatte, kommt seine völkische Gedankenwelt in dem zentralen Ereignis Lübecks, der 700-Jahrfeier zum Ausdruck, die der Bürgermeister organisierte und deren Konzept Krogel inhaltlich beschrieben hat: Lübeck als Mittelpunkt vergangener und zukünftiger deutscher Weltgeltung!

Politische Wirkung konnte Bürgermeister Neumann in Lübeck und im Deutschen Reich nur entfalten über die Instrumentalisierung durch das im Deutschen Reich und in den Bundesstaaten wirksame, in der Gedankenwelt des 19. Jahrhunderts begründete, völkische Netzwerk des Allgemeinen Deutschen Verbandes (ADV). Einer Organisation, die zusammen mit ihren Lübecker Vertretern, insbesondere mit dem mächtigsten Vertreter dieses Netzwerkes in Lübeck, Senator Possehl (C.), weit über diese Organisation im engeren Sinne hinaus, tief in nationale bzw. nationalistische Vereine und Parteien des Deutschen Reiches hineinwirkte.<sup>15</sup> Diese Ideenwelt speiste sich ferner aus den politisch heterogenen Konzepten der *Konservativen Revolution*.<sup>16</sup>

Dieses Netzwerk (ADV) wurde generalstabsmäßig organisiert (Claß, Hugenberg, Kirdorf) und geführt. Dessen Steuerung erfolgte zentral und die Durchsetzung medial über das Medienmonopol Hugenbergs, insbesondere über die

---

15 Grundlegend: Stegmann, Dirk, „Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts - Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlands-Partei 1912-1918“, [https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band\\_24/Demokratische\\_Geschichte\\_Band\\_24\\_Essay\\_2\\_Stegmann.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_24/Demokratische_Geschichte_Band_24_Essay_2_Stegmann.pdf)  
Stegmann Radikalisierung

16 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative\\_Revolution](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative_Revolution), 24.4.21

Mitteilungsblätter des ADV und ab 1917 zusätzlich über das Kampfblatt „Deutsche Zeitung.“ Als Frontorganisation dienten in den Reichs- und Bundesparlamenten die völkischen oder nationalistischen Parteien, ob sie Mitglieder des ADV waren oder auch nur wesentliche Gesichtspunkte von den Alldeutschen übernahmen, wie etwa die Vaterlandspartei.<sup>17</sup>

Vor Ort wirkten die völkischen Nationalisten gemeinsam mit den Repräsentanten des ADV. Für die finanzielle Ausstattung sorgten die Spenden der Wirtschaftsverbände und ihrer führenden Industriellen. Die polizeiliche und militärische Absicherung geschah immanent durch die im Kaiserreich erzogene Wehrmacht und Polizei. Die Richterschaft rekurrierte sich aus den ebenfalls im Kaiserreich ausgebildeten Juristen, für deren kollektive Haltung Tucholskys Gedicht „Nächtliche Unterhaltung“ von 1926 stehen kann.<sup>18</sup> Die kulturelle Hegemonie nationalistischer Gedanken verbreitete sich, insbesondere nach dem gewonnenen Frankreichkrieg von 1870/1871, erfolgreich

---

17 Stegmann Radikalisierung; Stegmann, Vaterlandspartei.

18 <http://www.zeno.org/Literatur/M/Tucholsky,+Kurt/Werke/1926/N%C3%A4chtliche+Unterhaltung>

über Kindergarten, Schule, Universität und über die Eliten der  
Landeskirche.<sup>19</sup>

---

19 Buss, Hansjörg „Entjudete“ Kirche: Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918-1950), Paderborn 2011; die Zusammenfassung der Arbeit: <http://universaar.uni-saarland.de/journals/index.php/tg/article/viewArticle/537/576>; vgl. demgegenüber die vorsichtige Einschätzung von Wolf-Dieter Hauschild, Kirchengeschichte Lübecks, Christentum und Bürgertum in neun Jahrhunderten, Lübeck 1981, 494-509



# 1. Alideutscher Verband: Thinktank der Konservativen Revolution

Die Reichstagswahlen 1912 sind offenbar für einen Großteil des preußisch-deutschen Bürgertums im Deutschen Reich und im Bundesstaat Lübeck ein Schock. Denn die Sozialdemokraten werden mit 34,8% stärkste Fraktion im Reichstag. Sie gewinnen 5,9% hinzu.<sup>20</sup> Obgleich die Verhältnisse in Lübeck aufgrund des für die Wahlen für das Land Lübeck (Bürgerschaft) geltenden Zweiklassen-wahlrechts völlig anders ausfielen,<sup>21</sup> nehmen die führenden Kräfte der Konservativen das Ergebnis im Reich als

---

20 Reichstagswahl 1912 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahlen\\_in\\_Deutschland](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahlen_in_Deutschland), 27.3.2021; zum Reichstagswahlrecht: [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht\\_im\\_Norddeutschen\\_Bund\\_und\\_im\\_Deutschen\\_Kaiserreich](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht_im_Norddeutschen_Bund_und_im_Deutschen_Kaiserreich), 7.7.2021

21 1905 waren es vier SPD Abgeordnete: W. Bruhns, Peter Pape, Theodor Schwartz und Rudolf Wissell, der Arbeitersekretär und spätere Reichsarbeitsminister; 1907 folgten die Arbeitersekretäre Johannes Stelling und 1909 Paul Hoff; 1913 waren es vier SPD Abgeordnete, darunter Albert Henze vom Konsumverein und der spätere Senator Paul Löwig; die SPD benötigte für vier Mandate 4499 Stimmen, die Bürgerlichen erhielten mit zusammen 3451 Stimmen 33 Mandate, vgl. Stegmann Radikalisierung, S.41; Franz Osterroth, Chronik der Lübecker Sozialdemokratie 1866-1972, Lübeck 1973,18,20

Weckruf. In der Bürgerschaftswahl 1913 gewann die SPD zwar mit 4499 Stimmen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, erhielt aber aufgrund des Zweiklassen-Wahlrechts dafür nur vier Mandate. Hingegen entfielen auf die Bürgerlichen 33 Mandate für nur 3451 Stimmen.<sup>22</sup>

Zusammen mit den Eliten in Militär, Staat, Wirtschaft, Kirche und Gesellschaft suchen sie gleichwohl bei dieser - nach ihrem Selbstverständnis - bedrohlichen Lage von Staat und Gesellschaft die Gegenwehr in einem noch engeren Zusammenschluss ihrer Kräfte.<sup>23</sup> Im Mittelpunkt steht dabei (meist im Hintergrund die Fäden ziehend) ein Netzwerk aus national konservativen Organisationen, das sich geographisch über das gesamte Kaiserreich erstreckt. Die Kraftlinien gehen vom straff hierarchisch organisierten Alldeutschen Verband (ADV) aus.

---

<sup>22</sup> Das Verhältnis 1:10 in der Stimmgewichtung im Wahlrecht zwischen Arbeitern und Bürgerlichen, spiegelt und erklärt augenfällig die damalige Klassengesellschaft von Staats wegen auch vor dem Gesetz.

<sup>23</sup> Zu der These vom Zusammenschluss s.auch Heinrich August Winkler, Die Einheitsfront von rechts, Zeit online, 25.2.1972.

Dessen über lange Zeit unbestrittene Führungsfigur ist ab 1908 (bis 1939) ihr Vorsitzender, Justizrat Heinrich Claß.<sup>24</sup>

Der ADV war einer der wichtigen Ideengeber des konservativen und rechtsnationalen preußisch-deutschen Bürgertums vom Kaiserreich über die Weimarer Zeit bis hin zum Nationalsozialismus. Zur Vorgeschichte: 17. Juni 1890 gab der Reichsanzeiger das Helgolandabkommen bekannt. Eine Woche später veröffentlichten vier in Zürich lebende Reichsdeutsche in großen deutschen Zeitungen einen viel beachteten Aufruf gegen den Abschluss dieses Vertrages, der in folgenden Worten endete:

*„Wir sind bereit, auf den Ruf unseres Kaisers in Reih' und Glied zu treten und uns stumm und gehorsam den feindlichen Geschossen entgegen führen zu lassen; aber wir können dafür auch verlangen, dass uns ein Preis zufalle, der des Opfers wert ist, und dieser Preis ist: einem Herrenvolk anzugehören, das seinen Anteil an der Welt sich selber nimmt und nicht von der Gnade und dem Wohlwollen eines anderen Volkes zu empfangen sucht.  
D e u t s c h l a n d, w a c h a u f!“*

---

24 Leicht, Johannes, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012; Lebendiges Museum Online (Lemo) <https://www.dhm.de/lemo/biografie/heinrich-class>

Der 25jährige Dr.Alfred Hugenberg aus Hannover übernahm diese Organisationsaufgabe und sammelte Persönlichkeiten für einen Nationalverein, zum ersten Mal in Frankfurt am 28.9.1890. Daraus entwickelte sich die Gründung des Alldeutschen Verbandes in Berlin am 8.April 1891.<sup>25</sup>

Der Historiker Gerd Fesser spricht von dem ADV als der „Mutterlauge“ des Nationalsozialismus“.<sup>26</sup> Das gilt auch für Lübeck, dessen Ortsgruppe unter Neumanns Vorsitz besonders aktiv war.<sup>27</sup> 1917 hatte die Lübecker Ortsgruppe bei rund 100.000 Einwohnern immerhin 300 Mitglieder,<sup>28</sup> darunter viele Führungspersonen der Stadelite. Im Vergleich zur größten Lokalgruppe des ADV mit 640 Mitgliedern in der Hansestadt Hamburg mit damals rund 840.000 Einwohnern war das eine beachtliche Leistung, besonders ihres Vorsitzenden Neumann.<sup>29</sup>

---

25 Zum Vorgenannten Kruck, 7 f.

26 Gerd Fesser, Die Mutterlauge der Nazis, Zeit online vom 8.Juli 1994, <https://www.zeit.de/1994/28/die-mutterlauge-der-nazis>; die Bezeichnung des ADV als Mutterlauge geht nach Fesser, (ebda.) auf Michael Freund zurück

27 Stegmann Radikalisierung, 47

28 Stegmann Radikalisierung, 49

29 Stegmann Radikalisierung, 49

Der ADV war der Thinktank und nationalistische Vorläufer der „*Konservativen Revolution*“<sup>30</sup> und des Nationalsozialismus. Nach seinem Selbstverständnis war er zugleich die kulturelle Sammelstelle u.a. der folgenden tief im Bürgertum des Bismarckreiches und der Weimarer Republik<sup>31</sup> verwurzelten nationalen Fachvereine und Parteien mit großer gesellschaftlicher Breite:

Deutscher Flottenverein, Deutscher Kolonialverein, Deutscher Wehrverein, Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen, Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Hamburgischer Verband gegen die Sozialdemokratie, Unabhängiger Ausschuss für einen Deutschen Frieden, Hauptvermittlungsstelle der vaterländischen Vereine und Verbände, Deutsche Vaterlandspartei, Verein für das Deutschtum im Ausland, Deutscher Ostmarkenverein und

---

30 Siehe: *Konservative Revolution*, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative\\_Revolution](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative_Revolution), 16.10.2019

31 Uta Jungcurt, *Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik*, Oldenbourg Schulbuch Verlag, Berlin 2016, S.7 f. mit einem Überblick über die gegenwärtige Forschungslage

Deutschbund.<sup>32</sup> Bereits 1901 hatte der ADV ca. 22.000 Einzelmitglieder, ihm gehörten 93 Vereine als korporative Mitglieder an, mit ca.150.000 Personen.<sup>33</sup>

Die Intentionen des ADV waren keineswegs rückwärtsgewandt. Claß schwebte eine Ordnung der Moderne nach rassistischen Kriterien vor. Die „größere Zukunft“ sollte der Krieg erwirken als „Lösung aller europäischen Fragen“.<sup>34</sup> Gründungspaten dieses mächtigen Thinktanks waren ein 1891 noch nahezu unbekannter, äußerst begabter 25-jähriger Regierungsassessor, Alfred Hugenberg, und Carl Peters. Hugenberg war ein Spezialist für Aufbau- und Ablauforganisation von personellen Netzwerken. Peters war der später wegen seines grausamen Vorgehens gegen die Eingeborenen Ostafrikas „Hänge-Peters“ genannte Kolonialpolitiker Carl Peters.<sup>35</sup>

---

32 Alldeutscher Verband, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Alldeutscher\\_Verband](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Alldeutscher_Verband), 16.10.2019

33 [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Alldeutscher\\_Verband\\_\(ADV\),\\_1891-1939](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Alldeutscher_Verband_(ADV),_1891-1939)

34 Leicht, 185

35 Fesser

Seit dem 1. Juli 1894 hieß der Verband „Alldeutscher Verband“. Er gewann im Laufe der Zeit, zunächst unter seinem ersten Vorsitzenden Prof. Dr. Ernst Hasse (ab 1893) und ab 1908-1939 unter Justizrat Dr. Heinrich Claß erheblichen, wenn auch zeitweise durchaus umstrittenen Einfluß<sup>36</sup> auf die Politik von Reich und Bundesländern. Jedenfalls stand er fast 50 Jahre, d.h. annähernd zwei Generationen lang, immer wieder im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, wenn es um Kriegsziele, Kolonialpolitik, Außenpolitik, Innen- und Rechtspolitik, insbesondere, wenn es um die Stellung der Juden, von Ausländern, von Sozialdemokraten und Liberalen, der Medien- und Kirchenpolitik ging. Der Verein verstand sich auch als Wahrer des wirklichen Deutschtums und Hüter der wahren Deutschen Bildung. Der ADV ist im März 1939 von Reinhard Heydrich, dem Chef der Sicherheitspolizei, aufgelöst worden mit dem m.E. zutreffenden Bemerkungen, er habe sein Programm erfüllt.<sup>37</sup>

---

36 Zur Professorenschaft vgl. Klaus Schwabe, Ursprung und Verbreitung des Alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im Ersten Weltkrieg, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1966, S.105 ff.

37 Fesser

Kriegsziele und Diktaturpläne: Die Verbandsleitung des ADV gab ihrem Vorsitzenden Claß Ende August 1914 auf ihrer Sitzung in Berlin weitgehende Vollmachten. So konnte er z.B. die Vorlage zu den Kriegszielvorschlägen, die er zuvor u.a. mit Hugenberg abgestimmt hatte,<sup>38</sup> in Wort und Tat umsetzen.<sup>39</sup> Zu diesen Zielen gehörte u.a. das wohl erste Programm zur Vertreibung volksfremder Kräfte in Europa im 20. Jahrhundert. Johannes Leicht schreibt dazu in seiner Claß-Biographie:

*„Die militärische Eroberung von Siedlungsgebieten, vornehmlich in Ost- und Mitteleuropa sowie die politische Implementierung einer ethnisch homogenen Bevölkerung durch staatlich organisierte Umsiedlungsaktionen. Die Verbindung der geopolitischen Chiffre „Lebensraum“ mit der biopolitischen Semantik vom „Volk“ als organisch konzipiertem Kollektiv-körper in einem konkreten Vorschlag zur Wiederherstellung einer vermeintlich natürlichen Ordnung bildete den Kern alldeutscher Kriegszielforderungen. Der Nexus von territorialer Expansion nach außen und ethnischer Segregation nach Innen versprach die Realisierung der Vision einer ethnisch-kulturell homogenen, sozial pazifizierten und politisch konformen „Volksgemeinschaft“.“<sup>40</sup>*

---

38 Leicht, 180f.; Schwabe

39 Dazu zählte die Gewinnung der Industriebarone der Rheinisch-Westfälischen Montanindustrie

40 Leicht, 181,186



Claß propagierte infolgedessen landauf, landab, mit erheblicher Wirkung auf die Meinungsbildung der Wirtschaftselite die alldeutschen Kriegsziel-Botschaften. Pomuelke<sup>41</sup> beschreibt deren Wirkung auf die versammelten Industriellen:

*„Die Industriellengruppe um die Kriegsgetreidegesellschaft ...erfuhr Anfang November 1914 Erweiterungen: zum einen thematisch, indem konkrete Kriegszielfragen diskutiert wurden; zum anderen personell, indem u.a. Männer wie Kirdorf, Stinnes, Beukenberg, Reusch und v. Borsig hinzustießen. Von den Teilnehmern gehörten Hugenberg, Hirsch, Rötger, Beukenberg und Stinnes (jedoch nicht Emil Kirdorf) zur flexibleren und konzilianteren Fraktion der Schwerindustrie. Gleichzeitig kristallisierte sich seit Ende Oktober 1914 in der Großindustrie und bei den extrem Konservativen eine Opposition gegen mögliche Reformen auf Staatsebene heraus, noch bevor sie regierungsseitig in Erwägung gezogen worden waren.*

*Auf der wegweisenden Versammlung vom 7. November 1914 hielt Claß sein Referat über die aus alldeutscher Perspektive wünschenswerten Kriegsziele, welches sich eng an seine September-Denkschrift hielt und dessen Grundgedanken sich alle Anwesenden anschlossen. [...] Die Versammlung*

---

41 Pomuelke, 240

*beschloss daher, Claß Vortrag als Grundlage für eine entsprechende Kundgebung aller Wirtschaftsverbände anzunehmen, die auch als Eingabe an den Reichskanzler verschickt werden sollte. Schon vorher, am 28. September 1914 war es in der Berliner Philharmonie zu einer Kundgebung der schaffenden Stände gekommen. Vertreten waren u. a. der Deutsche Handelstag, der Deutsche Landwirtschaftsrat, der CDI, der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag, sowie diverse Großbanken gekommen.“*

Adolf Hitler, so schreibt Gerd Fesser,<sup>42</sup> habe Claß bei einem Treffen 1920 in Berlin die Hände geküsst. Hitler habe dabei bemerkt, „als sein „treuer Schüler“ habe er (Hitler) mit „innerer Erregung“ die „Deutsche Geschichte“ von Einhart (Pseudonym für Heinrich Claß)<sup>43</sup> gelesen und bei der Lektüre des „Kaiserbuchs“ (Autor Heinrich Claß)<sup>44</sup> die Überzeugung gewonnen, darin sei alles enthalten, was für das deutsche Volk wichtig und notwendig sei.“<sup>45</sup> Die unermüdlichen sich über neun Jahre von 1917 bis 1926 hinziehenden nationalistischen

---

42 Fesser

43 Claß-Einhart

44 Claß-Fryman

45 Fesser; Hitler bezieht sich auf die Bücher von Heinrich Claß, Deutsche Geschichte von Einhart, Leipzig 1909; Wenn ich Kaiser wär, Leipzig 1912, von Daniel Frymann (Pseudonym für Heinrich Claß),

Putschversuche des ADV und ihres Vorsitzenden bestätigen mehr als alles andere dieses Urteil. Am Ende sahen sich Claß und Hugenberg am Ziel ihrer Wünsche. Sie traten 1933 als Hospitanten in die Reichstagsfraktion der NSDAP ein. Hugenberg (DNVP) wurde vom 30.1.1933 bis 29.6.1933 Wirtschaftsminister im Kabinett Hitler.

## 2. Das Konzept des Aldeutschen Verbandes

Die ideologischen Wurzeln des ADV reichen tief in die reaktionäre Gedankenwelt der Gegenaufklärung und Romantik des 18. und 19. Jahrhunderts. Geistiger Ahnherr dieses Verbandes war ein scharfzüngiger Gelehrter, der sich beruflich einer kritischen Rekonstruktion des Alten- und Neuen Testaments auf der Grundlage der ersten, auch orientalischen Texte verschrieben hatte, Paul de Lagarde (1827-1891).<sup>46</sup>

---

46 Stern, 37

Der spätere Lübecker Nobelpreisträger Thomas Mann zählte Lagarde auch noch im Alter von 41 Jahren in den „Betrachtungen eines Unpolitischen“ (1918) neben Nietzsche und Wagner zu „den Großen dieses Volkes“<sup>47</sup> und bezeichnete ihn als „Praeceptor Germaniae“ (Lehrmeister Deutschlands).<sup>48</sup> Lagarde gab dem traditionellen Kulturpessimismus der geistigen und ökonomischen Elite des Kaiserreiches Ende des 19. Jahrhunderts ganz im Sinne Fritz Sterns<sup>49</sup> mit folgenden vier Überlegungen die bündige Fassung<sup>50</sup>:

1. Angesichts des drohenden geistigen und wirtschaftlichen Niederganges des Deutschen Reiches und für den Fortbestand des Deutschen Volkes unerlässlich sei eine einende nationale Erhebung und eine neue nationale

---

47 Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, in der Textfassung der Großen kommentierten Frankfurter Ausgabe (GKFA) Thomas Mann, E-Books, S. 691; zu den wechselnden politischen Einstellungen Thomas Manns: Manfred Görtemaker, Thomas Mann und die Politik, Frankfurt 2005; vielleicht kannte Thomas Mann die betreffenden Hetzschriften Lagardes auch nur vom Hörensagen?

48 Mann Betrachtungen, S. 545, s.zu Thomas und Heinrich Manns Ambivalenz und Entwicklung in der Judenfrage, Jaques Darmaun, Thomas Mann, Deutschland und die Juden, Tübingen 2003, S.14ff.;

49 Stern

50 Stern, 27 ff.

Religion. Um den unfruchtbaren Streit der alten Religionsgemeinschaften, die die Nation spalten, zu überwinden, wird eine neue politische Glaubensgemeinschaft zu gründen sein. Nur eine solche führt zur Wiedergeburt des Deutschen Reiches. Das Entstehen dieser nationalen Religion bedarf allerdings eines heldischen Führers. „Nur eines Mannes großer, fester, reiner Wille kann uns helfen, eines Königs-Wille, nicht Parlamente, nicht Gesetze, nicht das Streben machtloser Einzelner“.<sup>51</sup>

2. Für den Neuaufbau dieses Deutschen Reiches sind die Begriffe „Staat“ und „Nation“ neu zu bestimmen. Anders als nach der überkommenen hegelschen Definition ist der „Staat“ nichts als eine Maschine, die bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat. Demgegenüber ist die „Nation“ die eigentliche (mystische) Verkörperung des Volkes. Ein Volk kann nur dann zur Nation werden, wenn es in seiner Gesamtheit die ihm von Gott bestimmte Sendung annimmt. Die so gebildete Nation kennt keine Schranken (und Gesetze). Sie hat nur einen Willen und kennt keinen Zwist. Sie verkörpert die immanente

---

51 Stern, 86

Einheit artgleicher Menschen. Ihr Wille kann nicht angefochten werden.<sup>52</sup>

3. Den Juden, die neben der Arbeiterbewegung und dem um sich greifenden Liberalismus in Politik und Kultur Grund für Deutschlands Zwietracht und Niedergang sind, müssen ihre Existenzmittel genommen werden (Banken). Sie haben als Artfremde keinen Platz in dem geeinten Deutschen Volk. Mit diesem „wuchernden Ungeziefer“ könne es „keinen Kompromiss geben“. Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt. Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen. Sie werden so rasch und so gründlich wie möglich vernichtet“.<sup>53</sup> Fritz Stern schreibt dazu: „Nur wenige

---

52 Stern, 94; diese Konstruktionen des Verhältnisses der Begriffe Staat und Nation wurden von Carl Schmitt aufgenommen und in seinem völkischen Staatsrecht verarbeitet. Sie finden sich auch noch in seiner Verfassungslehre (1929), deren Lehrstoff heute weit verbreitet ist; vgl. zu derartigen Wortmaschinen <http://michaelboutellier.de/archive/2518>

53 Siehe auch Nachweise bei Stern, S.102.; Wilhelm II. benutzte 1919 ähnliche Worte zur Beschreibung der Juden in seinem Brief an Generalfeldmarschall Mackensen und als er im Sommer 1929 vorschlug, sie mit Gas zu vernichten (John C.G. Röhl, Zeitläufte: Das Beste wäre Gas!: in Zeit online, 25.11,1994, zeit.de). Der Antisemitismus des Kaisers war offenbar auf den Einfluss des besessenen Judenhassers und Ersatzvaters Wilhelms, des Generals Graf Waldersee zurückzuführen (so Röhl a.a.O.), an dessen Namen in Lübeck übrigens eine Straße erinnert.

Menschen haben Hitlers Vernichtungswerk so genau vorhergesagt - und so entschieden im voraus gebilligt“.<sup>54</sup>

4. Das Deutsche Reich, das durch seine geografische Lage in Europa ungeschützt seinen Feinden (den Großmächten Russland, Frankreich, England) ausgesetzt sei, muss in „Mitteleuropa“ unbesiegbar werden. Deshalb ist die Kolonisierung Polens unabdingbar. Als erster Schritt ist dazu die Austreibung aller polnischen Juden erforderlich. Dann sollten den Slowenen, Tschechen, Ungarn und allen nicht deutschen Völkern innerhalb der österreichischen Monarchie Gebiete zugewiesen werden, in denen sie leben, sterben und vergessen werden könnten. Damit beherrschten die Deutschen ganz Mitteleuropa und könnten darüber hinaus im Osten Kolonialgebiete erobern.<sup>55</sup> Zu einer wirksamen Verteidigung des Deutschen Reichs solle ferner im Westen des Reiches Elsaß und Lothringen östlich „von den Argonnen“ zu Deutschland gezogen werden.

---

54 Stern

55 Stern, 109

# **III. Emil Possehl und das völkische Netzwerk**

## **1. Was wissen wir über Emil Possehl?**



Die Quellenlage zu Possehls Persönlichkeit ist dürftig. Es fehlen verlässliche Quellen.<sup>56</sup> In der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ist Possehl mit seinem wirtschaftlichen Aufstieg nahezu unbekannt.<sup>57</sup> In wirtschaftsgeschichtlichen Darstellungen werden Hinweise auf das einstmals bedeutende Handelshaus vermisst, obwohl dessen Aktivitäten nicht nur der europäischen Schwerindustrie den schwedischen Erzmarkt erschlossen, sondern auch der deutschen Rüstungsindustrie während des Ersten Weltkriegs den Bezug schwedischer Erze und Halbfabrikate sicherten.<sup>58</sup>

---

56 Jürgen-Wolfgang Goette, Unser Lübeck, 8.7.2016 <https://www.unser-luebeck.de/magazin/stadt/5845-emil-possehl-nationalist-und-maezen>; das gilt auch für die immer noch ungeklärten Hintergründe zu der Anklage wegen Hochverrats, vgl. dazu Anmerkung 146 in Kreuzfeldt, Der Lübecker Industrieverein, 48; er wurde allerdings nach Kreuzfeldt in zahlreichen Beiträgen gewürdigt, vgl. Kreuzfeldt, 47, Anm.142 m.w.N., Abdruck:<http://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/04/E.Possehl.pdf>; [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Possehl](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl), 14.4.2021 ; zu den Hintergründen der Anklage aber Fast, 167.

57 Aufschlussreich die Studie über Heinrich Wilhelm Beukenberg (1858-1923), Generaldirektor der Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb und Preußischer Staatsrat von 1921-1923, und dessen Firmen-Verflechtungen auch mit der L. Possehl & Co. bei Pomiluek

58 Zu den Verflechtungen mit der Industrie Westfalens und des Des Rheinlandes vgl. Pomiluek; [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Possehl](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl), 2.4.2021 <https://docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-3646/1646.pdf>

Possehls eigentliche Begabung lag m.E. auf dem Felde der Geostrategie.<sup>59</sup> Wenn man liest, welche diesbezüglichen Fragen er mit seinem Freund Paul Curtius (1849-1932), dem Sohn des früheren Lübecker Bürgermeisters Theodor C. Curtius (1811-1889), erörtert<sup>60</sup>, und mit welcher Weitsicht und praktischer Vorstellungskraft, liegen hier bisher unausgeschöpfte Perspektiven.<sup>61</sup> Darin öffnet sich ein nicht bestelltes spannendes historisches Kapital für Stadt und Land des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts.<sup>62</sup>

Possehl wollte Lübecks Staatsverwaltung modernisieren<sup>63</sup> und sie befähigen, zum Ausgangspunkt weltweiter Aktivitäten zu werden, nicht nur wirtschaftlicher Natur. Das in Lübeck

---

59 Beispiele finden sich bei Fast, 103 -132, insbesondere 117: über die Entwicklung neuer Perspektiven in der Verkehrspolitik, hier zur Revolutionierung des Ostseeverkehrs: „Was für die Vereinigten Staaten Hamburg, ist das Russische Reich für Lübeck.“

60 Curtius Briefe 183-197: <http://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/04/Curtius-183-187.pdf>, und Briefe 198-214: <http://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/04/Curtius-198-214.pdf>;

61 Eine gute Grundlage bildet die Arbeit von Fast, die auf die internationalen wirtschaftlichen Aktivitäten Possehls tiefer eingeht.

62 Curtius, 183 f.

63 Curtius, 199

„grassierende Klickenwesen“ war ihm verhasst.<sup>64</sup> Er wollte das Deutsche Reich stark und groß sehen, eine Weltmacht - wie England - und dafür alles in seinen Kräften stehende tun, komme, was da wolle. Sein Urinstinkt nach Macht und die Kombination aus Wille und Vorstellungskraft ließen ihn unternehmerisch zum Milliardär werden. Er verdoppelte z.B.in 9 Jahren seiner Senatsangehörigkeit von Dezember 1901 bis 1910 die Geschäfte seines Welthauses.<sup>65</sup>

Über Possehl und seine Verbindung zu den Völkischen gibt es einiges an Forschung, befördert auch von der Possehl-Stiftung. Erste Annäherungen hat hier Dirk Stegmann mit seinem Aufsatz<sup>66</sup> *„Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts - Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlands-Partei 1912-1918“* geleistet. Darauf aufbauend ergibt sich Stück für Stück ein - sicher ergänzungsbedürftiges - Mosaik, das helfen soll, die Mythen der Nachkriegszeit in Lübeck etwas aufzuhellen:

---

64 Curtius, 186

65 Curtius, 185

66 [https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band\\_24/Demokratische\\_Geschichte\\_Band\\_24\\_Essay\\_2\\_Stegmann.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_24/Demokratische_Geschichte_Band_24_Essay_2_Stegmann.pdf)

Vom *Roten Lübeck* der 1920er Jahre, vom *plötzlich und unerwarteten Einbruch des Nationalsozialismus* ins Lübeck der 1933er Jahre, vom *Lübeck als der Stadt des frühen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus*, von der Hanse ohne die *nationalsozialistischen Tagungen Alfred Rosenbergs in der Possehl-Villa in Travemünde* und schließlich vom Fokus auf *Julius Leber als der Widerstandskämpfer in seiner Berliner Zeit*. Lebers beispielhafter und mutiger Aufstand gegen den frühen völkischen Nationalismus Neumanns und seines Kreises in Lübeck in den 1920er Jahren gerät dabei aus dem Blick.

## 2. Emil Possehl - ein völkischer Herrenmensch

Possehl (1850-1919)<sup>67</sup> war ein Lübecker Milliardär.<sup>68</sup> Die Meinung anderer über seine autoritäre Persönlichkeit, Charakter, Vorgehensweise und politische Einstellung war ihm „wurscht“.<sup>69</sup>

---

67 Er wohnte in der Winterwohnung, Lübeck, Musterbahn 19 und in der Sommerwohnung, Travemünde, Kaiserallee 6, Adressbuch

68 Umrechnungskurs: 1 Mark 1900 : entspräche heute 6,70 € ([https://de.m.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_W%C3%A4hrungsgeschichte#Mark\\_\(1871%E2%80%931923\)](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Deutsche_W%C3%A4hrungsgeschichte#Mark_(1871%E2%80%931923))). Nach Kreuzfeld, S.137 f. hatte die Firma vor dem 1. Weltkrieg einen jährlichen Umsatz von 68 Mio. Mark, d.h. nach heutiger Währung etwa 500 Mio €. Die Hochrechnung auf 1 Milliarde € geht von einer Schätzung des Privat + Betriebsvermögen Possehls Anfang des 20. Jahrhunderts aus. Grundlage ist eine Umsatzrendite von mindestens 20%, das ist in 10 Jahren ein Gewinn von 1 Mrd.€. Vgl. zur Umsatzrendite der preußischen Staatsgruben in der Saarregion, <https://bit.ly/3mW9TyN>

69 Curtius spricht von einer beneidenswerten „Wurschtigkeit“, 195

Er war ein völkischer Herrenmensch.<sup>70</sup> Dieser Umstand ist wohl unumstritten. Zum Beleg sei hier zunächst nur auf die Spende von 50.000 Mark zum Ankauf und Aufbau des streng antisemitischen, völkischen Kampfblattes der Hugenberg-Presse und des ADV, der *Deutschen Zeitung*,<sup>71</sup> hingewiesen. Senator Neumann brachte 1916 ebenfalls 50.000 Mark ein.<sup>72</sup>

Dieses völkische Kampfblatt des „Radau-Journalismus“,<sup>73</sup> wie die Hugenberg-Presse von der konkurrierenden *Kreuzzeitung* genannt wurde, hatte übrigens 1918 eine über diese altpreußische, erzkonservative und nationalistische

---

70 Goette; Stegmann, Radikalisierung, 47

71 Diese Zeitung, die 1917 für ca. 1,9 Mio. Mark von Hugenberg-Claß übernommen worden ist, baute Claß mit dem Versprechen aus, es werde „zum geistigen und völkischen Mittelpunkt aller nationalen Kreise unseres Volkes“, vgl. zur Gründung und politischen und wirtschaftlichen Werdegang, Leicht, 229 f.; Lemo: Februar 1917: Ein Konsortium unter der Führung von Claß übernimmt die "Deutsche Zeitung". Er kontrolliert als Aufsichtsratsvorsitzender und Herausgeber deren Berichterstattung, die mit brachialer antisemitischer Rhetorik Juden die Schuld an den von ihm abgelehnten innenpolitischen Demokratisierungsprozessen und der militärischen Erfolglosigkeit gibt.

72 <http://michaelbouteiller.de/praeafaschismus-in-luebeck>; Leicht, 231

73 „Radau-Journalismus“ nannte die Neue Kreuzzeitung die Hugenberg-Presse [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Neue\\_Preu%C3%9Fische\\_Zeitung\\_\(Kreuzzeitung\)](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Neue_Preu%C3%9Fische_Zeitung_(Kreuzzeitung))

*Kreuzzeitung*<sup>74</sup> hinausgehende Auflage von insgesamt 37.000 Exemplaren.<sup>75</sup> Sie erschien mehrmals täglich, einmal am Sonntagmorgen, und war ebenso wie die Mitgliederzeitung des ADV, die *Alldeutschen Blätter*,<sup>76</sup> ein Propagandablatt, um die einschlägigen Netzwerke im Sinne der Ideologie des ADV zu mobilisieren.

Possehl war zu seiner Zeit der reichste und wohl politisch dominante Lübecker Bürger - auch durch sein Wirken in Bürgerschaft (1891), Senat (seit 1901), in der Handelskammer und in den bekannten reichsweit tätigen deutsch-völkischen Vereinen

---

74 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Neue\\_Preu%C3%9Fische\\_Zeitung\\_\(Kreuzzeitung\)](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Neue_Preu%C3%9Fische_Zeitung_(Kreuzzeitung)) ; ihre Auflage lag bei 7.200 Exemplaren. Ihre Haltung richtete sich gegen die Weimarer Republik, aber auch gegen eine Diktatur.

75 Zur Bedeutung der *Deutschen Zeitung* als ideologisches Kampfinstrument des ADV und der Vaterlandspartei, vgl. Dirk Stegmann, Die „Deutsche Zeitung“, 1917-1918, Präfaschistische Öffentlichkeit am Ende des Kaiserreichs, in: Kasseler Personalschriften Band 7, hrsg. von Dagmar Bussiek, Simona Göbel, Kultur, Politik und Öffentlichkeit, Festschrift für Jens Flemming, Kassel 2009, 266-288, (978-3-89958-688-6.volltext.frei, PDF Dokument), die Auflage der Deutschen Zeitung betrug 1918 37.000 Exemplare und hatte damit die Auflage u.a. der „Kreuzzeitung“ weit überflügelt. Sie erschien werktags zweimal, morgens und abends und einmal am Sonntagmorgen (273)

76 <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/antisemitismus/>

und Verbänden. Er war Mitglied des ADV,<sup>77</sup> bzw. dessen Gründungsmitglied.<sup>78</sup> In den Vorkriegsjahren eng<sup>79</sup> mit Justizrat Claß verbunden, glaubte er wie Claß und der 15 Jahre jüngere Neumann an den „volklich höheren Rang der germanischen Völker und an ihre Berufung zu ordnen und zu führen.“<sup>80</sup> Er war der Prototyp des patriarchalisch-autoritären Unternehmers ebenso wie die mit ihm gut bekannten Alfred Hugenberg (Krupp-Konzern) und Emil Kirdorf (Rheinisch-Westfälisches-Kohlensynikat), beide ebenfalls mit großem Einfluß im ADV.

Anlässlich einer Ansprache bei der Einweihung der Possehl-Büste von Otto Mantzel im Possehl-Haus in Travemünde erzählt

---

77 Seit 1911, so Axel Schildt, in Gut & Schön, Die Possehl Stiftung Lübeck, 12

78 So Kruck, 68 („Mitbegründer“); auch Fast, 125: Gründungsmitglied zusammen mit Lange und in der Darstellung von Emil Possehl bei Wikipedia:[https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Possehl](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl), 16.10.2019

79 Fast, 129,130 berichtet von einem Gespräch mit Claß im Schabbelhaus Lübeck 1904, um das Possehl gebeten habe, um den damals stellvertretenden Vorsitzenden des ADV, Claß, für seine Idee des wirtschaftlichen Generalstabes zu gewinnen.“Der zähe Hanseat ließ nicht locker; er schäumte vor Wut über die Berliner Bürokraten, aber er trieb seine Sache voran, und im April 1914 erhielt er einen gnädigen Bescheid Delbrücks, dass er einen engen Kreis einberufen habe, zu dessen Aussprache er Possehl einlud,“ schreibe Claß in seinen Erinnerungen.

80 Nachweis bei Stegmann Radikalisierung, 47



der Arzt Helmut Dennig<sup>81</sup> von seinen Eindrücken aus mehrfachen Besuchen und Ferienaufenthalten im Hause seines Onkels Emil Possehl als Kind und Jugendlicher 1912 und 1916. Er habe seinen Onkel als leidenschaftlichen Menschen erfahren, der das Risiko nicht scheute. So sei er nach dem Dienst bei den Bonner Husaren, im erfolgreichen 70er Krieg als Rittmeister<sup>82</sup> zurückgekehrt und als erster hoch zu Ross „durchs Holstentor gesprengt“, was damals verboten gewesen sei.



hochgedient.

Possehl als Bonner Husar

82 Dienstrang der Kavallerie, bei den Fußstruppen: Hauptmann

Ein wichtiger Teil seines immensen kaufmännischen und industriellen, weltumspannenden Erfolges beruhe auf Menschenkenntnis, mit der er sich hervorragende Mitarbeiter herausgesucht und herangezogen habe. Die Hauptsache sei aber gewesen, dass er selber die Fäden seines Werkes immer in der Hand behalten habe. „In jeder Ecke“ habe man seinen „tatkräftigen und klaren Willen“ verspürt.<sup>83</sup> 1916 habe er, Dennig, den Urlaub als Kriegsverwundeter im Hause Possehl verbracht.

Possehl hatte das furchtbarste Erlebnis seines Lebens gerade hinter sich, Anklage und die rund einjährige<sup>84</sup>

Untersuchungshaft (wohl wegen Verdunklungsgefahr im Untersuchungsgefängnis in Hamburg<sup>85</sup>) wegen Landesverrats vor dem Reichsgericht in Leipzig.<sup>86</sup> Er sei zwar frei- und schuldlos gesprochen worden. Aber dass er, der Patriot, der „Überpatriot“,

---

83 Dennig, 134

84 Fast, 172

85 Fast, 169

86 Ihm war vorgeworfen worden auch noch nach Kriegsausbruch, aus zwei russischen Werken, die Hufnägel und Sensen produzierten, die russische Regierung zu beliefern, vgl. Kreuzfeldt, 48, Anm.146; Fast, 166-177, mit weiteren Nachweisen und Schilderung der Zusammenhänge. Den Tatverdacht habe ein *Fagersta*-Mitarbeiter geweckt, mit der Behauptung Possehl habe nach Kriegsausbruch von diesem schwedischen Stahlwerk, dessen Hauptaktionär Possehl gewesen sei, Stahl an die japanische Rüstungsindustrie geliefert (167).

überhaupt verdächtigt habe werden können, das habe ihn schwer angegriffen.

Man habe damals über Geld gesprochen. Was er - Possehl - denn davon habe? Etwa Gutes zu tun? Nein, was das Geld ihm biete, sei etwas anderes, nämlich Macht. Die Macht, Gutes oder auch Böses zu tun, nach rein eigener Willkür. Genau das habe seinen Onkel Emil Possehl ausgemacht: eine „machtvolle Persönlichkeit“ aus „Machthunger“. Machthunger sei sein eigentlicher innerer Antrieb gewesen, sein „Urinstinkt“.<sup>87</sup> Dennigs Charakterisierung seines Onkels, dessen leidenschaftlicher Machthunger gepaart mit Risikofreude, erklärt die rastlosen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten des umtriebigen Lübecker Milliardärs. Des „Überpatrioten“!

Nachdem der Gesamtverband des ADV 1911 in Lübeck getagt hatte, verfasste Possehl 1912 im Auftrag des ADV eine Denkschrift an das Reichsamt des Inneren, in der ein wirtschaftlicher Generalstab zur Sicherstellung der Versorgung des Deutschen Reiches im vom ADV erwünschten und erwarteten „großen

---

<sup>87</sup> Dennig, 135

Krieg“ vorgeschlagen wurde.<sup>88</sup> Possehl und Neumann waren auch Gründungsmitglieder des 1912 in Berlin auf Anstoß des ADV gegründeten Deutschen Wehrvereins. Aus Anlass der Niederlage des Deutschen Reiches in der Zweiten Marokkokrise 1911 setzte sich der Wehrverein für die unverzügliche Aufrüstung der kaiserlichen Armee ein, ganz im Sinne der geschäftlichen Interessen Possehls im Erz- und Stahlhandel.

Gleich nach seiner Gründung begann der Verein mit seiner regen publizistischen Arbeit. Das Vorstandsmitglied des Wehrvereins, Generalleutnant Alfred Wrochem, äußerte im März 1913 auf einer Sitzung des Alldeutschen Verbandes über die Aufgabe des Wehrvereins:

*„Ein vorwärtsstrebendes Volk wie wir, das sich so entwickelt, braucht Neuland für seine Kräfte, und wenn der Friede das nicht bringt, so bleibt schließlich nur der Krieg. Dieses Erkennen zu wecken, sei der Wehrverein berufen.“<sup>89</sup>*

Die Kriegsziele des Wehrvereins und des ADV unterstützte Possehl nicht nur aus Profitinteresse. An Curtius schreibt er 1912,

---

88 Stegmann Radikalisierung, 48 f.

89 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Deutscher\\_Wehrverein](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Wehrverein)

voll Unzufriedenheit mit dem strategischen Kleinmut der Reichsregierung und der bürokratischen Verzettelung in seinem Heimatstaat:

*„Im übrigen bin ich so unzufrieden wie Du. Es scheint als wenn wir in Deutschland durch ein großes Blutbad gehen müssen, um wieder gesunde Verhältnisse und gesunde menschliche Anschauungen zu bekommen, wie sie die Folge der Erziehung des preußischen Volkes von 1807 - 1815 waren.“ - „Politisch sehe ich die Lage düster an. In England allgemeine Meinung (täglich an den großen englischen Börsen), Germaniam esse delendam <sup>90</sup>(Deutschland muss zerstört werden, MB)‘. Es wird terrible. Sei es nun jetzt oder in einigen Jahren, wir sind nicht in dem Verhältnis gerüstet wie anno 70 und wirtschaftlich nicht organisiert und deshalb nicht stark und das trifft das Leben unseres Volkes.“<sup>91</sup>*

Als Angehöriger der germanischen Herrenrasse, wie er sich selbst sah, lag Emil Possehl die Reinhaltung der germanischen Rasse am Herzen, d.h. er war Antisemit,<sup>92</sup> sicherlich nicht von eliminatorischer Art, wie das bei Claß, Hugenberg und Wilhelm

---

90 s.dazu <https://www.geocities.ws/dikigoros2/germaniaesse.htm>

91 Curtius, 199

92 vgl. auch Goette unter Hinweis auf den Vortrag von Stegmann, Possehl. Nationalist und Mäzen

II. 1919<sup>93</sup> der Fall war. Dazu war er zu sehr der klug kalkulierende Kaufmann. Sein „patriotischer Antisemitismus“ deckt sich indes mit den Aktivitäten und expliziten Zielsetzungen in den genannten völkischen Vereinen und der *Deutschen Zeitung*, die wegen ihrer rassistischen Radikalität berüchtigt war.<sup>94</sup>

Da ändert die Benennung des Vorstandsmitgliedes des Hochofenwerkes Lübeck-Herrenwyk und Juden Dr. Moritz Neumark 1905 als „Gegenbeweis“ nichts. Neumark unterstützte übrigens Bürgermeister Neumann parteipolitisch. Nach dessen Sturz 1926 wurde er für die nationalistische Sammlungsbewegung *Hanseatischer Volksbund* in der Bürgerschaft Abgeordneter.<sup>95</sup>

---

93 Siehe auch Nachweise bei Stern,, S.102.; Wilhelm II. benutzte 1919 ähnliche Worte wie Lagarde (s.o.) zur Beschreibung der Juden in seinem Brief an Generalfeldmarschall Mackensen und als er im Sommer 1929 vorschlug, sie mit Gas zu vernichten (John C.G. Röhl, *Zeitläufte: Das Beste wäre Gas!*: in *Zeit online*, 25.11,1994, [zeit.de](http://zeit.de)). Der Antisemitismus des Kaisers war offenbar auf den Einfluss des besessenen Judenhassers und Ersatzvaters Wilhelms, des Generals Graf Waldersee zurückzuführen (so Röhl a.a.O.), an dessen Namen in Lübeck übrigens eine Straße erinnert.

94 Lemo

95 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer\\_Volksbund](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer_Volksbund)

Das Hochofenwerk mit Anbindung an die Ostsee, das aus Geschäftsinteresse Possehls im von ihm dominierten Industrieverein angeschoben und mitfinanziert worden ist,<sup>96</sup> brauchte einen exzellenten Fachmann, das war Moritz Neumark. Das Werk war hochmodern und komplex. Ebenso wie die Idee, Kohle zum Stahl zu bringen und nicht umgekehrt, in der Realisierung an der norddeutschen Küste (mit Ausnahme von Stettin) einzigartig war.

Es stand mit dem Einsatz der von Possehl gelieferten hochwertigen Schweden-Erze in erbitterter Konkurrenz zu den minderwertigen Minette-Erzen, die die Ruhr- und Saarbarone nutzten.<sup>97</sup> Da durfte nichts schiefgehen. Jude hin oder her. Von primitivem Rassismus hielt Possehl demnach nichts und vom öffentlich darüber Reden selbstverständlich noch weniger.

---

96 Dazu Kreutzfeld, Bernd, Der Lübecker Industrie-Verein, Eine Selbsthilfeeinrichtung Lübeckischer Bürger 1889-1914, Lübeck 1969 S.137f. mit Hinweis auf das in Stettin bereits 1896 gebaute Eisenwerk "Kraft"

97 Vgl. auch Possehl an Curtius, Curtius, 204; zur politischen Lage der Minette-Produktion und Kohle- und Stahlindustrie 1917/18 vgl. Pomiluek, 135

### 3. Possehls wirtschaftliche Dominanz

Zur Einschätzung seiner unternehmerischen Persönlichkeit sei hier die Darstellung von Bernd Kreuzfeldt zitiert:

*„Als Reserveoffizier nach Lübeck zurückgekehrt, fiel es ihm zunächst offenbar sehr schwer, wieder in das Kaufmanns Leben zurück zu finden. Im Jahre 1873 (1.Mai,MB)<sup>98</sup>übernahm er dann gemeinsam mit seinem Bruder Adolf die Leitung der väterlichen Firma. Nach Adolfs Ausscheiden im Jahre 1898 blieb Emil Possehl alleiniger Inhaber. Wenn er sich in der Folgezeit allmählich auch immer mehr dem Handel mit schwedischen Eisen und Stahl zuwandte, gab er doch das solide Lübecker Platzgeschäft nicht auf.*

*Mit großem Geschick, insbesondere durch den Aufbau eines breit angelegten Vertreter Netzes wurde nun die Abteilung Eisen und Stahl ausgebaut. Auch die Versuche Possehls, Einfluss auf die Schwerindustrie Schwedens zu nehmen, blieben nicht ohne Erfolg. Er kaufte dort eine Reihe kleinerer und mittlere Hütten - und Stahlwerke. Die Umsätze der*

---

98 Curtius, 183



*Abteilung Eisen und Stahl erreichten in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg schließlich die beachtliche Summe von 68 Mio. Mark jährlich.*

*Mit der steigenden Erznachfrage in Deutschland erkannte Possehl seine Chance, als Mittler zwischen den aufstrebende Industrie des Ruhe - und Siegerlandgebietes und den Eisenerzfeldern Schwedens und schaltete sich demgemäß auch in den schwedischen Erzhandel ein. Dieser Geschäftszweig erlangte in seiner Firma schließlich eine beherrschende Stellung. 1895 gelang es ihm, das alleinige Recht für die Belieferung des europäischen Kontinents (außer Frankreich und Belgien) mit Lappländischen Erzen zu erlangen, wobei er sich verpflichtet, jährlich bestimmte Mindestmengen zu verkaufen.*

*Hierdurch erst dürfte die Erschließung der Erzvorkommen in Lappland letztlich ermöglicht worden sein. Possehl erwarb auch selbst Anteile an diesen Gruben und kaufte eine Anzahl weiterer schwedischer und norwegischer Erzminen dazu. Auch die Kalksteinbrüche der Insel Furillen gingen in sein Eigentum über. Den Transport der Erze übernahm die Firma in eigene Regie, und bis zum Jahre 1914 war die Flotte auf 25 Frachter angewachsen. Possehl schaltete er sich jedoch auch in die Erzverarbeitung in Deutschland ein. ...Er beteiligte sich an Metallhütten in Bochum und Magdeburg. - Schon 1884 übernahm die Firma ferner eine Hufnagelfabrik in Wilejka bei Wilna, der eine Abteilung zur Herstellung von Sensen angegliedert wurde.*

*Nachdem eine weitere Hufnagelfabrik in St. Petersburg dazu erworben worden war, besaß Possehl schließlich das Monopol der Hufnagelproduktion in Russland. - Nach Keibel war das Possehl'sche Unternehmen zu Beginn des ersten*

*Weltkrieges „alleine in seiner Handelsabteilung wahrscheinlich das größte deutsche Einfuhrhaus in der Hand eines einzigen Kaufmanns“. Auch die Tatsache, dass Possehl viele Jahre im Aufsichtsrat der Deutschen Bank angehörte, unterstreicht, welche Stellung er sich im deutschen Wirtschaftsleben schließlich erworben hatte.“*

Die bedeutende Rolle der Rheinisch-Westfälischen Montanindustrie und des Erz- und Stahlhandels der Firma L. Possehl & Co., Lübeck und Stockholm, Abt. Erze, für die Industrie- und Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches, erschließt sich auch aus Klaus-Dieter Walter Pomilueks Arbeit über den einflussreichen Montanindustrie-Manager Wilhelm Beukenberg (DVP) (1858-1923).<sup>99</sup> Dort wird am Beispiel Beukenbergs unter anderem die politische Rolle dieser Vertreter der Schwerindustrie, einschließlich deren finanzieller, verdeckter Förderung der nationalistischen Vereine und der Presseorgane beschrieben.<sup>100</sup>

Die Montanindustrie war seinerzeit das Herzstück des militärisch-industriellen-Komplexes des Deutschen Reiches. Emil

---

99 Pomiluek

100 Pomiluek, 292-310

Possehl hatte sich mit seinem Welthaus<sup>101</sup> in diesem Beziehungs-Netzwerk strategisch optimal platziert. 1912 stand er 20 Betrieben vor und war - nach eigener Einschätzung - der „stärkste“ und „tatkräftigste“ private Unternehmer in den drei Hansestädten.<sup>102</sup> Hinzu kam - wie dargestellt - sein großer Einfluss auf die Logistikbranche, sein beharrliches Werben für die großen Verkehrsinfrastrukturprojekte im Norden des Deutschen Reiches, um das Deutsche Reich, aber auch um sein „Welthaus“ selbst zu globalisieren.

Dazu zählten der Elbe-Lübeck (Trave)-Kanal, den er am 16.6.1900 mit einweihete, der Kaiser-Wilhelm-Kanal, weitgespannte Bahnprojekte in Schweden und Russland und die Fehmarn-Sund-Verbindung: die Vogelfluglinie.<sup>103</sup> Der Aufbau seiner Frachtschifflotte sei hier nochmals erwähnt. Er setzte Himmel und Hölle für seine Projekte in Bewegung. Possehl war mit seinen globalen geostrategischen Visionen ununterbrochen auf Geschäfts- und Werbetouren in Hamburg, Bremen, Düsseldorf, London, Berlin, Stockholm, Kopenhagen, St.Petersburg. Er

---

101 Curtius, 183

102 Curtius, 196

103 Curtius, 206

suchte überall ihm nützlich erscheinende Entscheidungs-träger auf, die „Captains of industry“, wie er sie nannte.<sup>104</sup>

So beim Besuch des Kaisers in Lübeck 1913. Der Kaiser war mit ihm befreundet.<sup>105</sup> Er traf sich mit industriellen und politischen Entscheidern. In Berlin frühstückte er mit dem bekannten und immer wohl informierten Publizisten Maximilian Harden (1861-1926). Possehl lud ihn nach dem anregenden Gespräch auf vier Wochen zu sich nach Hause ein.



Hotel Bristol, Berlin, Unter den Linden

---

104 Curtius, 185

105 Curtius, 202; Fast, 173

Den Grafen Waldersee begleitete er ins Preußische Herrenhaus. Ende April 1894 wurde dort über den Elbe-Trave-Kanal entschieden. Anschließend feierte er die erfolgreiche Entscheidung zum Ausbau bei einem „opulenten Mahl“ mit Geschäftsfreunden im Luxus- Hotel Bristol, Unter den Linden.<sup>106</sup>

Sein energisches Wirken in Handelskammer, Bürgerschaft (1891) und Senat (1901) galt vor allem den wirtschafts- und verkehrspolitischen Interessen Lübecks. Er war Mitgründer des lokalen Industrievereins,<sup>107</sup> und - wie erwähnt - tatkräftiger Befürworter des 1900 fertiggestellten Elbe-Trave-Kanals und Vorkämpfer der erst 1963 verwirklichten Vogelfluglinie.<sup>108</sup>

Schon zu Lebzeiten machte sich Possehl als Stifter verdient. Er beschenkte Lübeck mit Millionenwerten,<sup>109</sup> u.a. das Stadttheater-Grundstück an der Beckergrube.<sup>110</sup> Auf Anregung seines Anwalts Ernst Wittern engagierte Possehl 1903 den belgischen

---

106 Curtius, 188

107 Kreutzfeldt, 137f.

108 Curtius, 208

109 Curtius, 198; LVB 5.2.1919, Nachruf

110 500.000 Mark (Curtius, S.193)

Architekten Henry van de Velde für den Umbau seines Sommerhauses an der Travemünder Strandpromenade.<sup>111</sup> Im *Lübecker Volksboten* vom 5.2.1919 heißt es in einem Nachruf:<sup>112</sup>

*“Sein großer Reichtum gestattete Emil Possehl für gemeinnützige Zwecke erhebliche Summen zu stiften. So setzte er für die Errichtung eines Kaiser-Wilhelm-Volkshauses (Holstentor-Halle, MB)<sup>113</sup>, für die Schaffung eines Hallenschwimmbades,<sup>114</sup> für kriegsbeschädigte Angehörige des Regiments Lübeck Millionen aus.“*

---

111 Wittern versuchte angeblich auch, van de Velde in den Architekturwettbewerb für den Neubau des Stadttheaters mit einzubeziehen, der allerdings von Martin Dülfer gewonnen wurde. 1905 hatten sich van de Velde und Possehl wegen der von Possehl vorgenommenen Veränderungen des Sommerhauses zerstritten. Zwei getäfelte, teilmöblierte Kabinette aus dessen Einrichtung befinden sich heute im Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Possehl](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl), 12.3.2021

112 Nachruf im *Volksboten* v. 5.2.1919

113 Curtius, 192

114 1.000.000 Mark, Curtius, 193

## 4. Possehl und Neumann

Da sonstige (etwa schriftliche) verwertbare Zeugnisse der engen Kooperation Possehls mit Neumann bisher fehlen, bieten sich Indizien an, etwa die beiderseitigen Mitgliedschaften und Aktivitäten in Bürgerschaft und Senat. Für diesen Staatsdienst (1901-1919) „opferte“ Possehl zwei Tage in der Woche, das sind 100 Tage im Jahr.<sup>115</sup> Zeit genug also für intensive Begegnungen mit seinem Senatskollegen Neumann (1904-1926).

Hinzu kommen Begegnungen im ADV, im Wehrverein, Aktivitäten im Lübecker Kulturleben, im Bereich der Landeskirche und bei sonstigen Gelegenheiten des Stadtgeschehens, die die These belegen könnten, der 15 Jahre jüngere Neumann sei frühzeitig in die Rolle des politischen Arms des in Lübeck wirtschaftlich und politisch so mächtigen Mannes hineingewachsen.

---

115 Curtius, 198

Possehl wiederum, der für sein Geschick bei der Auswahl seiner Mitarbeiter bekannt war,<sup>116</sup> erkannte wohl früh - ebenso wie Heinrich Claß - die Eignung und das Führungspotential des ehrgeizigen Lübecker Aktivisten. Aufzeichnungen des einen oder anderen dazu gibt es (bisher) nicht. Das ist kein Wunder.

Das Bekanntwerden, mit dem immer gerechnet werden musste, fiel einem vor die Füße.<sup>117</sup> Das hatten beide so gelernt. Possehl etwa aus den politischen Folgen seiner Äußerungen zum wirtschaftlichen Generalstab.<sup>118</sup> Neumann per se als Teil der politischen Grammatik, die er beherrschte.

Andererseits liegen für die These der Kooperation und wechselseitigen Abhängigkeit beider - auch ohne schriftliche Quellen - hinreichend Indizien vor. Schon nach der allgemeinen Lebenserfahrung bestand zu Lebzeiten Possehls ein offenkundiges Abhängigkeitsverhältnis des vor Ort dominanten Milliardärs und des umtriebigen Senators. Beider Interessen im

---

116 Dennig, 134

117 Fast, 129, vermutet, dass Possehl wegen seiner im nordwestdeutschen Raum hervorgehobenen Stellung eine gewisse Distanz zu den Ideologen gehalten habe.

118 zur Frage der öffentlichen Wirkung seiner Äußerungen in der Frage eines wirtschaftlichen Generalstabs, Curtius, 201



Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung des übersichtlichen Gemeinwesens waren identisch.

Possehl kam die Hilfe zur Durchsetzung seiner weitgreifenden wirtschaftlichen und geopolitischen Vorstellungen der sowohl in Lübeck als auch in Berlin im ADV gut vernetzte Neumann gerade recht. Der viel beschäftigte Possehl, der sich immer wieder darüber beklagte, dass er unter Last seiner beruflichen Aufgaben keine Zeit für andere Aktivitäten finde<sup>119</sup>, konnte über den Lübecker politischen Aktivistin mit den identischen Zielen und dem ebenfalls autoritären Charakter froh sein.

Beide sind im übrigen in Lübeck geborene Söhne aus dem gehobenen Lübecker Bürgertum, hatten dort gemeinsame Orte der Begegnung. Neumann wuchs gewissermaßen in der von Ludwig und Emil Possehl mitgeprägten Lebenswelt der überschaubaren Lübecker Stadtrepublik auf. Jedenfalls waren beider Zielsetzungen - soweit ersichtlich - im Bereich von Wirtschaft und Politik, bei aller Unterschiedlichkeit der persönlichen jeweiligen beruflichen Interessen, deckungsgleich.

Das gilt sowohl für die zugrundeliegende Geisteshaltung als auch für die Aktivitäten in den einschlägigen patriotisch

---

119 Curtius, 197

ausgerichteten Vereinigungen und auf medialer Ebene: dem ADV, Wehrverein und der Hugenbergpresse, des *Lübecker Generalanzeigers* und der *Lübeckischen Blätter*.

Die enge Verbindung beider zu dem langjährigen Vorsitzenden des ADV, Heinrich Claß und zu einem der Mitbegründer des ADV, Alfred Hugenberg, zur Industrieelite des Rheinlandes und Westfalens (Hugo Stinnes, Emil Kirdorf) und ihre spätere Unterstützung beim Ankauf und Aufbau des antisemitischen Hetzblattes, *Deutsche Zeitung*, sowie die hervorgehobene Position Neumanns als Vorsitzender des Scherl-Verlages und beider Nähe zu *Lübecker Generalanzeiger* und *Lübeckischen Blättern* belegen und unterstreichen das Einvernehmen.

An keiner Stelle jedenfalls gibt es Hinweise auf eine - wie auch immer geartete - Distanzierung des einen oder des anderen zu der auf die „Deutsche Weltmacht“, unter Einschluss von Vertreibung und Völkermord, ausgerichteten Kriegsziele in der 1914 reichsweit bekannten und im ADV beschlossenen Denkschrift von Heinrich Claß.<sup>120</sup>

---

120 Leicht, 180

Dabei lag der Völkermord des Kaiserreiches an den Herero und Nama 1914 in Westafrika gerade einmal 10 Jahre zurück.<sup>121</sup> Der für seine Grausamkeit gegen Eingeborene in Ostafrika bekannte Kolonialpolitiker Carl Peters gehörte denn auch zu den ideologisch maßgeblichen Gründungsmitgliedern des ADV (1891).

Auch der türkische Völkermord an den Armeniern war 1915 im Kaiserreich in aller Munde. Das im Krieg befindliche Kaiserreich sah bei seinem Verbündeten, dem Osmanische Reich, darüber hinweg.<sup>122</sup> Ebensowenig reagierten Neumann und Possehl auf die 1915 beginnende Vertreibung der Griechen von der Westküste Kleinasiens, der sogenannten Griechen-Katastrophe.<sup>123</sup> Man mag einwenden, diese humanitären Katastrophen hätten im öffentlichen Bewußtsein des Kaiserreiches keine Rolle gespielt. Gegen eine derartige Absenkung des moralischen Standards steht indes die hohe moralische Einschätzung<sup>124</sup> der beiden

---

121 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lker\\_mord\\_an\\_den\\_Herero\\_und\\_Nama](https://de.m.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lker_mord_an_den_Herero_und_Nama), 2.4.2021

122 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lker\\_mord\\_an\\_den\\_Armeniern](https://de.m.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lker_mord_an_den_Armeniern), 4.4.2019

123 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Griechenverfolgungen\\_im\\_Osmanischen\\_Reich\\_1914%E2%80%931923](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Griechenverfolgungen_im_Osmanischen_Reich_1914%E2%80%931923), 4.2021

124 Zu Neumann vgl. Düesberg, 12

*Lübecker Weltbürger*, die aktiv und auf hoher Ebene in die Politik des Deutschen Reiches eingebunden waren.

Kein Wort der Distanzierung - etwa auch nur von derartigen Vertreibungszielen, die sie als Mitglieder des ADV 1914 in der Denkschrift zu den Kriegszielen gerade selbst beschlossen hatten. Von Emil Possehl wissen wir, dass er sich für moralisch absolut integer hielt.

An seinen Freund Curtius schreibt er:

*„Wenn Leute hier über meine Person häufig in unliebsame Weise reden, so kann ich nur sagen, fachlich können Sie mir nichts anhängen. Meine Handlungen vertrete ich gegen jedermann, auch als Senator. Ich wüsste nicht, was man mir da vorzuwerfen hätte. Mein Leben ist einwandfrei und vielleicht mehr als bei manchem anderen! Einzwängen in antiquierte Anschauungen lasse ich mich nicht. Dazu ist meine Stellung eine viel zu unabhängige und auch eine viel zu angesehene, weit über die Mauern dieser Stadt hinaus. Wenn man der Chef eines Hauses ist, das unbestritten das stärkste und tatkräftigste heute in den drei Hansestädten - ich lasse die großen Aktien Gesellschaft beiseite- und dies aus eigener Kraft geworden ist, so hat man ein Recht, das zu sagen. Für unsere Stadt ist es eine Ehre und ein großer Vorteil, dieses Haus in seinen Mauern zu haben!“<sup>125</sup>*

---

125 Curtius, 195,196

Beide Männer stimmten - anders als der Bremer Milliardär (Kaffee-Haag) und Stifter Ludwig Roselius (1874-1943)<sup>126</sup> - fraglos überein auch in der Abneigung gegenüber der Arbeiterbewegung<sup>127</sup> und insbesondere gegenüber der Sozialdemokratie.<sup>128</sup> Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie im ADV war eines der sinnfälligen Symbole für die erschreckende Kompromisslosigkeit der gesamten bürgerlichen Elite gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung unter den Mitgliedsorganisationen des ADV im Reich und vor Ort in der Johannisstraße 46-48 (Gewerkschaftshaus mit Redaktionsräumen des *Lübecker Volksboten*).

Der darin zum Ausdruck kommende, sich in der Weimarer Zeit verschärfende, tiefe, ins 19. Jahrhundert reichende Graben in der deutschen Gesellschaft, hatte noch erhebliche Folgen für die Verhärtung von Staat und Gesellschaft bis in die Nachkriegszeit der BRD. Erst 1966, in der Großen Koalition zwischen CDU und

---

126 Wollenberg, Von den Ideen, [http://michaelbouteiller.de/bzg\\_2020\\_04\\_wollenberg\\_volksgemeinschaft-seite-3-66](http://michaelbouteiller.de/bzg_2020_04_wollenberg_volksgemeinschaft-seite-3-66)

127 Curtius lässt diese Einstellung zur Arbeiterschaft bei Possehl offen: 196

128 Für Possehl: Volksbote 5.2.1919, <http://library.fes.de/luebeck/pdf/1919/1919-030.pdf>

SPD, den damaligen Frontorganisationen von Kapital und Arbeit, begann sich das Verhältnis von bürgerlicher Elite und Arbeiterwelt langsam in nach vorn gerichteten Kompromissen zu verflüssigen.

Man mag trotz der Vorarbeiten von Dirk Stegmann einwenden, dass für derartig zugespitzte Thesen einer Interessenidentität und eines Abhängigkeitsverhältnisses beider Persönlichkeiten, des Bürgermeisters und seines ersten Wirtschaftsführers voneinander, nähere Belege erforderlich seien. Dass auch insgesamt die Präfaschismus-These über die dargelegten Indizien hinaus, zeitlich nach hinten (vor 1921) und nach vorne (1921 bis 1933), intensiver bearbeitet werden müsse. Das ist richtig.

Notwendig wird es auch sein, die beteiligten Personenkreise der bürgerlichen Lübecker Elite und der Arbeiterbewegung genauer durch Archivmaterial und Familiengeschichte auf die genannte Fragestellungen des *Präfaschismus* und der Ideenwelt der *Konservativen Revolution* hin zu erschließen. Ein profunder Ansatz findet sich allerdings in dem hier immer wieder zitierten, einschlägigen Aufsatz des Fritz Fischer Schülers, Dirk Stegmann. Gleichwohl bleibt die eingehendere historische Untersuchung

ein bisher unerledigter Auftrag an die Stadtgeschichte, der indes gerade in dankenswerter Weise angegangen wird.

# IV. Bürgermeister Neumann und das völkische Netzwerk

## 1. Neumanns politische Dominanz

Der 1865 in Lübeck geborene Dr. Johann Andreas Martin Neumann<sup>129</sup> besuchte das Katharineum und studierte in Freiburg, Leipzig und Kiel Rechtswissenschaften und

---

<sup>129</sup> Johann Andreas Martin Neumann, [https://de.wikipedia.org/wiki/Johann\\_Martin\\_Andreas\\_Neumann](https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Martin_Andreas_Neumann), 16.10.2019; Adresse: Ratzeburger Allee 8a, Adressbuch 1918 ; Grassmann, 692;

Nationalökonomie. 1889 wurde er, zurück in Lübeck, Referendar, nach drei Jahren Assessor und ein Jahr später Richter am Landgericht. 1899 wählte man ihn in die Bürgerschaft und 1904 zum Senator. 1921 wurde er, als Parteiloser, Nachfolger von Bürgermeister Emil Ferdinand Fehling, der am 31.12.1920 ausschied.<sup>130</sup>

Neumann war im Kleinstaat Lübeck mit damals ca. 50.000 Einwohnern (1867) aufgewachsen. Jeder kannte jeden. Das galt besonders für die 100 ha große Altstadtinsel mit ihren engen Gassen, die „Großvaterstadt“ Ludwig Ewers,<sup>131</sup> auf die sich die Einwohnerentwicklung bis zur Aufhebung der Torsperre, 1864, beschränken musste.<sup>132</sup> Dessen Freund, Heinrich Mann, hat sie im Roman „*Der Untertan*“ geistreich und präzise

---

130 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Ferdinand\\_Fehling](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Ferdinand_Fehling); eine mit Neumann gleichgerichtete politische Haltung des Vorgängers im Bürgermeisteramt, Fehling, bringt das Zitat aus 1917 auf den Punkt: „Nicht von ungefähr plädierte bereits am 3. Januar 1917 der Lübecker Bürgermeister Ferdinand Fehling anlässlich der Übernahme seines neuen Amtes in seiner Ansprache an den Senat öffentlich pointiert für einen „deutschen Frieden“: Stegmann Radikalisierung

<sup>131</sup> So der bekannte Roman von Ludwig Ewers, Die Großvaterstadt, Lübeck 1926, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Ludwig\\_Ewers](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Ewers)

<sup>132</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/St%C3%A4dtebauliche\\_Entwicklung\\_L%C3%BCcks\\_seit\\_1864](https://de.m.wikipedia.org/wiki/St%C3%A4dtebauliche_Entwicklung_L%C3%BCcks_seit_1864)



sozialpsychologisch analysiert.<sup>133</sup> Dort wurde Neumann - wie es dem damaligen Erziehungsbild eines Katharineers entsprach -, preußisch-national erzogen, erfolgs- und führungsorientiert, willensstark, ehrgeizig, und absolut loyal nach oben, arrogant und herablassend nach unten.<sup>134</sup> Ein beispielhafter Exponent des preußisch-deutschen und Lübecker Bürgertums des ausgehenden 19. Jahrhunderts.<sup>135</sup> Diese Eigenschaften teilte er mit seinem Vorbild Emil Possehl.<sup>136</sup> Possehl wusste sich indessen auf seine Berufsrolle als Kaufmann und international tätiger Industrieller zu beschränken. Er trat mit seinen politischen Aktivitäten im allgemeinen öffentlich nicht hervor<sup>137</sup>, sondern blieb im Hintergrund.<sup>138</sup>

Neumann machte - wie das für die damalige Stadtelite nach dem gewonnenen Frankreichkrieg üblich war - aus seiner

---

133 Heinrich Mann, Der Untertan, 1918, <https://www.reclam.de/data/media/978-3-15-011326-4.pdf>

134 Mann, Heinrich, Unrat

135 Elias, 22

136 C.2.

137 Das galt nicht in seiner Werbung für einen wirtschaftlichen Generalstab.

138 Stegmann, 49

nationalistischen, antirepublikanischen und antidemokratischen Gesinnung kein Hehl.<sup>139</sup> Frühzeitig hatte er sich dem ADV verschrieben. Hier fand der Jurist aus Lübeck Gleichgesinnte, Orientierung, seine politische Heimat, Förderer und politische Gefährten. Er wurde 1901 mit 36 Jahren Vorsitzender der Ortsgruppe Lübeck,<sup>140</sup> richtete mit großem Erfolg „Deutsche Abende“<sup>141</sup> aus und propagierte dort und im Reich die Ziele seines Verbandes.

*„Ein genaueres Sozialprofil der Lübecker Alldeutschen vermittelt die Selbstangabe der alldeutschen Ortsgruppe für das Kriegs-jahr 1917: Neben Grube als Vorsitzendem amtierte als Schrift-führer der Rat am Stadt- und Landamt, Dr. jur. Storck, als Kassensführer der selbständige Kaufmann Johann Zaeckel. Als Vorstandsmitglieder firmierten zwei Senatoren, Neumann und Cay Diedrich Lienau (1867-1953), Senator seit 1908, dann der Wortführer der Bürgerschaft 1917-1919 und Präses der Handelskammer, Konsul C. F. Dimpker, zwei Ärzte, ein weiterer Oberlehrer, ein Bürovorsteher, ein Pastor, ein Bürgermeister a. D., mehrere höhere Beamte in Verwaltung und Justiz -, am prominentesten war hier der*

---

139 z.B.auf den von ihm moderierten Deutschen Abend.

140 Alldeutsche Blätter 1901,S.60, <https://daten.digital-sammlungen.de/0007/bsb00077486/images/index.html?id=00077486&groesser=&fip=yztswyztzenxdsydsdaseayaxsqrs&no=26&seite=69>

141 Ihre Bedeutung schildert Buss, 47

*Landgerichtsprä-sident Dr. Richard Oemler, der Nachfolger Hoppenstedts, von 1913-1930 im Amt, zwei Rechtsanwälte, ein Buchdruckereibesitzer und ein selbständiger Kaufmann. Einfache Mitglieder blieben die Senatoren Possehl und Evers, sie traten öffentlich nicht hervor.“<sup>142</sup>*

Auch in der Justiz fand Neumann Gesinnungsgefährten, hier waren beispielsweise - wie im Zitat genannt - die Landgerichtspräsidenten Hoppenstedt (1834-1910) und Dr. Richard Oemler (1913-1930) Mitglieder des ADV.<sup>143</sup> In der Stadtregierung waren es neben Neumann, den genannten Senatoren Possehl, Lienau und Evers, Senator Dr. Georg Kalkbrenner (1875-1956).<sup>144</sup>

Dabei muss man sich vor Augen führen, dass das von Heinrich Mann beschriebene Gesellschaftsmodell nicht allein auf den alles überdeckenden Klassenkonflikt zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts zurückgeführt werden kann. Norbert Elias deutet den Hohenzollernstaat in seinen gesellschaftlichen Wirkungen auf

---

142 Stegmann Radikalisierung, 49

143 Stegmann Radikalisierung, 49

144 Stegmann Radikalisierung, 59

das Bürgertum nach 1871 vielmehr einleuchtend  
folgendermaßen:

*„... bürgerliche Industrielle und Kapitalbesitzer bildeten nicht die herrschende, die Oberschicht des Landes. Die Stellung des Kriegs- und Beamtenadels als höchstrangige und mächtigste Schicht der Gesellschaft wurde durch den Sieg von 1871 nicht nur gewahrt, sondern verstärkt. Nicht das gesamte, aber doch ein guter Teil des Bürgertums passte sich verhältnismäßig rasch diesen Gegebenheiten an. Sie fügten sich als Vertreter einer zweitrangigen Klasse, als Untertanen, in die Gesellschaftsordnung des Kaiserreichs ein.“<sup>145</sup>*

Die Verhaltensweisen des Kriegs- und Beamtenadels waren es also, die die Haltung der bürgerlichen Elite prägten. Ein klassisches Beispiel ist wiederum der wegen seines autoritären Verhaltens seinerzeit von vielen in Lübeck gehasste Herrenmensch,<sup>146</sup> Rittmeister der Reserve, Emil Possehl.<sup>147</sup>

---

145 Zitiert nach: Elias Studien, S.22

146 vgl.auch die Charakterisierung durch seinen Freund Curtius als nach außen „schroff und abweisen“, Curtius, 196

147 Vgl. Stegmann Radikalisierung, 47

Die „*werktätige Bevölkerung*“ hatte in dem nachrevolutionären Lübeck kaum etwas mit den Kreisen des bürgerlichen Lübeck zu tun. Denn die Kulturen überschritten sich wenig bis überhaupt nicht. Die Lebenswelten waren getrennt. Man verkehrte in je unterschiedlichen Gaststätten, Sportvereinen, Kulturveranstaltungen, Wohnwelten, Arbeitswelten, hatte andere Lesetraditionen, Erziehungsstile, Bildungsinstitute, politische Einstellungen usw. Am Beispiel Willy Brandts ist diese Lübecker Parallelwelt vom Kindergarten im Kaiserreich, über die Jugend in der Republik, bis zur Flucht aus dem faschistischen Lübeck 1933 über Dänemark nach Norwegen nachzuverfolgen.<sup>148</sup>

Neumann wiederum - der frühe Weggefährte seines Förderers Possehl - baute seine elitäre politische und kulturelle Machtstellung in Lübeck und im Reich konsequent aus. Von 1907 bis 1909 wurde er in Lübeck, wie schon sein Vorgänger Fehling 1895-1897,<sup>149</sup> Direktor der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeiten (Gemeinnützige). Die Gemeinnützige spielte im kulturellen und gesellschaftlichen Leben des Kleinstaates im Kaiserreiches und in der Weimarer Republik eine

---

148 Schölgen, 27

149 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Ferdinand\\_Fehling](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Ferdinand_Fehling), 6.4.2021

prägende Rolle, die mit ihrer heutigen Bedeutung nicht zu vergleichen ist.<sup>150</sup> Ab 1921 war Neumann, wie schon Fehling 1903, auch Vorsitzender des Hansischen Geschichtsvereins. Die kulturelle Dominanz Neumanns in Lübeck wurde noch verstärkt durch die Ehe seiner Tochter Hildegard Heise, mit dem bedeutenden Lübecker Museumsdirektor und Behnhausgründer Carl Georg Heise. Hildegard Heise war eine bekannte Fotografin.<sup>151</sup>

Die Mitgliederzeitung der Gemeinnützigen, die „*Lübeckischen Blätter*“, war damals für die Meinungsbildung des Bürgertums in der Stadt nicht zu überschätzen.<sup>152</sup> Maßgeblich für dieses Meinungsmedium wurde 1922 deren Schriftleiter (von 1922 bis 1951) Paul Brockhaus (1879-1965).<sup>153</sup> Er war von 1919-1965 auch Gründer und Herausgeber der Publikation „*Der Wagen*“.<sup>154</sup> Brockhaus verkörperte - wie das Manfred Eickhölter 2014 sagt -

---

150 Thoemmes, 202; Freche, 303

151 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hildegard\\_Heise](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hildegard_Heise), 1.4.2021

152 Thoemmes

153 Eickhölter, Höllenfahrt und Zwangsbekehrung, Lübeckische Blätter 2014, 247

154 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Der\\_Wagen](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Der_Wagen), 16.4.2021

ganz im Sinne Neumanns - „wie kein zweiter Kulturschaffender Lübecks den Typus eines Deutsch-nationalen Bildungsbürgers, Antidemokrat von Herzen, Wegbereiter und treuer Anhänger einer nationalsozialistischen Erneuerung schon vor 1933.“<sup>155</sup>

Er war Aktivist der „Niederdeutschen Bewegung“ und führendes Mitglied deren „Fehrs-Gilde“.<sup>156</sup> Spätestens in den 20er Jahren vertrat diese Gilde rassistische Positionen bis hin zu offenem Antisemitismus. Brockhaus hatte schon früh den Gedanken eines „nieder-deutschen Kulturraumes von Flandern bis zum Baltikum“ auch in die „Nordische Gesellschaft“ in Lübeck eingebracht. Als Teil der völkischen Bewegung trat die Gilde offen für den Anschluss aller „niederdeutschen“ Länder an das Deutsche Reich ein.<sup>157</sup> Sie vertrat sozialdarwinistische und rassistisch-arische Ziele.<sup>158</sup> Brockhaus war als Mitglied des „Ehrenrates“ führendes Mitglied dieser Gilde.<sup>159</sup> Was die innere

---

155 Eickhölter

156 <https://de.m.wikipedia.org/wiki/Fehrs-Gilde>, 12.4.2021

157 Vgl. dazu Stern, 231

158 Birte Arendt, Niederdeutschdiskurse. Spracheinstellungen im Kontext von Laien, Printmedien und Politik, Berlin 2012, 100

159 Paul Brockhaus, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Paul\\_Brockhaus](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Paul_Brockhaus), 16.10.2019

Einstellung anging, lag er mit dem früheren Direktor der Gemeinnützigen Bürgermeister Neumann auf einer Linie.

Die Auseinandersetzung zwischen der Elite des preußisch-deutschen Bürgertums in Lübeck einerseits und der organisierten Arbeiterschaft andererseits spiegelt sich auch in den beiden größten Tageszeitungen der Stadt wider: dem „*Lübecker Generalanzeiger*“ in der Königstraße mit 1929 45.000 Exemplaren und dem „*Lübecker Volksboten*, Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung“ in der Johannisstraße,<sup>160</sup> heute Julius-Leber-Straße, mit einer Auflage von 14.000 Exemplaren.<sup>161</sup>

Von großem Einfluss auf das kulturelle Leben des Lübecker Staates und dessen bürgerlicher Gesellschaft war ferner traditionell die Kirche, in Lübeck in erster Linie die evangelische Landeskirche, mit 1925 ca. 120.000 Mitgliedern, d.h. über 90%

---

160 Die Redaktionsräume befanden sich im zerstörten alten Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 46-48, heute Ordnungsamt, s.auch <https://gedenkort-leber.de/2018/06/spurensuche-in-luebeck/>

161 <http://akens.org/akens/texte/diverses/Presse.pdf> ; der Lübecker Volksbote ist in seinen Auflagen 1894 bis 1933 digitalisiert und damit leicht für Jedermann zugänglich. Der Lübecker Generalanzeiger hingegen muss mühsam über Filmrollen in der Stadtbibliothek erschlossen werden.



der Einwohner:innen der Stadt.<sup>162</sup> Neumann baute auch dort seine kulturelle Rolle aus. Wegen seiner Verdienste bei der Ablösung des landesherrlichen Kirchenregiments des Senats durch die neue Kirchenverfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Lübeck von 1921 erhielt er von der Theologischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität Kiel den Ehrendoktor der Theologie.<sup>163</sup> Neumann war ferner in Doppelfunktion Bürgermeister und Vorsitzender des Kirchenrates.<sup>164</sup> Damit hatte er zwei der höchsten Ämter im Staat inne. Die führenden Geistlichen waren in der hier fraglichen Zeit denn auch mehrheitlich in nationalen und nationalistischen Vereinen engagiert.<sup>165</sup>

Weitere Belege für die extrem nationalistische und antisemitische Geisteshaltung der Eliten der Bürgergesellschaft Lübecks in der Weimarer Zeit finden sich in der religionssoziologischen Arbeit von Hansjörg Buss „Entjudete“ Kirche. Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem

---

162 Buss, 84

163 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann\\_Martin\\_Andreas\\_Neumann](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann_Martin_Andreas_Neumann)

164 Buss, 117

165 Buss, 48f.; vgl zum innerkirchlichen Widerstand, Kohlwege

Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918 -1950).<sup>166</sup>

Dort wird auch der völkisch-nationalistische Einfluss des „Deutschen Abends“, den Neumann moderierte, und die Bedeutung dieses Zusammenschlusses für die Völkischen in Lübeck hervorgehoben:

*Aufgrund seines Öffentlichkeitsanspruches weitaus gewichtiger war indes der "Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“, dessen Lübecker Ableger 1888 gegründet worden war. 1898 trat der Bund dem "Deutschen Abend" bei, einem Zusammenschluss der deutschen Vereine, dem unter anderem der Deutsche Schulverein, (ab 1908 Verein für das Deutschtum im Ausland), der Deutsche Sprachverein, die Deutsche Kolonialgesellschaft, der Alldeutsche Verband, der Deutsche Flottenverein, der Deutsche Ostmarkenverein sowie der Verein für das nördliche Schleswig angehörten.*

*Der "Deutsche Abend" trat mit regelmäßigen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit, in denen überwiegend außen-, wehr- und kolonialpolitische Themen, generell das "Deutschtum" im Ausland behandelt wurden.*

*Der Beitritt des Evangelischen Bundes war offensichtlich nicht unumstritten, aber letztlich "siegte der Gedanke, dass der Bund in ganz hervorragendem Maße für die Zukunft unseres Volkes, für das Bestehen des Reiches und für den*

*Schutz unseres protestantischen Kaisertums tätig ist, dass evangelisch und deutsch wie immer klarer erkannt wird, in den jetzigen Zeitverhältnissen dasselbe ist, und dass der Bund die eifrigste Unterstützung aller National gesinnten Deutschen verdiene."*

*Für die Landeskirche kann die Teilnahme des evangelischen Bundes an dieser organisatorisch verfestigten Schnittstelle der völkisch nationalistischen Lübecker Vereine in seiner Bedeutung kaum überschätzt werden, zumal sich das Engagement auf das kirchliche Leitungspersonal erstreckte.<sup>167</sup>*

---

<sup>167</sup> Buss, 47f.

## 2. Die Stellung des Bürgermeisters nach der Landesverfassung

Ob Diktator oder Demokrat, die im Wesentlichen von Fehling erarbeitete Landesverfassung<sup>168</sup> jedenfalls überlies es ausschließlich dem Spiel der politischen Machtverhältnisse in Senat und Bürgerschaft, ob sich der Gewählte autoritär oder

---

168 Deutsche Biographie, <https://www.deutsche-biographie.de/gnd116451408.html#ndbcontent>. ; Kreutzfeld, 22: mit dem Hinweis, die Lübeckische Verfassung sei die einzige Landesverfassung des Deutschen Reiches gewesen, die sich ohne schroffen Bruch vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert entwickelte; und dortselbst FN 26 m.w.N.; zur Entwicklung der LV, Düesberg, 5, der die Verfassungsgeschichte mit dem Kasserezess von 1665 und dem Bürgerrezess von 1669, seit denen es eine Volksvertretung, d.h., Teilhabe an der Gesetzgebung gebe, beginnen lässt. Düesberg weist auch auf die 700-jährige Geschichte der Stadt als Republik hin, die in Lübeck so fest verwurzelt sei, dass noch nie einer sich zum Fürsten oder König habe aufzuschwingen versucht. Auch nicht bei den gelegentlich aufgetretenen Selbsherrschern. Deshalb, so schlussfolgert Düesberg, erkenne man das neuerdings üblich gewordene Schlagwort „Die Republik ist in Gefahr“ oder auch die Bezeichnung eine Menschen als „Feind der Republik“ in „seiner ganzen Lächerlichkeit“, Düesberg, 5.

demokratisch geben konnte und durfte. Entscheidend war - in den Grenzen der allgemeinen Gesetze - das politische Vertrauen und nicht das konkrete Verhalten des Gewählten. In dieser radikalen Form einer Wahl-Demokratie, die keine gesicherten verfassungsrechtlichen Grenzen gegen die Diktatur kannte, stand die Lübecker Verfassung in nichts der Weimarer Verfassung nach.

Diktator oder Demokrat, kein Rechtssatz machte in dieser Frage einen Unterschied. Es gab schlechterdings keine gesicherten verfassungsrechtlichen Grenzen der politischen Betätigung für Einzelne oder Parteien. Es gab insbesondere keine Verfassungsgerichtsbarkeit im Bundesland Lübeck<sup>169</sup> oder im Deutschen Reich, die dem im Juni 1952 gegründeten Verfassungsgericht (BVerfG) entsprochen hätte. Nur eine derartige Gerichtsbarkeit hätte (rechtzeitig angerufen<sup>170</sup>) einen Diktator verhindern können. Weder der Bundesstaat Lübeck

---

169 Das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg, das nach Art. 60 LV bei Divergenz von Senat und Bürgerschaft auf Antrag entscheidet, hatte keine darüber hinausgehende Zuständigkeit.

170 Bevor Präfaschismus zur Gefahr wird, d.h. die organisatorischen Vorbereitungen für eine Massenbewegung oder eine Diktatur beginnen, vgl. dazu Snyder Tyrannei; siehe ferner Abschnitt E.

noch das Deutsche Reich waren deshalb in diesem Sinne Rechtsstaaten.

Deren Gründer hatten sich bewusst gegen das im Nachbarland Österreich gewählte Kelsen'sche Modell<sup>171</sup> einer Verfassungsgerichtsbarkeit entschieden, d.h. gegen den damit verbundenen Versuch, zur Abwendung eines Bürgerkrieges, politische Grundsatzfragen frühzeitig in einem Gerichtshof zu neutralisieren, statt sie in gesellschaftlichen Schlachten auszukämpfen.

So hatten es in weiser Voraussicht und aus guten Gründen schon die Väter der Verfassung der Vereinigten Staaten mit der Einrichtung des Supreme Court am 24. September 1789<sup>172</sup> entschieden. Übrigens im Gegensatz zu der einen Monat zuvor verabschiedeten Erklärung der Menschenrechte vom 26. August 1789 in Paris. Die französischen Revolutionär:innen verzichteten zum Schutze ihrer Grundrechte auf ein Verfassungsgericht. Das

---

171 Vgl. Die Biographie Kelsens (1881-1973): Olechowski, 244

172 während sich die französische Gesellschaft im gleichen Jahr eine revolutionäre Verfassung gab: [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Franz%C3%B6sische\\_Verfassung](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Franz%C3%B6sische_Verfassung); neuerdings wird die Abschaffung dieses Verfassungsgerichtshofes diskutiert: <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/Steinbeis-3.7.2021.txt>

erklärt sich aus der in der Französischen Revolution begründeten Gegnerschaft gegen das Ancien Regime mit dessen verhasster Justiz.<sup>173</sup>

Nach Art.14 der Landesverfassung bedurfte es bis zur Neufassung vom 10. Oktober 1923<sup>174</sup> zum Entzug des Vertrauens eines Beschlusses von 2/3 der anwesenden Mitglieder der Bürgerschaft, d.h. bei seinerzeit 80 Bürgerschaftsabgeordneten einer Zustimmung von 53 Mitgliedern. Das war, bei der damaligen Zusammensetzung des Parlamentes - unter normalen Bedingungen - nicht zu erwarten. Ab der Neufassung des Art. 14 - auf Betreiben der Sozialdemokraten<sup>175</sup> und in Übereinstimmung mit den Interessen Neumanns<sup>176</sup>- wurde das Votum herabgesetzt. Es reichte nun ein Mehrheitsbeschluss der Mitglieder der Bürgerschaft aus (41 Stimmen). Es blieb aber dabei: So lange aus der Bürgerschaft kein erfolgreiches Misstrauensvotum zu

---

173 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Ancien\\_Regime](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Ancien_Regime), 6.4.2021

174 <http://www.verfassungen.de/sh/luebeck/verf20-i.htm>, 14.4.2021; zu den Verfassungen der Hansestädte vgl. Morstein Marx

175 Düesberg, 11

176 Knie, 33

erwarten war, konnte der Bürgermeister schalten und walten, wie es ihm passte.

In der Ratssetzung (alle zwei Jahre Anfang Dezember) wurde der Geschäftsbereich der Senatoren festgelegt.<sup>177</sup> Der Senat konnte zwar durch Mehrheitsbeschluss dem gewählten Bürgermeister oder den Senatoren<sup>178</sup> in ihre Amtsausübung hineinreden. Eine andersgeartete Ausrichtung der Feier - etwa unter Beteiligung der Mehrheitsgesellschaft und von Kultureinrichtungen der Arbeiterschaft - wäre also - trotz der Übertragung der Organisation auf die Gemeinnützige - durch entsprechenden Senatsbeschluss durchaus möglich gewesen.

Dazu hätte es allerdings anderer Mehrheitsverhältnisse in Senat (6 SPD, 6 Nationalkonservative) und Bürgerschaft (5

---

<sup>177</sup> Art. 13 LV

<sup>178</sup> Bis zur Neufassung der LV 1923 auf 10 Jahre, danach auf unbestimmte Zeit gewählt (Art. 7 LV)



KPD, 35 SPD, 39 Nationalkonservative) bedurft. Ein Misstrauensvotum der Bürgerschaft - sollte es im Streitfall soweit gekommen sein - hätte 1926 einen Mehrheitsbeschluss erfordert, was nach den genannten politischen Kräfteverhältnissen zwar nicht ausgeschlossen, aber bei der Uneinigkeit von KPD und SPD wenig wahrscheinlich war. Das Misstrauen zwischen den Fronten war zwar allgemein. Aber zu einem Beschluss, das Vertrauen zu entziehen, reichte es nicht.

Spezielle Bestimmungen über das Bürgermeisteramt, dessen Kompetenzen und die Amtsausübung, enthält die LV nicht. Der Bürgermeister hatte zwar die Leitungsfunktion.<sup>179</sup> Eine Richtlinienkompetenz kam ihm hingegen nicht zu.<sup>180</sup> Sein Verhalten fand deshalb lediglich Grenzen in der Reichsverfassung, den Reichsgesetzen und den Lübecker Gesetzen. Die einzige Machtbremse wäre Art

---

179 vgl etwa Art. 41 Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 7. Januar 1921, <http://www.verfassungen.de/hh/verf21.htm>

180 Perels, 683

12 Abs.1 Satz 1 LV gewesen. Danach galt die Wahl des Bürgermeisters im Senat für zwei Jahre, eine einmalige Wiederwahl war zulässig. Diese Vierjahresschranke fiel, verpackt in eine umfangreiche Verfassungsreform<sup>181</sup> auf Antrag des Senats, unter Federführung Neumanns, mit Beschluss vom 9. Oktober 1923 in der Bürgerschaft - gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen.<sup>182</sup> Die Änderung trat am 10. Oktober 1923 in Kraft. Das Verbot der Wiederwahl nach vierjähriger Amtszeit wurde gestrichen.<sup>183</sup>

---

181 dazu Düesberg, 10,11, die Reform geschah nach Düesberg auf Betreiben einer sich „radikalisierenden“ SPD, die das Quorum für das Mißtrauensvotum herabsetzen wollten. Sie wollten eine Umbesetzung des Senats und eine Erhöhung der Zahl ihrer Senatsposten, dazu Knie, 33, der das Interesse Neumanns an der Reform, die die Stellung des Bürgermeisters festigte, hervorhob

182 LVB vom 9.10.1923,1.Beilage

183 Durch Gesetz vom 10. Oktober 1923 wurde der Artikel 12 Abs. 3 Satz 2 gestrichen: <http://www.verfassungen.de/sh/luebeck/verf20-i.htm>, 14.4.2021, weshalb wohl Neumann die Reform befürwortete, vgl. Knie, 33

Der Weg Neumanns zum starken Mann Lübecks war demnach frei. Die politische Amtsführung des Bürgermeister hing nach alledem lediglich vom Vertrauen in Senat und Bürgerschaft ab. Vertrauen wird gewährt oder entzogen. Ob Faschist oder Demokrat. Kein Staatsgerichtshof des Reiches in Leipzig oder das für Streitigkeiten zwischen Senat und Bürgerschaft des Freistaates zuständige Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg<sup>184</sup> waren hier zuständig. Gleiches gilt für eine etwaige Zuständigkeit des ab April 1917 bestehenden Lübecker Verwaltungsgerichts.<sup>185</sup> Vertrauen ist nicht justiziabel.<sup>186</sup>

---

184 Art.60 LV

185 Sommermann, 713: Nach § 4 Abs.1 Satz 1 VGG 1916 war das Gericht für Rechtsverletzungen Einzelner durch Verfügungen von Verwaltungsbehörden zuständig. Verfassungsrecht - wie ggf. hier - scheidet aus.

186 Zur Bedeutung des „Vertrauens“ für das Parlamentarische System, Düesberg, 10

Die große gliedstaatliche Unabhängigkeit des Freistaates Lübeck - der andere Aspekt der Weimarer Verfassung - war kein Sonderfall. Julius Leber beschreibt die bis ins Extreme gehende staatliche Eigenständigkeit am Beispiel der unterschiedlichen parteipolitischen Behandlung republikfeindlicher Kräfte durch die jeweiligen Ministerpräsidenten in Vollzug der Notverordnung des Reichspräsidenten am Beispiel Bayerns (Ministerpräsident von Kahr: Bayerische Volkspartei) und in Sachsen (Ministerpräsident Buck: SPD).<sup>187</sup>

Diese verfassungspolitisch offene Lage wusste der Richter am Landgericht a.D. - wie wir sehen werden - aufs Beste, zusammen mit seinem Netzwerk aus völkischen Unterstützer:innen, für seine Ziele und Machenschaften zu nutzen.

---

<sup>187</sup> Leber, Ein Mann geht seinen Weg, Notiz vom 1. Oktober 1923, S.31

### 3. Neumanns Doppelrolle Lübeck - Berlin

Neumann war enger Freund<sup>188</sup> des späteren Vorsitzenden des ADV, Rechtsanwalt Dr. Heinrich Claß.<sup>189</sup> Er war auf dem Alldeutschen Verbandstag 1900 mit Claß bekannt geworden, der 1908 zum Vorsitzenden gewählt worden ist. Lübeck spielte im ADV von Anbeginn eine hervorgehobene Rolle, denn schon bei der Gründung 1891 in Berlin war der damalige Präses der Lübecker Handelskammer, Lange, Vorstandsmitglied geworden.<sup>190</sup>

Neumann wurde mit 39 Jahren nach seiner äußerst erfolgreichen Arbeit im und für den Ortsverband Lübeck von 1904 bis 1907 Mitglied der Hauptleitung des ADV.<sup>191</sup> Die

---

188 LVB 14.5.1926 „Lieber Freund“

189 Stegmann Radikalisierung,47

190 Stegmann Radikalisierung,45

191 Johannes Leicht, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012,114.

Hauptleitung, deren Mitglieder auf drei Jahre gewählt wurden, bestand aus dem Vorsitzenden und bis zu fünf weiteren Mitgliedern. Sie übernahm die Führungsaufgaben des streng hierarchisch ausgerichteten Verbandes.<sup>192</sup> Als lübischer Bevollmächtigter im Bundesrat war Neumann auch deshalb von besonderer Bedeutung für Claß, weil er vertrauliche Informationen über innen- und außenpolitische Entwicklungen auf hoher politischer Ebene an seinen Freund Claß weitergeben konnte.<sup>193</sup>

Er setzte sich auch als Vorsitzender des durch ihn mtgliederstark gewordenen Lübecker Ortsverbandes für die Propagierung der Ziele des ADV ein. In Lübeck wurde, angestoßen von Neumann, 1901 ein „Nordelbischer Gau“ des ADV etabliert, dem nach 1910 die Ortsgruppen Kiel, Hamburg und Lübeck angehörten. Nach 1918 kamen noch Flensburg und Tondern dazu. Sitz war Lübeck.

---

192 Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Wiesbaden 1954, 14;

193 Stegmann Radikalisierung, 47.

Die Rolle des rassistischen und völkischen Neumann, die er bereits im Kaiserreich und im ADV hatte einüben können, und die er jetzt, 1921, als Regierender Bürgermeister einnahm, war auf die strikte Durchsetzung seiner Projekte ausgerichtet. Nicht umsonst war er wegen solcher Führungskraft vom ADV als Diktator im Deutschen Reich vorgesehen. Das kam zwar erst 1926 ans Licht.

Aber die systematischen Vorbereitungen dazu liefen seit seiner verantwortlichen Mitgliedschaft in der Hauptleitung des ADV und verdichteten sich mit der Ablösung Ernst Hasses vom Vorsitz und dessen Übernahme durch seinen Gefährten, Justizrat Claß, im Jahre 1908. Claß verschärfte die völkische Politik des Verbandes. Er drängte auf die Ablösung der liberalen Kräfte in der Reichsregierung. Ihm schwebte eine Ordnung der Moderne nach rassistischen

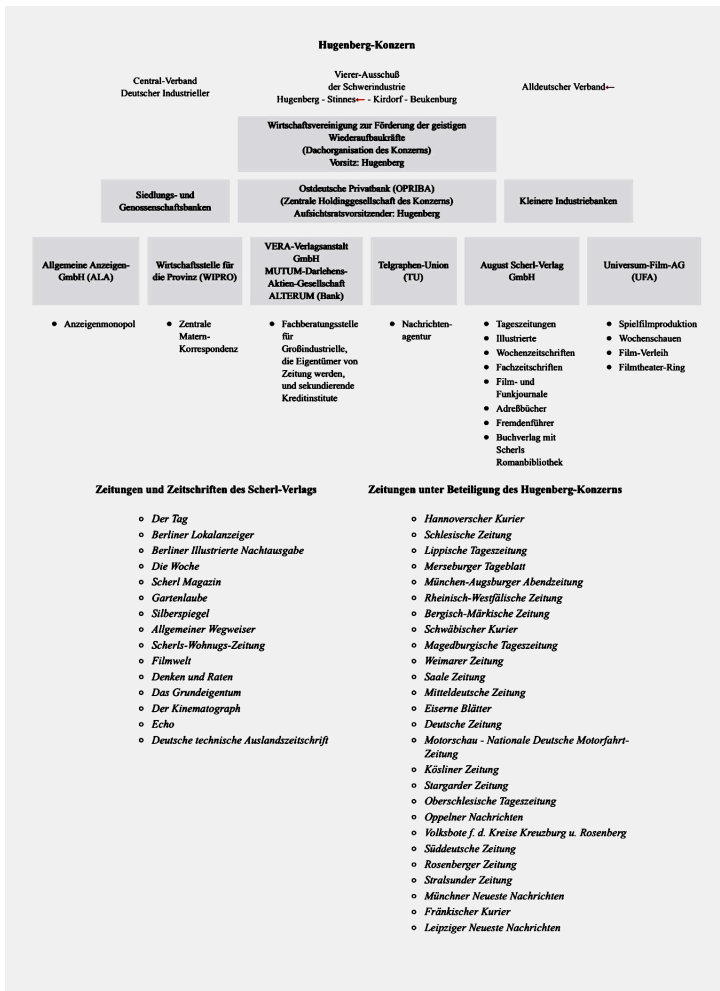
Kriterien vor. Die „größere Zukunft“ sollte der Krieg erwirken als „Lösung aller europäischen Fragen“.<sup>194</sup>

Ohne dass Senat und Bürgerschaft zuhause in Lübeck etwas Näheres von den Berliner Aktivitäten ihres Mitgliedes mitbekommen hatten, war es Neumann inzwischen gelungen, in der Reichshauptstadt eine entscheidende Position auch im Medienimperium seines ADV-Gefährten Hugenberg einzunehmen, den Vorsitz im Verwaltungsrat des Scherl-Verlages. Der Scherl-Verlag war das Herzstück des von Alfred Hugenberg aufgebauten Medien- und Zeitungsimperiums. Der Verwaltungsausschuss entspricht dabei dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft. Der Scherl-Verlag also, die Spinne im medialen reichsweiten Netzwerk des Propagandisten eines völkischen Nationalstaates, Hugenberg, wurde vom Lübecker Bürgermeister gesteuert.

---

194 Leicht, 185





Hugenberg war nicht nur der Mitgründer und Organisator des ADV. Er hatte noch während seiner Zeit als Vorsitzender im Direktorium der Friedrich Krupp AG (1908-1918) ab 1912 nach und nach den seinerzeit größten

Medienkonzern Deutschlands aufgebaut und steuerte ihn im Sinne der Zielsetzungen des ADV konsequent in den Nationalsozialismus.<sup>195</sup> Das dargestellte Organisationsschema veranschaulicht die Reichweite der propagandistischen medialen Durchdringungsbreite und -tiefe der Hugenberg'schen Firmen. Hervorzuheben ist dabei das mit der Allgemeinen Anzeigen GmbH (ALA) angestrebte Anzeigenmonopol auf dem deutschen Medienmarkt. Darüber steuerte Hugenberg auch Lokalblätter, die nicht in seinem Besitz waren.

Der Lübecker Bürgermeister war jedenfalls als Verwaltungsratsvorsitzender des Scherl-Verlages kein unabhängiger Entscheider. Im Konzerngefüge spielte er vielmehr die Rolle des abhängigen treuhänderischen Auftragnehmers von Hugenberg. Gleichwohl konnte er mit seiner Steuerungsfunktion über den Scherl-Verlag und damit auch der Stärkung seiner Einflussnahme im

---

<sup>195</sup> Siehe auch Alfred Hugenberg, / [https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred\\_Hugenberg](https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Hugenberg), 16.10.2019

hugenberg'schen Medienkonzern seine Lübecker Position ausbauen. Der Lübecker Generalanzeiger war über die ALA in den Händen Hugenberg - Neumann. Das hat Julius Leber richtig erkannt, wenn er im *Lübecker Volksboten* schrieb:

*„... Und doch war e r (Hugenberg, MB) der eigentliche unsichtbare Herrscher dieser Stadt, die er selbst vielleicht nie gesehen. Den S t a a t hatte er in der Hand durch sein Oberhaupt, die Presse durch die größte Inseratenplantage. Sein Wille war maßgebend, beschränkt nur durch den leidenschaftlichen Widerstand der darob täglich beschimpften und begeisterten S o z i a l d e m o k r a t i e (Sperrungen im Original, MB).“<sup>196</sup>*

Leber beschreibt folgerichtig die tatsächlichen damaligen Verhältnisse im Freistaat. Er bestätigt auch den tiefen Hass der Elite des Bürgertums, die innerhalb und über das völkische Netzwerk des ADV immer wieder versuchte, die Macht für die konservative Revolution in den Ländern und im Reich an sich zu reißen. Dies geschah heimlich und in den seit Ende des 19. Jahrhunderts dafür geschaffenen

---

<sup>196</sup> Lübecker Volksbote, 8.6.1926

Netzwerken des ADV. Die Akteure traten selten nach außen offen auf.

Stegmann schildert die weitreichende Zielsetzung der bis in die Bundesrepublik wirkenden, auf Veranlassung der Führung des ADV auf Reichsebene angestoßenen, damaligen Verabredungen der Wirtschaftsverbände des Kaiserreiches:

*„Gleichzeitig versuchten deshalb die den Rechtsparteien nahestehenden wirtschaftlichen Interessenverbände der Landwirtschaft - der Bund der Landwirte -, der Großindustrie-Centralverband Deutscher Industrieller - und des sogenannten Alten Mittelstandes - der Reichsdeutsche Mittelstandsverband - ihre Zusammenarbeit auf wirtschafts- und sozialpolitischem Feld zu intensivieren, um auf diese Weise im außerparlamentarischem Raum politischen Druck auf den Reichstag und vor allem auf die Reichsregierung auszuüben. Diese außerparlamentarischen Sammlungsbemühungen gipfelten im August 1913 in der Konstituierung des sogenannten Kartells der schaffenden Stände.*

*In diese anlaufenden Bündnisgespräche war auch die Spitze des Alldeutschen Verbandes um Claß und Admiral a.D. Breusing einbezogen, zusammen mit dem prominenten Lübecker Alldeutschen, Senator Neumann. Als Claß am 4.*

*Juli 1913 erste Sondierungsgespräche mit der Führung des Bundes der Landwirte in Berlin aufgenommen, war Neumann Mitglied der dreiköpfigen alldeutschen Delegation.*

*Neumann resümierte am 6. Juli: „Clafß und ich waren sehr (i.O.) befriedigt von dem Ergebnis ...Wir versprechen uns außerordentlich viel davon.*

*Am 24. August 1913 wurden auf einer gemeinsamen Tagung der drei großen Wirtschaftsverbände in Leipzig folgende Leitsätze als Arbeitsprogramm verabschiedet:*

- 1. Zusammengehen der drei Gruppen: gewerblicher Mittelstandindustrie und Landwirtschaft zur gegenseitigen Unterstützung und Bekämpfung der Auswüchse im Organismus unseres Wirtschaftslebens.*
- 2. Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben.*
- 3. Schutz der nationalen Arbeit, Sicherung angemessener Preise und Schutz der Arbeitswilligen.*
- 4. Bekämpfung der Sozialdemokratie und Bekämpfung sozialistischer Irrlehren.*
- 5. Als Fernziel wurde angestrebt, eine feste organisatorische Basis für eine auf Dauer berechnete Zusammenarbeit der beteiligten Verbände zu schaffen.*

*Die Leipziger Verlautbarungen und die Reden der Verbandsvertreter auf der Versammlung liefen auf eine*

*prononcierte Kritik an Reichstag und Reichsregierung hinaus. Freiherr von Wangenheim vom Bund der Landwirte und Alfred Hugenberg für den Centralverband Deutscher Industrieller, der damalige Vorsitzende des Krupp'schen Direktoriums, waren hinter den Kulissen die Architekten dieser außerparlamentarischen Rechtsfront, einer Nationalen Opposition gegen die als schwach gebrandmarkte Reichsregierung unter ihrem Kanzler Bethmann-Hollweg. Die Mittelständler - ihr Verband war erst 1911 mit den Geldern dieser beiden Wirtschaftsverbände gegründet worden - liefen als erweiterte Massenbasis dabei mit.*

*Ziel war es, den Reichskanzler durch einen „starken“ Mann abzulösen und eine grundlegende Neuorientierung in der deutschen Politik einzuleiten. Hugenberg optierte für eine „Politik der eisernen Hand“ gegenüber der Sozialdemokratie ebenso wie die konservative Rechte um Freiherr von Wangenheim oder Elard von Oldenburg-Januschau.*

*Der Alldeutsche Verband wurde verdeckt - in der Öffentlichkeit trat er als weiterer Bündnispartner überhaupt nicht auf - mit ins Boot genommen; durch die lockere Kooperation mit dem Bund der Landwirte sollten dabei die außenpolitischen Zielsetzungen der Alldeutschen in der Presse des Bundes der Landwirte in Berlin, in der 'Deutschen Tageszeitung', in Zukunft stärker berücksichtigt werden, im Gegenzug versprach der Bund der Landwirte, seine Position in der Frage der sogenannten Inneren Kolonisation in den 'Alldeutschen Blättern' zu verdeutlichen, das heißt,*

*der Ansiedlung von landwirtschaftlichen Familienbetrieben im Osten des Reiches.*

*Senator Neumann war auch Berichterstatter über diese Besprechungen in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes am 5. September 1913 in Berlin. Er führte unter dem Tagesordnungspunkt 'Der Alldeutsche Verband und Sammlungspolitik' aus, die Ausführungen des Vorsitzenden des Bundes der Landwirte hätten „darin gegipfelt“, dass auf dem Gebiete der inneren Politik gegen die zunehmende Demokratisierung und Atomisierung eine Sammlung aller staatserhaltenden Kräfte notwendig sei und dass ihm schon aus diesem Grunde engere Fühlungnahme zwischen Bund der Landwirte und dem Alldeutschem Verband wünschenswert erscheine und dass auf dem Gebiete der äußeren Politik dem Bunde bisher ein rechter Sachverständiger gefehlt habe“. Claß selbst sah in der Besprechung einen „bedeutsamen Nutzen für die völkische Sache“, umso mehr, als „unsere Wirksamkeit gar nicht einmal allein auf den Bund der Landwirte beschränkt bleibe. Es sei ja bekannt, dass der Bund der Landwirte auch mit dem Zentralverband Deutscher Industrieller und der Mittelstandsvereinigung Beziehungen angeknüpft habe“, und zwar nicht nur aus „wirtschaftspolitischen, sondern auch aus sozialpolitischen Gründen*





# V. Vom Präfaschismus zum Faschismus

## 1. Die Putschpläne

Der über mindestens zwei Generationen laufende Doppelbinderprozess aus gegenseitigem Hass und Gewalt, den Fritz Stern in seinem Klassiker *„Kulturpessimismus als politische Gefahr“*, eindringlich beschreibt,<sup>197</sup> ließ den Staatsstreich und das politische Attentat, d.h. die Anwendung bewaffneter Gewalt, in der Weimarer Republik zum Normalfall gesellschaftlicher Konfliktlösung werden.<sup>198</sup>

---

197 Stern

198 Beispiele in Küstrin Oktober 1923: LVB 2.10.23,1; Verschwörung in Bayern unter von Kahr:LVB 1.10.23,1; Ausnahmezustand aufgrund Art.48 WRV v. 26.9.23, LVB 1.10.1923, 4;

*„Es gibt Organisationen, denen Millionen zur Verfügung stehen, und die nur den Zweck haben, Putsch vorzubereiten und auszuführen und die nur den Zweck haben, die Republik zu beseitigen.“<sup>199</sup>*

schreibt Julius Leber in einer Notiz am 15. September 1921.

Beispiele sind die Attentate auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15.1.1919 in Berlin durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter Hauptmann Waldemar Pabst; auf den ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Kurt Eisner, am 21.2.1919 in München durch den zum antisemitischen Thule -Kreis gerechneten Anton Graf von Arco auf Valley: („Eisner ist Bolschewist, er ist Jude, er ist kein Deutscher, er fühlt nicht deutsch, untergräbt jedes vaterländische Denken und Fühlen, ist ein Landesverräter.“); auf den Leiter der Waffenstillstandskommission und Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommen von Campiègne, Reichsminister der Finanzen Matthias Erzberger (1875-1921)

---

<sup>199</sup> Leber, 17, am 20.9.1921

am 26.8.1921 in Bad Griesbach (Baden) durch die Organisation Consul; auf Außenminister Walther Rathenau (1867-1922) ebenfalls durch die Organisation Consul am 24.6.1922 in Berlin. Die Organisation Consul, auch „Schwarze Reichswehr“ genannt, entstand 1920 nach dem gescheiterten Kapp-Putsch als Nachfolgeorganisation der Brigade Ehrhardt.<sup>200</sup> Sie stellte eine militärisch geführte Organisation mit rd. 5.000 Mitgliedern dar.

Bei sämtlichen Aktionen der im Folgenden beschriebenen gescheiterten vier Staatsstrieche und der Versuche zu ihrer Verabredung vom Kaiserreich bis in die Weimarer Republik<sup>201</sup> war der Lübecker Bürgermeister Neumann mittelbar oder unmittelbar beteiligt.<sup>202</sup> Die Tragödien auf Reichsebene spielten sich deshalb auch immer zugleich auf der Lübecker Bühne ab. Die Presseorgane der jeweiligen

---

200 [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Brigade\\_Ehrhardt,\\_1919/20](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Brigade_Ehrhardt,_1919/20)

201 Vgl.zur Putsch-Debatte im Reichstag LVB 19.Mai 1926,1

202 vgl. z.B. das Schreiben von Neumann an Claß vom 25.4.1926, mitgeteilt in LVB vom 17. Mai 1926



**„Lass“ischer Unterricht:**

„Also, merkt euch: Was das deutsche Volk am notwendigsten braucht, ist ein Purisch!“

Frontorganisationen - völkische und nationalistische Vereine und Parteien im *Generalanzeiger* und *Lübeckischen Blättern* contra *Lübecker Volksbote* (SPD) und *Norddeutsche Zeitung* (KPD) geben das Drama wieder. Man kann davon

ausgehen, dass Neumann sein engstes Lübecker politisches Umfeld stets über die Umsetzung der Diktaturziele des ADV<sup>203</sup> auf dem Laufenden hielt. Als Vertrauter und Spielfigur im Strategiespiel des Vorsitzenden Heinrich Claß<sup>204</sup> war er Mitwisser von dessen hochverräterischen Plänen und Aktionen.

Mit Alfred Hugenberg, diesem Organisator der analogen medialen Kommunikation und völkischen Propaganda im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, teilte er die führende Mitgliedschaft im Thinktank ADV. Als Verwaltungsratsvorsitzender des Scherl-Verlages war Neumann zudem mit Hugenberg wirtschaftlich verbunden. Hugenbergs Arm reichte - wie oben ausgeführt - in das Neumann'sche Lübeck. Mit Possehl, dem wirtschaftlich mächtigsten Lübecker, als dessen Ziehsohn er sich wohl empfand, verband ihn, - wie dargelegt - bis dieser 1919

---

203 Stegmann Radikalisierung, 56

204 Dazu der sogenannte Verschwörerbrief von Claß an Neumann vom 23.4.1926, der die enge Verbindung (Freundschaft) von Claß-Neumann-Hugenberg dokumentiert

verstarb, die gleiche politische Zielsetzung und der autoritäre Charakter. Beide sahen ihre Auffassungen im Lübecker ADV und dem Wehrverein gut aufgehoben. Ein Zeichen für ihre Verbundenheit war auch, wie dargestellt, beider Förderung des Kaufs des Propagandablattes der Radikal-Völkischen, die *Deutsche Zeitung*.

So hatte sich Neumann vor Ort und in Berlin (als Vertreter des Freistaats) aufs Beste vernetzt. Er hatte über die heimischen Zeitungen *Lübecker Generalanzeiger* (Hugenberg) und *Lübeckische Blätter* (Chefredakteur: der rechtsnationale Brockhaus), mit Kultur<sup>205</sup> (Gemeinnützig), Kapital (Possehl und Industrie und Handelskammer), Politik (Senat und Bürgerschaft), Kirche und Justiz (ADV) in Lübeck ganz in der Stille und der Provinz ein wirklich erstaunliches Herrschaftsgebilde geschaffen.

---

205 Sein Schwiegersohn war der Museumsdirektor und Behnhausgründer Carl Georg Heise (s. Hildegard Heise, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hildegard\\_Heise](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hildegard_Heise), 6.10.2019)

Wäre ihm nur die verhasste Arbeiterbewegung, die für ihn offenbar dunkle Seite des gespaltenen Lübeck, nicht in die Quere gekommen. Wäre ihm nicht ein Arbeiterführer der Sonderklasse, ein ortsfremder und dazu noch äußerst begabter Redner und mit Berlin ebenfalls gut vernetzter Agitator, wäre ihm nicht Julius Leber in Lübeck gegenüber gestanden. Mit etwas mehr Fortune und ohne Leber hätte Neumann sein Ziel einer völkischen Diktatur anstelle Adolf Hitlers in Berlin durchaus noch erreichen können.

## a) 1917 Claß Anstiftung zum Militärputsch im Kaiserreich

Eines der vordringlichen Ziele des ADV war - wie dargelegt - die Rettung Deutschlands durch eine Diktatur. So traf sich der Verbandsvorsitzende Dr. Claß bei seinen unermüdlichen Bemühungen, diesen Plan durchzusetzen,<sup>206</sup> am 5.10.1917 ein erstes Mal mit dem Ersten Generalquartiermeister Ludendorff, dem Stellvertreter Hindenburgs in der Obersten Heeresleitung (OHL). Er führte aus, dass der Krieg jetzt nur noch mit einer Militärdiktatur zu gewinnen sei. In der OHL müsse eine Stelle geschaffen werden, die verdeckt das politische Geschehen verfolge und später den Kern eines „Kabinetts in Feldgrau“ bilden könne. Er, Claß, sei in der Lage, innerhalb von 24 Stunden dafür Namen zu nennen.

Er nannte Geheimrat Hugenberg für Gesamtpolitik und Wirtschafts-fragen, Senator Neumann aus Lübeck für innenpolitische Belange, Landgerichtsdirektor Lohmann (Hamburg) für die Überwachung der Rechtspflege und bot -

---

206 Kruck, 100 f.



bei Bedarf - weitere Persönlichkeiten seines Vertrauens.<sup>207</sup>

Ludendorff sagte zu, die vorgetragenen Überlegungen zu bedenken.<sup>208</sup> Es blieb indes bei dem Versuch der Vorbereitung eines Staatsstreichs

## b) 1920 Kapp-Lüttwitz-Putsch

Wolfgang Kapp (1858-1922) war Verwaltungsbeamter, zuletzt Generallandschaftsdirektor in Königsberg. Am 13. März 1920 führte er zusammen mit General Walter von Lüttwitz und der Marinebrigade Erhardt einen 100 Stunden dauernden Putsch gegen die Reichsregierung durch. Der Putsch endete am 17. März 1920.

---

207 Kruck, 203 f.

208 Leicht, 241.

Der Putsch wurde unterstützt von General Ludendorff.<sup>209</sup>

Claß kannte die Umsturzpläne seit November 1919. Ein

Erfolg des Staatsstreichs traute er jedoch Kapp nicht zu.<sup>210</sup>

Mit dieser Einschätzung lag er richtig. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 blieb zwar Episode, zeigt aber

ideologische Kontinuitätslinien auf, die auch im weiteren

Verlauf der Weimarer Republik, wie sich im Kabinett Papen

zeigte, nicht aufgegeben wurden. Die Brigade Erhardt ging

als Organisation Consul in den Untergrund und verübte

später - wie oben erwähnt - u.a. die Morde an Erzberger

und Rathenau.

Der umtriebige Justizrat mit seinen hervorragenden

Umgangsformen bemühte sich ganz offensichtlich

---

209 Kapp-Pusch, <https://de.m.wikipedia.org/wiki/Kapp-Putsch>, 13.4.2021

210 Leicht, S.281 ; vgl. auch, Joerg Wollenberg, Das Blut der Menschheit trank der Vampir Stadt...Es lebe die neue, die Generalidee des 20. Jahrhunderts: ‚Land‘! (1919) Völkische Landnahme von rechts und links - eine unterschätzte Gefahr, Ein anderer Blick auf den „Volkshochschulrummel“ (Picht) und den Sündenfall des antiurbanen und völkischen „Grünen Manifestes“ von 1919, [https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteile/stadtteile-bremen-nordost\\_artikel,-das-dunkle-kapitel-der-bremer-volkshochschule-\\_arid,1613349.html](https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteile/stadtteile-bremen-nordost_artikel,-das-dunkle-kapitel-der-bremer-volkshochschule-_arid,1613349.html)

unentwegt und überall in der Republik geeignete Kräfte aufzutun, anzustacheln und nötigenfalls, wie später bei Adolf Hitler, mit Geld diejenigen zu beeinflussen, die sein rechtsradikales völkisches Diktaturziel teilten und dafür standen, dieses auch zu vollbringen. Darin war er sich im übrigen mit

dem harten Kern der Vaterlandspartei um Wolfgang Kapp und einem Teil der Generalität einig. Sie arbeiteten weiter daran, mittels eines bewaffneten Putsches gegen die verhasste Weimarer Republik an alten Zielsetzungen anzuknüpfen.<sup>211</sup>

## c) 1923 Hitler-Ludendorff-Putsch

---

<sup>211</sup> vgl. auch Stegmann Radikalisierung, 75

Ludendorff, der bereits auf dem Höhepunkt des Ersten Weltkriegs - damals in der OHL - an Stelle Hindenburgs und inoffiziell im Hintergrund die politische Führung übernommen hatte<sup>212</sup> - und 1917 zusammen mit Claß Diktaturpläne erwog, ergriff drei Jahre nach dem Kapp-Putsch, am 8. November 1923 erneut, diesmal mit dem vielversprechenden Adolf Hitler, die Gelegenheit zum Staatsstreich gegen die verhasste Republik. Der nationalsozialistische Anführer Adolf Hitler scheiterte allerdings einen Tag später, am 9. November 1923. Der Putsch wurde niedergeschlagen.

---

212 Fischer, 549

## d) 1926 Claß-Hugenberg-Neumann-Putschplan

Wiederum drei Jahre später, nach den drei vergeblichen vorangegangenen Vorbereitungshandlungen und Putschversuchen 1917, 1920 und 1923, versuchte es der ADV erneut, diesmal mit eigenen Kräften 1926. Sämtliche vorangegangene Versuche lesen sich wie die unterschiedlichen Varianten der von dem völkischen Thinktank ADV unter seinem Vorsitzenden Claß im Hintergrund mit geplanten und geforderten Anleitung zur Diktatur. Hinter Kapp und Ludendorff stand tatsächlich immer wieder die von Claß vorgedachte, in seinen nationalen Netzwerken verbreitete und auch von Hugenberg propagierte, nationale Revolution mit dem Ziel einer völkischen Diktatur.

Von Mitte Mai bis Mitte Juni 1926 wurde die politische Öffentlichkeit des Freistaates mit der Offenlegung von

Plänen für einen veritablen Staatsstreich ihres  
Bürgermeisters in Atem gehalten. Am 12. Mai 1926 titelt der  
Lübecker Volksbote auf der ersten Seite: „Ein ungeheures  
Verbrechen aufgedeckt! Rechtsputsch geplant -

# Ein ungeheures Verbrechen aufgedeckt!

## Blutiger Rechtsputsch geplant — Bürgermeister Dr. Neumann-Lübeck zum Diktator ausersehen

Die Berliner Kriminalpolizei nahm am Dienstag eine ganze Reihe von Hausdurchsuchungen bei rechtsradikalen Verbänden und Persönlichkeiten vor. Diese polizeiliche Aktion ist auf eingehendes Material zurückzuführen, das den amtlichen Stellen in die Hände gefallen ist und für die Vorbereitung eines neuen, großartig organisierten Putschs spricht.

SPD. Berlin, 12. Mai, 2 Uhr nachmittags.

Die für die vorgefehene Reichsregierung nach Durchführung des jüngsten Putschplanes vorgezählten Männer sind:

- 1) Bürgermeister **Dr. Neumann, Lübeck**, als Reichskanzler;
- 2) Geheimrat **Hugenberg** als Finanzminister;
- 3) Der Industrielle **Dr. Wegner** aus Bad Kreuzach in Bayern als Reichsinnenminister;
- 4) General **Woeßl** als Reichswehrminister.

Durch Verordnung der Preussischen Regierung sind sofort die rechtsradikalen Verbände Wiking, Wermolf und der Sportklub Olympia verboten und aufgelöst worden.

Der Führer des Sportklubs Olympia Oberst von Lüd ist nach seiner Vernehmung auf dem Polizeipräsidium Berlin verhaftet worden. Gerüchtheiße verlautet, daß nach der Entdeckung der jüngsten Putschpläne Ehrhardt und der Führer des Mitteldeutschen Stahlhelm Oberst Dürferberg stüchtig geworden sind.

\*

Arbeiter Lübecks! Ungeheure Erbitterung wird die Meldung von diesem Verbrechen in Euren Reihen auslösen. Trotzdem ist das Gebot der Stunde:

### Ruhe bewahren!

Am dem geplanten Verbrechen ist kein Zweifel. Wie weit sich die Teilnahme des Lübecker Bürgermeisters betätigt, werden die Vertrauensleute der Partei im Laufe des heutigen Tages noch genau nachprüfen.

Dann, aber nicht früher, wird die Stunde zum Handeln gekommen sein!

### Darum wartet die Parole der Partei ab!

### Steht einig und treu zusammen!

### Es lebe die Deutsche Republik! Es lebe die Sozialdemokratie!

#### Amtlich bestätigt!

Berlin, 12. Mai, 3 Uhr mittags. (Sig. Frengeleer.)

Der amtliche preussische Reichsdruck hat mit der Mitteilung der Reichsministerien vom 12. Mai 1926, daß die Zeit bis zur Klärung der Sache hinsichtlich der Beteiligung des Lübecker Bürgermeisters an dem geplanten Verbrechen noch unklar sei, die allgemeine Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich gezogen. Die Mitteilung der Reichsministerien vom 12. Mai 1926, daß die Zeit bis zur Klärung der Sache hinsichtlich der Beteiligung des Lübecker Bürgermeisters an dem geplanten Verbrechen noch unklar sei, die allgemeine Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich gezogen. Die Mitteilung der Reichsministerien vom 12. Mai 1926, daß die Zeit bis zur Klärung der Sache hinsichtlich der Beteiligung des Lübecker Bürgermeisters an dem geplanten Verbrechen noch unklar sei, die allgemeine Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich gezogen.

und der Landesverfassungen vor. Die für die Durchführung dieses Putschs vorgesehenen Männer sind:

1. Bürgermeister Dr. Neumann, Lübeck, als Reichskanzler
2. Geheimrat Hugenberg als Reichsfinanzminister
3. Der Industrielle Dr. Wegner aus Bad Kreuzach in Bayern als Reichsinnenminister
4. General von Woeßl, als Reichswehrminister
5. Der Oberst von Lüd, aus dem Reichsheer als Führer der Reichswehr
6. Der Oberst von Dürferberg, als Generalstabschef.

#### Erklärung des Bürgermeisters

Wie aus dem Inhalt der vorliegenden Mitteilung zu ersehen ist, hat der Lübecker Bürgermeister Dr. Neumann-Lübeck die Ehre, von der Reichsregierung als einer der vorgesehenen Teilnehmer an dem geplanten Verbrechen ausersehen zu sein. Er erklärt, daß er sich nicht an dem geplanten Verbrechen beteiligt hat und daß er sich nicht an dem geplanten Verbrechen beteiligt hat.

#### Luthers Schicksal besiegelt!

Berlin, 12. Mai, 1 Uhr mittags.  
Nicht weniger als fünf Millionen Menschen tragen jetzt durch die Regierung vor, daß jetzt von folgenden Parteien: Sozialdemokratische, Kommunisten, Demokratische, Christlich-sozialistische und Nationalistische.  
Wie in der Mitteilung habe die Regierung ihren Willen nicht erfüllt, jedoch haben die Demokraten nach dem Willen der Regierung gehandelt, ihre Willen aber dem Reich nicht zu unterwerfen und ein allseitiges Verbot verhängen. Die Regierung eingetretet. Es ist darauf völlig eingewilligt, daß der Willen habe nach dem Willen der Regierung gehandelt.

#### Amundsens Luftschiff am Nordpol

Das „Heger“ erstreckte um 1 Uhr nachts des Nordpol, nachdem die Missionen eingeleitet hatten, daß der Nord erreicht wurde. Die Missionen wurden durch den Nordpol in der Richtung der Nordpol erreicht. Die Missionen wurden durch den Nordpol in der Richtung der Nordpol erreicht. Die Missionen wurden durch den Nordpol in der Richtung der Nordpol erreicht.

Bürgermeister Dr. Neumann-Lübeck zum Diktator

ausersehen.“<sup>213</sup>

Es begann eine lange verbale Schlacht in der Bürgerschaft der Befürworter<sup>214</sup> und Gegner Neumanns und der jeweiligen Gesinnungsgenos:innen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.<sup>215</sup> Im Ergebnis beleuchten die Veröffentlichungen im Lübecker Volksboten aus Sicht Dr. Lebers hinreichend das ganze Dilemma von Gesellschaft und Staat der Lübecker Weimarer Republik.<sup>216</sup> Das Mißtrauensvotum gegen Dr. Neumann ist am Mittwoch,

---

<sup>213</sup> Lübecker Volksbote v. 12.5.1926, 1

<sup>214</sup> Ein gutes Beispiel für die Meinungsunterschiede in der Causa Neumann ist Düesberg, 12: „-In welcher Weise nunmehr (nach der Reform der LV von 1923, MB) das parlamentarische System auch in Lübeck gehandhabt werden kann, das haben die Vorgänge im Sommer 1926 gezeigt, wo der verdiente Bürgermeister Dr. Neumann am Vorabend der 700 Jahr Feier der Reichsfreiheit Lübecks ohne den geringsten stichhaltigen Grund gestürzt wurde.“ Vgl. ausführlich aus völkischer Sicht Knie, 50 f.

<sup>215</sup> LBV 21.5.1926 „Böses Gewissen“, der Artikel fasst die wesentlichen Vorwürfe zusammen: <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/LBV-21.5.26-Boeses-Gewissen.pdf>

<sup>216</sup> Ein gutes Bild der damaligen erbitterten Kämpfe, auch um die Person Neumanns aus völkischer Sicht gibt Knie, 48-52.

dem 2. Juni 1926, mit 43 gegen 32 Stimmen in zweiter Lesung und damit endgültig angenommen worden.<sup>217</sup>

Neumann trat daraufhin am 3. Juni 1926 zurück. Senator Paul Löwigt<sup>218</sup> übernahm den Vorsitz im Senat.

Neumanns Nachfolger wurde ein von Neumann und den anderen reaktionären nationalistischen Kräften in Lübeck zwar persönlich tolerierter (gemäßigter<sup>219</sup>), aber wegen

---

217 In namentlicher Abstimmung 43 Stimmen von SPD und KPD und 5 Mitglieder der Demokratischen Partei gegen 33 ,7kuStimmen, Knie, 51

218 zu Löwigts Werdegang auch Freche, 115

219 Freche, 115; bei der Einführung der am 18. Juni 1926 gewählten bürgerlichen Senatsmitglieder Eckholdt und Dr.Geister, die nur mit den 35 Stimmen von SPD und KPD gewählt worden waren, erklärte Löwigt, „dass die Gründe, die Bürgermeister Neumann zum Ausscheiden aus dem Senat veranlasst hätten, auf politischem Gebiete lägen. Er halte es nicht für angebracht, darauf einzugehen. Bürgermeister Dr. Neumann sei 1904 in den Senat gewählt worden. Als Polizeiherr, als Vorsitzender der Finanzbehörde und seit 1921 als Präsident des Senates habe er an verantwortungsvoller Stelle gestanden. Auch in den Zeiten der größten politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten hätte er es verstanden, mit Geschick und Energie die Interessen des Lübeckischen Freistaates zu fördern. Dies anzuerkennen, würden sicher auch seine politischen Gegner bereit sein.“, Knie, 54, schreibt zutreffend, dass diese - die Hintergründe verschweigende - Würdigung Neumanns durch den späteren Bürgermeisters Löwigt sicher nicht im Sinne Dr. Lebers und von Dr. Solmitz gelegen habe.



seiner Parteizugehörigkeit verachteter Sozialdemokrat, Paul Löwigt. Und das, um es auf die Spitze zu treiben, am Morgen des Beginns der großen 700 - Jahrfeier, die unter Ausschluss der SPD und KPD<sup>220</sup> von Bürgermeister Neumann in der Zeit vom Donnerstag, dem 3. Juni bis Sonntag, dem 6. Juni 1926, zelebriert werden sollte. Der erste Regierende SPD Bürgermeister des Freistaats Lübeck, Paul Löwigt, würde nun den über Deutschland hinausreichenden Glanz der Reichsfreiheitsfeier der alten und Hansestadt einheimen können.<sup>221</sup> Eine unerwartete Schande, die Neumann letztlich nicht überlebte. Er starb nur zwei Jahre später, am 8. April 1928.<sup>222</sup>

---

220 LVB v. 29.5.1926,1 : „Mußte es so kommen. Ein Wort zur Siebenhundertjahrfeier“ mit näheren Einzelheiten zum Verfahren; „Der Festzug“ Artikel kritisiert den fehlenden Hinweis auf die Republik: LVB 7.6.1926, Beilage; a.A. Knie, 48f.

221 Während der Feierlichkeiten vertrat ihn Senator Dr. Vermehren: Krogel, 236

222 Siehe den Nachruf auf Neumann von Julius Leber, Lübecker Volksbote, 28. April 1928, 1

An der sich radikalisierenden Haltung der Öffentlichkeit Mitte der 1920er Jahre änderte dieser Wechsel im Amt des Bürgermeisters und der Repräsentanz des Freistaates auf der Feier zur Reichsfreiheit durch einen Sozialdemokraten nichts. Folge des Rücktritts Neumanns war vielmehr die Entstehung einer vom Ex-Bürgermeister und Vorsitzenden des Kirchenrates als Sammlungsbewegung mit ins Leben gerufenen neuen Partei,<sup>223</sup> dem *Hanseatischen Volksbund*. Der *Volksbund* überflügelte noch im gleichen Jahr die SPD bei den Bürgerschaftsmandaten. Bei der Wahl zur vierten Legislaturperiode der Lübecker Bürgerschaft als Landesparlament (1926-1929), am 14. November 1926, erreichte der *Hanseatische Volksbund* aus dem Stand einen bedeutenden Wahlerfolg und wurde mit 44 % der Stimmen und 36 von 80 Sitzen noch vor der SPD (42,6 %; 35 Sitze) stärkste Fraktion<sup>224</sup>.

---

223 Buss, 147

224 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer\\_Volksbund](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer_Volksbund),  
14.4.2021

Dieser politische Erfolg verdeutlicht das Ansehen, das Neumann im Lübecker Bürgertum und weit darüber hinaus inzwischen erworben hatte. Es beweist auch, dass weder die Verwicklung in die reichsweiten Putschpläne der Alldeutschen, noch die aufgedeckte skandalöse berufliche Verstrickung in das völkische Medienmonopol Hugenbergs in Berlin, das Bild des vorbildlichen hanseatischen (seriösen) Staatsmannes, das sich der Republikfeind inzwischen hatte verschaffen können, trüben konnte.<sup>225</sup> Wäre eine Volkswahl des Regierenden Bürgermeisters nach der Landesverfassung möglich gewesen, Neumann wäre wahrscheinlich fünf Monate nach dem politischen Skandal (oder gerade deshalb) gewählt worden. Der konservative Sozialdemokrat Paul Löwigt hätte sehr wahrscheinlich in der öffentlichen Auseinandersetzung gegen Neumann den Kürzeren gezogen.

---

225 Düesberg, 12

Der Erfolg des *Hanseatischen Volksbundes* wiederholte sich jedenfalls nicht. Neumann war im April 1928 verstorben.

Bei der Wahl 1929 musste der Volksbund, der im Lübecker Senat auch vier von 11 Senatoren stellte, deutliche Verluste hinnehmen. Er verlor knapp ein Sechstel seiner Wähler an die NSDAP; 1932 kehrte sich das Stimmenverhältnis zwischen beiden beinahe um, als der Volksbund 24 seiner 29 Sitze verlor, vor allem an die NSDAP. 1933 unterstützte der fast bedeutungslos gewordene Volksbund in der Bürgerschaft und im Senat selbst die NSDAP.<sup>226</sup> Die NSDAP setzte ihrem als Biedermann verkleideten Fackelträger zu guter letzt ein Denkmal: Seit 1933 erinnerte eine Straße an Neumann. Die heutige Rathenaustraße am Stadtpark trug nach Neumanns Tod von 1933 bis 1945 den Namen *Bürgermeister-Neumann-Straße*.<sup>227</sup>

---

226 Vgl. zum Vorgenannten. [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer\\_Volksbund](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer_Volksbund), 8.4.2021

227 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann\\_Martin\\_Andreas\\_Neumann](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann_Martin_Andreas_Neumann), 5.4.2021

## 2. Die Vorbereitung des Umsturzes

Die Kindheitserinnerungen des 1927 in Lübeck geborenen Journalisten Rolf Winter (1927-2005), „Hitler kam aus der Dankwartsgrube (und kommt vielleicht mal wieder),“<sup>228</sup> erzählt von der Armut und vielfältigen Abhängigkeit der Lübecker Arbeiterschaft in der Zeit der Weimarer Republik, die unter teils erbärmlichen Bedingungen in den Gruben wohnte. In diesen zum Teil trostlosen Verhältnissen sah Winter die Brutstätten des Nationalsozialismus in Lübeck.

---

228 Winter

In Wirklichkeit lagen jedoch diese Verhältnisse und vor allem die für die Gewalttätigkeit notwendigen antirepublikanischen Ideologien, mitsamt dem Eigentum an den engen Mietshäusern, in den Händen der elitären Lübecker Bürgerschicht, die in der Oberstadt wohnte, wie etwa Emil Possehl, der seine Privatwohnung, wenige Schritte von der Dankwartsgrube entfernt, oben auf dem Stadthügel in der Musterbahn hatte,<sup>229</sup> mit idyllischem Blick auf den Mühlenteich. Von dieser Art bürgerlicher Elite stammten die Ideen einer nationalen Diktatur im Sinne des von Possehl unterstützten ADV. Sie keimten dann heran zu Hass und Gewaltbereitschaft auch in der Dankwartsgrube.

Dort kochte Armut und herrschte Wut und Hass auf die Herrenmenschen, die mit ihren Vorstehhunden, wie das Winter am Beispiel des Spediteurs Longuet schildert, in die Dankwartsgrube kamen, um dort die Miete abzukassieren.

---

229 Musterbahn 19

Die Lebenswelten des Industrie- und Beamtenadels im Kaiserreich und der Weimarer Republik einerseits und diejenige der Industrie- und Hafenarbeiter andererseits trafen auf der bloß 100 ha großen Altstadtinsel Lübecks hart aufeinander.<sup>230</sup>

Willy Brandt erzählt etwa davon, wie er als Junge mit acht Jahren, als die Belegschaft des Betriebes, in dem sein Großvater Ludwig Frahm (1875-1935) arbeitete, den Dräger-Werken, ausgesperrt worden war, von einem der an ihm vorbeigehenden Direktoren des bestreikten Betriebes zwei frisch gebackene Brote geschenkt bekommen habe. Als er diese zu Hause habe abgeben wollen, und gefragt worden sei, woher er sie habe, musste der Junge sie in den Bäckerladen zurückbringen. Brandt schreibt, er habe auf diese Weise früh und eindrücklich etwas über Klassenbewusstsein gelernt, dass nämlich ein aufrechter

---

230 Vgl. zu den getrennten kulturellen Lebenswelten (sozialistisches und nationales Lager) auch Freche, 108, 138



Willy Brandt als 3-Jähriger 1916

Arbeiter, zumal im Arbeitskampf, sich „nicht mit Almosen  
abspeisen lässt“.<sup>231</sup>

---

<sup>231</sup> Brandt Links, 21



Die Klassenfrage war damals also kurz und bündig beantwortet. Während beispielsweise Willy Brandts Großvater, zunächst mecklenburgischer Landarbeiter, dann in Lübeck einfacher Arbeiter und anschließend Lastwagenfahrer bei den Dräger-Werken mit 50 Mark wöchentlich, d.h. mit 2.400 Mark im Jahr, für seine fünfköpfige Familie auskommen musste,<sup>232</sup> konnte Possehl 1916 ohne weiteres 50.000 Mark für den Kauf und Aufbau des völkischen ADV Blattes *Deutsche Zeitung* erübrigen, damit es seine rassistischen und annexionistischen Botschaften im Sinne des ADV unter das Volk bringen konnte.

Mit von Partie war übrigens - wie oben bereits dargestellt - wieder der Senatskollege Possehls, Senator Neumann, der ebenfalls mit 50.000 Mark für die *Deutsche Zeitung* auf der Spendenliste stand.<sup>233</sup> Wie der spätere Bürgermeister

---

232 Brandt, 12

233 Leicht, 231;

Neumann allerdings einen solch beachtlichen Betrag (das 20fache des Jahreslohns eines Facharbeiters) nebenher hatte selbst aufbringen können, bleibt schleierhaft. Von seinem Senatorengehalt von 2.500 Mark im Monat war das jedenfalls nicht möglich.<sup>234</sup> Die Vermutung liegt nahe, dass diese Geldmittel aus Nebeneinkünften im Scherl-Verlag von Hugenberg stammten.

Leber beschreibt folgerichtig die tatsächlichen damaligen Verhältnisse im Freistaat. Er bestätigt den tiefen Hass der Elite des Bürgertums, die innerhalb des ADV mit ihrer Ideologie und Konspiration immer wieder versuchte, die Macht für die konservative Revolution in den Ländern und im Reich an sich zu reißen.<sup>235</sup> Dies geschah heimlich und in den seit Ende des 19. Jahrhunderts dafür geschaffenen Netzwerken, insbesondere des ADV unter Claß und Hugenberg. Die Akteure der *Konservativen Revolution*

---

234 30.000 Mark/jährlich: §1 Gesetz betreffend das Gehalt der Senatsmitglieder vom 23.5.1920, in Schaefer, 98

235 Zur Klassenfrage: LVB vom 5.10.1921,1: „Großkapitalistische Diktatur“

konspirierten verdeckt im Hintergrund. Unter Fehling herrschte in Lübeck die national-konservative, unter Neumann die national-völkische und unter Löwig ab November 1926 der „neue Konsens“ des national-völkischen *Hanseatischen Volksbundes*.<sup>236</sup>

In der Stadtrepublik und anderswo gründeten sich zunehmend die Sturmtruppen, der bewaffnete Arm des „Nationalen Widerstandes“. Ein Jahr vor der Katastrophe des vierten Staatsstreichversuchs, 1926, kam es am 9. April 1925 im Turnerschaftshaus zur Gründung der Lübecker NSDAP.<sup>237</sup> Das reichsweite Parteiverbot der Nationalsozialisten von November 1923 war im Februar 1925 gerade ausgelaufen.

---

236 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer\\_Volksbund](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer_Volksbund)

237 Heraus zum Kampf! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Lübeck 1866-1949, bearbeitet von Ingrid Bounin, herausgegeben von der Verwaltungsstelle Lübeck der Industriegewerkschaft Metall, 1987, 387; unter den Gründern waren der spätere Senator Bannemann, Kreisleiter Fredrich, Dr. Währer, Koop und Jodeit: Knie, 66.

Polizeisenator Mehrlein (SPD) verhängte im Herbst 1925 - trotz des im Februar 1925 gerade abgelaufenen reichsweiten Parteiverbotes der NSDAP - ein Redeverbot für Adolf Hitler im Freistaat.<sup>238</sup> Die sich 1925 verstärkende, drohende konkrete Gefahr des Faschismus ist demnach aus polizeilicher Sicht im Senat durchaus erkannt worden.<sup>239</sup> Es fehlte indes bei der Dominanz reaktionärer Kräfte in Senat und Bürgerschaft offenbar an durchgreifender staatlicher oder staatlich organisierter oder privat zu organisierender gesellschaftlicher Gegenwehr.

Willy Brandt beklagt zu Recht den seinerzeit fehlenden klaren und harten Kurs der Parteiführung der SPD gegenüber den Feinden der Republik.<sup>240</sup> Er war deshalb

---

238 Heraus zum Kampf!, (FN 94), 387; Akte Neues Senatsarchiv Nr. 1306 mit dem Titel: „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (darin: Erwiderung des Polizeisenators Fritz Mehrlein auf den Antrag der NSDAP-Ortsgruppe Lübeck auf Aufhebung des Redeverbots für Adolf Hitler vom 27. März 1926)“ (dort: „Herbst 1925“)

239 Was angesichts des reichsweiten Verbots der NSDAP vom 23.11.1923 bis Februar 1925 andernfalls auch erstaunlich gewesen wäre, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistische\\_Deutsche\\_Arbeiterpartei](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistische_Deutsche_Arbeiterpartei), 7.4.2021

240 Brandt, Erinnerungen, 94

nach einjähriger Zugehörigkeit (1930-1931) im Widerspruch zu seinem Förderer, Julius Leber, aus der Partei ausgetreten und schloss sich 1931 der linkssozialistischen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) an.

Die vorbildliche antifaschistische Haltung Julius Lebers wiederum fand zwar in der im Gewerkschaftshaus in der Johannisstraße 46-48 organisierten Arbeiterschaft breite Unterstützung. Sie war aber offenbar doch nicht hinreichend, um der Ausbreitung der Anhängerschaft der Nationalsozialisten in Lübeck Paroli bieten zu können. Weder konnte die Wiedergründung der 1923 reichsweit verbotenen NSDAP 1925 in Lübeck, noch am 1.10.1929 die Aufstellung der ersten SS-Formation in Lübeck durch den Senat oder die organisierte Arbeiterbewegung verhindert werden. Der Polizeiherr beließ es offenbar bei Auflagen für Demonstrationen der NSDAP, etwa das Verbot der

einheitlichen Kleidung oder des Tragens einheitlicher Abzeichen.<sup>241</sup>

Dabei lag das Vereinigungs- und Parteiverbot im Ermessen Mehrleins. Ein Verfassungsgerichtsvorbehalt oder ein entsprechender Verfassungsgerichtshof existierte - wie ausgeführt - damals nicht. Vereinigungen und Parteiverbote unterlagen also, wenn sie beklagt wurden, nur einer ex post Kontrolle durch den nach dem Radbruch'schen Republikenschutzgesetz (Gesetz zum Schutz der Republik von 21.Juli 1922<sup>242</sup>) zuständigen Staatsgerichtshof in Leipzig.<sup>243</sup>

Entscheidend waren aber dort im Wesentlichen die Staatsschutzbestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches und nicht die verfassungsrechtliche Ordnung der

---

241 August 1930: Knie, 79

242 [http://www.documentarchiv.de/wr/repschutz\\_ges01.html](http://www.documentarchiv.de/wr/repschutz_ges01.html)

243 Jasper, Gotthart, Justiz und Politik in der Weimarer Republik, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1982, S.167, [https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982\\_2\\_1\\_jasper.pdf](https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_2_1_jasper.pdf)

Weimarer Verfassung.<sup>244</sup> Judiziert wurde Strafrecht und nicht Verfassungsrecht. Senator Mehrlein hätte also bei konkreter Gefahr eines Putsches oder der verfassungsfeindlichen Bestrebung, die Parteigliederung oder Organisation auflösen und einzelnen führenden Personen, die sich in diesem Sinne verfassungsfeindlich äußerten, Redeverbot erteilen können. Eine Verbotsverfügung zur Gefahrenabwehr hätte zunächst Bestand gehabt, denn der Beschwerde kam keine aufschiebende Wirkung zu.<sup>245</sup> Schließlich wäre auch der Erlass einzelner die Verfassung schützender Maßnahmen der Lübecker Landesregierung nach Art. 48 Abs.4 WRV möglich gewesen. Das alles geschah - mit Ausnahme des genannten Redeverbots für Hitler - nicht. Lübeck unterschied sich in diesem, auf das gesamte Reichsgebiet

---

244 Verfassungsmäßige Ordnung: Nach Art. 20 Abs. 3 GG ist die Gesetzgebung (Legislative) an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden, während die vollziehende Gewalt (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative) an Gesetz und Recht gebunden sind. Hier versteht sich der Begriff der verfassungsmäßigen Ordnung als das gesamte formelle Verfassungsrecht; vgl. [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Verfassungsm%C3%A4%C3%9Fige\\_Ordnung](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Verfassungsm%C3%A4%C3%9Fige_Ordnung), 1.5.2021,

245 §17 Abs.3 Republiksschutzgesetz

gesehen, staatlichen (Nicht-)Vorgehen wenig von den 17 anderen Bundesstaaten.<sup>246</sup>

Die Saat der Faschisten und ihre Hintermänner ging Schritt für Schritt auf. So berichtet die Norddeutsche Zeitung (KPD) unter dem 30.10.1930 über eine Versammlung der NSDAP in Lübeck mit dem Thema „Das Verhältnis der Nationalsozialisten zum Privateigentum.“ Namhafte Wirtschaftsführer Lübecks wie der Inhaber eines großen Tuchlagers und Mitglied der DVP, Konsul Herman Gustav Stolterfoth und Konsul Boie und andere, schreibt die Zeitung, hätten den Bannemanns<sup>247</sup> (NSDAP) und Albrechts (Gauleiter im Nazi-Gau Mecklenburg-Lübeck, der den Vortrag hielt), Beifall gezollt.<sup>248</sup>

---

<sup>246</sup> Jasper, 171

<sup>247</sup> (1902 - 1957) war auch Senator in Lübeck(1933-1940), [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_L%C3%BCbecker\\_Senatoren](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%BCbecker_Senatoren), 16.10.19

<sup>248</sup> Heraus zum Kampf, a.a.O. (FN 94), S. 270. Die „Norddeutsche Zeitung“ war das Organ des KPD-Bezirk Wasserkante, zu dem auch Lübeck gehörte: Nachweis ebda.



Ein derartiges öffentliches Bekenntnis eines Teils der Lübecker Stadelite zu Nazi-Führern im Jahre 1930 zeigt, dass die Bereitschaft der bürgerlichen Elite, sich mit nationalsozialistischen Zielsetzungen und deren Führungspersonen anzufreunden, wesentlich früher im Freistaat bereits enttabuisiert war. Von einer Distanzierung oder gar Gegenwehr, etwa schon zu Beginn der 1920er Jahre, ist nichts bekannt. Noch 1926 - nach der Aufdeckung des Putschversuches - sieht etwa Gerd Düesberg in seiner Darstellung zur Landesverfassung keinerlei Anlass von „Feinden der Republik“ zu sprechen.<sup>249</sup>

Julius Leber war damals längst zur Zielscheibe aller faschistischen Kräfte im Freistaat geworden, ohne dass sich von den anderen bürgerlichen Parteien oder von Seiten der örtlichen konservativen Presse Widerstand gegen die sichtbare beginnende Barbarei geregt hätte. Der *Lübecker Generalanzeiger* war in Hugenberg's Händen und die

---

<sup>249</sup> Düesberg, 12; Düesberg war 1935 Leiter des Presse- und Werbewesens bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn, Adressbuch 1935, 95

*Lübeckischen Blätter* wurden von einem völkischen Rassisten geleitet. Diese Verhältnisse erklären auch das Schweigen der diese Presseorgane stützenden Kreise der Gemeinnützigen oder von Wirtschaft und Kultur gegenüber den erschreckend völkischen Debatten in der Bürgerschaft der Stadt.

Der Lübecker Historiker Wolfgang Muth beschreibt die beispielhaft entschlossene Gegenwehr Lebers im Gegenüber der völkischen Kräfte. Da gab es kein Hin und Her, Ja und Aber, kein vorsichtiges nach allen Seiten Absichern:

*„Im Juli 1923 wollte der „Schwartauer Hakenkreuzbund“<sup>250</sup> eine Fahnenweihe feiern. Die Lübecker SPD rief zu einer öffentlichen Gegendemonstration auf, an ihrer Spitze marschierte Leber. Nach gewalttätigen Auseinandersetzungen zogen sich die Völkischen in eine Gaststätte zurück und verbarrikadierten sich. Leber gelang es, Zugang zu dem Lokal zu bekommen, und erreichte die*

---

<sup>250</sup> Nach Knie, 30, handelte es sich bei den Auseinandersetzungen am 1. Juli 1923 in Schwartau um eine Versammlung der Bismarckjugend, der Jugendorganisation der DNVP (Hugenberg): „Die Schwartauer Schlacht gegen Kinder“.

*Übergabe der Fahne an ihn gegen die Zusage, dass die Lübecker Sozialdemokraten sich zum Schwartauer Markt zurückziehen würden.*

*Im Sommer 1924 beantragte die deutschvölkische Fraktion in der Bürgerschaft, einen Gedenkstein für Albert Leo Schlageter in Lübeck zu errichten.<sup>251</sup> Der junge Mann hatte während der Besetzung des Ruhrgebietes durch Belgien und Frankreich Attentate auf die ausländischen Besatzungstruppen verübt und war deshalb von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden.*

*Leber sprach vehement gegen den Antrag. Schlageter sei durch die nationalistische Propaganda verhetzt worden und habe durch seine Taten der „Hetzpropaganda Poincarés in Frankreich“ ungeheuren Vorschub geleistet. Das Nationalgefühl der Sozialdemokratie sei durch die Achtung anderer Nationen geprägt. Nur gegenseitiges Verständnis könne zu einem langfristigen Weltfrieden beitragen. Damit zog er sich zum ersten Mal den Zorn der Völkischen zu. Erste Drohungen gegen ihn wurden öffentlich ausgesprochen.*

*1926 kam es in der Bürgerschaft zu einer Debatte über die Einbürgerung von Juden, in der er der Rechten antisemitische Motivationen unterstellte. Die Deutschvölkischen hielten ihm vor, dass er wahrscheinlich selbst Jude oder jüdisch versippt sei. Leber verwahrte sich*

---

<sup>251</sup> Am 26.5.1924 fand im Dom unter Anwesenheit Bürgermeister Dr. Neumanns und Senator Dr. Vermehren eine Gedächtnisfeier statt. Ein Findling als Denkmal wurde im Garten des Hindenburghauses (Abgerissen für Bau des Landgerichtes) errichtet, Knie, 41

*scharf dagegen und warf seinem Hauptwidersacher vor, er könne ihn dann mit dem gleichen Recht einen Indianer nennen.*

*Die Auseinandersetzung zwischen ihm und den stärker werdenden Nationalsozialisten verschärfte sich immer mehr. Schon 1930 drohte ihm der NS-Bürgerschaftsabgeordnete Hoffmann: „Es kommt einmal die Stunde, wo wir an ihre Tür klopfen werden mit den Worten: „Herr Dr. Leber, es ist so weit!““ In der Öffentlichkeit wurde von Seiten aufgesetzter Nationalsozialisten verkündet: „Zwei Stunden nach unserem Sieg hängt Leber auf dem Marktplatz.“<sup>252</sup>*

Insgesamt entwickelte sich Leber für die Lübecker NSDAP zu ihrem schlimmsten Feind.<sup>253</sup> Noch nach der Machtübertragung am 31.1.1933 hieß es in der nationalsozialistischen Propaganda im Zusammenhang mit Berichten über frühe Widerstandstaten oder die Verhaftung von Nazi - Gegnern immer wieder: „Die Saat des Hetzers Leber ist aufgegangen!“ In einem Artikel des Lübecker Generalanzeigers vom 2. Februar 1933 über eine Versammlung der Nationalsozialisten am Vorabend hieß es:

---

252 Hinweis im Lübecker Volksboten vom 9.3.1932

253 Vgl. auch die völkische Darstellung von Knie, 3f.

*„Der letzte Redner des Abends, Glasmeier, hob hervor, dass, wo Leber spreche, immer Blut zugeschrieben werden. (...) Nicht die Sozialdemokratie und nicht die KPD seien (...) für die Bluttaten verantwortlich, einzig und allein Dr. Leber.“<sup>254</sup>. Das sei schon so gewesen, als es noch gar keine Nationalsozialisten in Lübeck gegeben habe. (...) Alle Lübecker Bluttaten müssten den Hetzartikeln des Amtsblattes (gemeint ist hier der Volksbote) zugeschrieben werden.“*

1932 nach dem Preußenschlag, d.h. nach der verfassungswidrigen Absetzung der SPD-geführten Regierung unter Otto Braun in Preußen am 20. Juli 1932 durch Reichskanzler Papen (Hermann Göring wird als Ministerpräsident eingesetzt),<sup>255</sup> verschärfte sich der Gewaltkurs. Den Tag nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler hätte Julius Leber, ohne persönlichen Leibwächter, der in Notwehr einen in der Nacht angreifenden SA-Mann erstach, nicht überlebt.<sup>256</sup>

---

254 Wolfgang Muth, Dr. Julius Leber-Leben und Werk, Vortrag Julius Leber Schule am 19.8.2011

255 Siehe dazu Arnold Brecht, Mit der Kraft des Geistes, Lebenserinnerungen, Zweite Hälfte 1927-1967, Stuttgart 1967, 181 ff.

256 Julius Leber, [https://de.wikipedia.org/wiki/Julius\\_Leber](https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Leber) 16.10.2019

Ausblick: Karl-Heinz Roth beschreibt die sofort nach dem 31.1.1933 gerade in den Hansestädten ausbrechende Barbarei in der Verfolgung von Sozialisten und anderen bekannten Verteidigern der Republik:

*„Ende Februar 1933 kam in den freien Hansestädten eine terroristische Verfolgungskampagne gegen ihre Kader und Anhänger in Gang, die auf Reichsebene kaum ihresgleichen hatte. Der Aktionsradius der traditionell hocheffizienten politischen Polizeibehörden wurde durch „Kommandos z. b. V.“, die Aufwertung der SA-Rollkommandos zu Formationen der „Hilfspolizei“ und die Einrichtung hansestädtischer „Schutzhaft“-Lager schlagartig erweitert. Wer sich gegen den Umbruch offen zur Wehr setzte, war bald mit Terrorpraktiken konfrontiert, die nicht nur alle bis dahin gemachten Repressionserfahrungen weit übertrafen, sondern gerade in den Hansestädten auf der Seite der politischen und wirtschaftlichen Machträger des neuen Regimes eine kompromißlose klassen-politische Kampfstellung zum Ausdruck brachten“.*<sup>257</sup>

---

257 Das Großbürgertum der freien Hansestädte und der Faschismus, in: Arno Klönne/Karl A. Otto/ Karl Heinz Roth (Hg.), Fluchtpunkte. Das soziale Gewissen der Arbeiterbewegung, Hamburg 2003, S.1 - 31, insbesondere S.9: Zu Bremen vgl. auch Jörg Wollenberg, Von den „Ideen von 1914“ zum Geist von Potsdam 1933“ - Ludwig Roselius und Richard von Hoff „gegen Kriegsschuldflüge und Versklavung“ und für die Volkshochschulen als „heilige Pflanzstätten der Wiedergeburt Alldeutschlands aus germanischem Geist“, Bremen Vampyr Stadt neu vhs\_pdf

Dieses krasse Fehlen jeglichen bürgerlichen Anstands beweist erneut die - oben dargestellte - lange Dauer der Auswirkungen des tiefsitzenden Doppelbinderprozess aus Hass und Gewalt. Der im Kaiserreich herrschende Kulturpessimismus hatte schon lange vor dem 31. Januar 1933 große Teile der bürgerlichen Elite der Hansestadt Lübeck erfasst. Die niedersten Instinkte warteten auf ihren kollektiven Einsatz.

## **VI. Pflänzchen oder Blumenstrauß : Arbeiterkultur**

# versus

# Elitenkultur

Zweifellos war die in der Johannisstraße 46-48, im Gewerkschaftshaus, organisierte Arbeitswelt und deren Kultur<sup>258</sup> im Freistaat Lübeck in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts kein bloß aufkeimendes Pflänzchen. Es wurde mit der Industrialisierung und steilen Bevölkerungsentwicklung Ende des 19. Jahrhunderts ein immer größerer und bunterer Blumenstrauß. Die industrielle Entwicklung der Boomjahre des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts ließ die Handels- und Hafenstadt derart wachsen, dass am 1.11.1911 mit über 100.000 Einwohnern endlich die Bezeichnung „Großstadt“ erreicht werden konnte.<sup>259</sup>

---

258 Kastner; vgl auch die Zusammenfassung zu Bourdieu: <https://www.getabstract.com/de/zusammenfassung/die-feinen-unterschiede/6945>

259 Vgl. zur Entwicklung des Lübecker Bürgertums auch Geist, 31 mit dem Datum 1.11.1911



Die Freie- und Hansestadt Lübeck war seit 1871 und bis zu ihrer Eingliederung in die Provinz Schleswig-Holstein 1937 neben Bremen und Hamburg eine der drei Republiken der im Kaiserreich 25 bzw. 26 (mit Elsass-Lothringen) Bundesstaaten des Deutschen Reiches. Die anderen Bundesstaaten waren Monarchien bzw. Fürstentümer. Lübeck rangierte nach der Einwohnerzahl von 1871 mit ca. 40.000 zwar an drittletzter Stelle der Bundesstaaten. In der Weimarer Republik waren es dann (nach 1920) noch 18 Bundesstaaten.

Auch hier blieb der Freistaat mit 130.000 Einwohnern (1925) an drittletzter Stelle, vor Mecklenburg-Strelitz mit 110.000 und Schaumburg-Lippe mit 50.000 Einwohnern.<sup>260</sup> Zum Vergleich: Die beiden größten Bundesstaaten waren Preußen mit 38.117.000 und Bayern mit 7.480.000 Einwohnern. Ein völlig unausgewogenes

---

260 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1084230/umfrage/zahl-der-einwohner-in-der-weimarer-republik/>

Verhältnis der Einzelstaaten, das schon Arnold Brecht, der mit der Reichsreform befasst war, auf dem Verfassungstag in Lübeck 1928 beklagte.<sup>261</sup>

Die rasante industrielle Entwicklung Lübecks erklärt auch den zunehmenden Erfolg der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien in Lübeck.<sup>262</sup> Die sozialistische SPD unter Theodor Schwartz, die Gewerkschaften, später ab 1918 auch die KPD, machten weit mehr als 50% der Wähler:innen aus und selbstredend galt das auch für die Mehrheit der inzwischen auf über 120.000 angewachsene Lübecker Bevölkerung. In den sechs Bürgerschaftswahlen von 1919 bis 1932 wurde die SPD jeweils stärkste Partei. Erst in der Wahl am 6.3.1933 erhielt die NSDAP 42,8%

---

261 Blöcker, 141

262 Zur Entwicklung der Reichstagswahlen 1871- 1912: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de), Wahlen im Kaiserreich; zur industriellen Entwicklung: Klinsmann

gegenüber der SPD 38,3%.<sup>263</sup> Die SPD hatte in Lübeck 1894 noch 500, 1914 bereits 8034 Mitglieder.<sup>264</sup>

An der alten Elitenkultur<sup>265</sup> änderte die Revolution 1918/19 in Lübeck hingegen nichts. Das Radikal Neue nach der Revolution wie in Berlin, Kiel und München fiel hier aus. Die ökonomisch-kulturelle Hegemonie der Stadelite blieb unverändert erhalten. Man denkt unwillkürlich an 1848: In Thomas Manns Roman „Die Buddenbrooks“ fordert die aufgebrachte Menge eine Republik, und als Konsul Buddenbrook beschwichtigt: "Aber ihr habt doch schon eine", entgegnet Carl Smolt, einer seiner Arbeiter: "Dann wollen wir noch eine."

Bürgermeister Erwin Ferdinand Fehling blieb Regierungschef und der Senat blieb im Amt - im Gegensatz

---

263 Bürgerschaftswahlen von 1919 bis 1933, in Ergebnisse der Kommunalwahlen in Lübeck, [de.wikipedia.org](https://de.wikipedia.org), 16.10.2019

264 Stegmann Radikalisierung, 40

265 Vgl. das von Freche, 138

zu den Regierungen der meisten anderen Bundesstaaten. Fehling sorgte, auch mit der Wahl seines Nachfolgers, für vaterstädtische Kontinuität. Diese vaterstädtische Kontinuität spiegelt sich auch in der Doppelfunktion Neumanns von Bürgermeisteramt und Vorsitz des staatlichen Kirchenrates. Trotz der in der Weimarer Verfassung verfügten Trennung von Staat und Kirche, signalisierte diese Verbindung der beiden höchsten Ämter des Freistaates den Anschein einer Fortgeltung geistlichen und staatlichen Regiments in einer Hand.

Kontinuität bestand auch in der fortdauernden Spaltung der Kulturen der Stadtgesellschaft vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis 1933.<sup>266</sup>

Hansjörg Buss schildert das kurzfristige Einlenken der reaktionären Kirchenleitung in ihrem Kampf gegen die Republik nach 1918. Das mag auf Bürgermeister Neumann, den Vorstand des Kirchenrates, zurückzuführen gewesen

---

<sup>266</sup> Dazu auch Freche, 105, 138

sein, der die Entscheidung zur Teilnahme der Kirche am Nationalfeiertag, dem Verfassungstag am 11. August, gegen heftige innerkirchliche Kritik durchsetzte,<sup>267</sup> wohl um seine sozialdemokratischen Senatsmitglieder und die Mehrheitsfraktionen in der Bürgerschaft nicht zu verprellen.

Die Ablehnung der Teilnahme an der Feier zum Nationalfeiertag (11.8.1921-1932) hätte auch zur Unzeit Gegenwind aus Berlin verursacht. Dort hatte der Lübecker Ministerialdirektor Arnold Brecht den ersten Verfassungstag 1921 auszurichten.<sup>268</sup> Ungebrochen blieb aber die tiefe Verachtung der bürgerlichen Elite des Freistaates und der Landeskirche gegenüber Republik und organisierter Arbeiterschaft.<sup>269</sup> Karsten Blöcker hebt zwar zu Recht die Würdigung der Weimarer Verfassung u.a. durch die Reden Gustav Radbruchs, Arnold Brechts und

---

<sup>267</sup> Buss, 117

<sup>268</sup> Blöcker, 139

<sup>269</sup> Buss, 56

anderer Befürworter an den jeweiligen Nationalfeiertagen von 1921 bis 1932 hervor. Hatten diese offiziellen Darstellungen aber Einfluss auf die Lebenswelt im Alltag?

Eine durchgreifende Wirkung der „hohen Stimmung“ an solchen Tagen ist zu bezweifeln. Der tiefe Graben und den sich darin verbergenden Hass und Kulturpessimismus, den die Schreiber der führenden Presseorgane gegen die Republik verbreiteten, war doch eher die Realität.<sup>270</sup> Die Spaltung und Kompromisslosigkeit von organisierter Arbeitswelt und Elitenkultur zeigt sich denn bei der Reichsfreiheitsfeier 1926. Sie kommt in den Vorbereitungen der als Haupt- und Staatsaktion des Jahres 1926 angelegten 700-Jahrfeier der Reichsfreiheit deutlich zum Ausdruck. Deren Bedeutung war aus Sicht von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat Lübecks überhaupt nicht zu überschätzen.<sup>271</sup> Sie

---

270 Eine gute Zustandsbeschreibung der wirtschaftlichen Lage der sozialdemokratischen Presse gibt LVB vom 8.10.1923, 1.Beilage: „Erhaltet die proletarischen Kampfmittel“.

271 vgl.Krogel

ist das wohl wichtigste Ereignis des Freistaates in der Weimarer Zeit.

Die Vorbereitungen begannen ein Jahr zuvor.

Bürgermeister Neumann, der die Vorbereitung leitete, erklärte noch am 17. Juni 1925 im Bürgerschaftssaal des Rathauses pathetisch, „dass die Feier nur veranstaltet werden könne, wenn sie eine gemeinsame Angelegenheit der gesamten lübeckischen Bevölkerung und über jeden Streit und Gegensatz der Meinungen, der Parteien, der Berufe, der Konfessionen und der sozialen Schichtung hinausgehoben werde.“<sup>272</sup>

Von der Organisation von Anfang an ausgeschlossen waren indes, entgegen der hohen Worte des Bürgermeisters, die

---

272 Enns, 93; eine gute Beschreibung des Kulturkreises eines Arbeiterkindes in Lübeck mit seinen Einrichtungen gibt Brandt, Links und frei, 23; lesenswert zur Lage der konservativen Parteien in Schleswig-Holstein Dirk Stegmann, Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein

Bürgerschaftsvertreter:innen<sup>273</sup> der werktätigen Bevölkerung in der Stadt, die Mitglieder von SPD und KPD, die über 50% der Stimmen des Parlaments vertraten, und damit auch die Gewerkschaften, also praktisch die Vertretung des größten Teils Stadtbevölkerung.<sup>274</sup>

Die Sozialdemokraten hatten die Beteiligung abgelehnt,<sup>275</sup> nachdem Dr. Neumann und die ihn tragenden Fraktionen darauf bestanden hatten, die Feierlichkeiten unter der (neutralen) Lübecker Flagge und nicht unter der offiziellen Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold stattfinden zu lassen. Bei der außerordentlich hohen symbolischen Bedeutung der Flaggenfrage für die Weimarer Republik (Gegner/ Befürworter) war hier ein Kompromiss zwar kompliziert, aber nicht ausgeschlossen. Der Vorschlag, statt der

---

273 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Mitglieder\\_der\\_L%C3%BCbecker\\_B%C3%BCrgerschaft\\_1926](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Mitglieder_der_L%C3%BCbecker_B%C3%BCrgerschaft_1926) (darunter sieben Frauen)

274 Buss, 56ff.

275 Vgl. dazu LBV vom 29.5.1926 <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/LBV-29.5.26-700-Jahrfeier-warum.pdf>



Reichsflagge (nur) die Lübecker Farben zu zeigen, war - absehbar - nicht annehmbar. Ein Kompromiss lag auf der Hand: nämlich beide Symbole, d.h. Stadt und Republik - zu verbinden. Diese Lösung war für Neumann nicht akzeptabel. Mit der demokratischen Republik (Schwarz-Rot-Gold) hatte er nichts zu schaffen.

Das kommt auch bei der Vorstellung seines Konzeptes der Feierlichkeiten zum Ausdruck. Krogel beschreibt und bewertet den Inhalt der anlässlich dieses Auftaktes im Rathaus zu den eigentlichen Festvorbereitungen von Neumann im Namen des Ausschusses (Hauptausschuss der Gemeinnützigen) vorgelegten (nicht veröffentlichten) Denkschrift, in der der Bürgermeister die Leitlinien und Ziele der Jubiläumsveranstaltung skizzierte:

*„Das köstlichste Gut, das sich Lübeck aus den Tagen des Mittelalters bis in die Neuzeit bewahrt hat und hoffentlich für alle Zeiten bewahren wird“, schrieb Neumann, „ist die Reichsfreiheit.“ Die Urkunde bilde den krönenden Abschluß einer Linie von Beziehungen der Stadt zu den Großen des Reiches von Heinrich dem*

*Löwen über Friedrich I. Barbarossa zu Friedrich II.*

Nicht erwähnt wurde allerdings der gräflich-schauenburgische Gründer Lübecks von 1143. *Das „Geschenk der Freiheit aus dem fernen Lande Italien“ soll „Anerkennung ihrer dem Reiche geleisteten Dienste“ gewesen sein. Der „Dienst“ aber habe vor allem darin bestanden, „das fremde Joch abzuschütteln“ und „Lübeck wieder deutsch“ werden zu lassen.*

Nach dieser Chronologie befreite sich Lübeck von Dänemark und erhielt dann zum Lohn die gewünschte urkundliche Bestätigung, während bekannt war, daß die Schlacht von Bornhöved, an der sich Lübeck im Bunde mit den norddeutschen Fürsten zum ersten Mal militärisch gegen den dänischen König stellte, erst 1227, d.h. nach der Erwirkung der Freiheitsgarantie stattfand. Ein Privileg, das für 1226 nach unserem heutigen Verständnis wohl eher die zukünftigen Absichten Lübecks zu belegen in der Lage wäre, begegnet uns in der Darstellung Neumanns als der gerechte Lohn für selbständige Leistung, Durchsetzungskraft und vaterländischen Dienst. Initiator sei das Reich gewesen.

*Diesen Status einer deutschen Reichsstadt sollte es zu verdanken gewesen sein, daß Lübeck sich zum Haupt der Hanse, des Ostseehandels und zum Ausgangs-punkt*

*für die Verbreitung „deutscher Kultur und deutschen Lebens in den Randstaaten des Ostmeeres“ entwickelte.*

*In Analogie zur Stellung Lübecks im Mittelalter verwies Neumann auf die „unabhängige Stellung als freie Reichsstadt und selbständiger Bundesstaat, der ihm die Möglichkeit gegeben hat, aus eigener Kraft und fußend auf einer alten, großen Tradition sich eine achtungsgebietende Stellung im Wirtschaftsleben des deutschen Volkes wieder zu erringen“. Die Analogie zwischen der Privilegierung von 1226 als Bedingung von Macht und Wohlstand und der Eigenstaatlichkeit in „neuester Zeit“ sollte ein aktuelles wirtschaftliches Entwicklungspotential Lübecks suggerieren. Bürgermeister Neumann führt seine Argumentation für die Jubiläumsfeier mit folgenden Worten fort:*

*„Die heutige Wirtschaftspolitik (...) ist ohne eine kräftige Werbung nicht mehr denkbar. (...) Daher ist es unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen geradezu ein Gebot der Selbsterhaltung für Lübeck, an dieser einzigartigen Möglichkeit, mit einer vornehmen Werbung durch die Jubiläumsfeier seiner Eigenschaft als freie Reichsstadt an die Öffentlichkeit zu treten, nicht vorüberzugehen.“<sup>276</sup>*

Diese Weltsicht und Geschichtsauffassung des neumann'schen Konzeptes der 700-Jahrfeier teilten die Sozialisten unter Lebers Führung und die Kommunisten nicht. Neumann, der wie auch schon sein „Ziehvater“ Possehl in einer geistigen Landschaft alldeutscher Weltmachtgedanken lebte, schlug sich auf die völkische Seite, hatte die Organisation kurzerhand auf die Gemeinnützige übertragen, die zur Vorbereitung einen „Hauptausschuss“ unter Leitung des Bürgermeisters bildete.<sup>277</sup> Bei der damaligen völkischen Ausrichtung der Gemeinnützigen konnte er sicher sein, dass sich die Sozialisten am Hauptausschuss nicht beteiligen würden. Die Finanzierung ist dann privat über eine Lotterie mit der sogenannten Jubelkugel sichergestellt worden. Eine geniale Idee des Schwiegersohns Neumanns, des Museumsdirektors Dr.Heise.<sup>278</sup>

---

277 Krogel, 235

278 Krogel, 234

Man konnte im nachrevolutionären Lübeck die Repräsentanz der Mehrheitsbevölkerung bei der Vorbereitung der wichtigsten symbolischen Handlung der „Königin der Hanse“, die Erinnerungsfeier an die Aushändigung der Reichsfreiheitsurkunde durch Friedrich II. 1126<sup>279</sup>, offenbar einfach ausblenden. In der 1926 783-jährigen Stadtgeschichte spielte die Lebenswelt der Arbeitnehmer:innen aus Sicht der Stadtelite - ob nachrevolutionär oder nicht - dann offenbar auch keine Rolle.<sup>280</sup>

Die SPD-Mitglieder in Senat und die sozialistische Mehrheit in der Bürgerschaft ließen dies - warum auch immer- mit sich geschehen.<sup>281</sup> Diese Form der sichtbaren

---

279 Zur überragenden Bedeutung dieser Feier vgl. Krogel, 231 f.

280 Bei Krogels Beschreibung des Programms unter dem Motto:“Freiheit, Gemeinsinn und deutsche Nation als Faktoren der Standortförderung“ fehlt denn auch jeder Hinweis auf die Arbeits- und Sozialgeschichte der Hanse oder eine Auseinandersetzung mit Fragen ihres Beitrages zur Demokratieentwicklung der staatlichen Institutionen in Vergangenheit und Zukunft, 232

281 <https://de.m.wikipedia.org/wiki/Jubelkugel>

Geringschätzung gegenüber der Vertretung der Arbeiterschaft bei gleichzeitiger Duldung dieses Affronts durch die Mehrheiten in Bürgerschaft und Bevölkerung legt zugleich offen, wie wenig das Narrativ vom *Roten Lübeck* in der Weimarer Republik begründet war.<sup>282</sup> Die Hegemonie in kulturellen Angelegenheiten lag nach wie vor in Gänze bei den Vertreter:innen der reaktionären *Konservativen Revolution*.

Der allseits gebildete Oberschichtler und Katharineer Neumann war in gewissem Sinn dafür das Lübecker Sprachrohr. Er hatte - wie dargestellt - von Hugenberg, Possehl und anderen Verächtern der Republik gelernt, wie man regiert, wie man symbolträchtig öffentlich vermittelnd auftritt, um dann die konterrevolutionären Fäden im Hintergrund zu ziehen.

---

282 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949*, Frankfurt 2008, 293: allgemein.

Die erneute Wahrnehmungs-Verschiebung - jetzt in der Nachkriegszeit der BRD nach 1945 - von einer nach Ende des Kaiserreichs in Lübeck herrschenden *Elitenkultur* hin zu einer damals im nachrevolutionären Lübeck der 1920er Jahre

angeblich herrschenden *Arbeiterkultur* (*Rotes Lübeck oder Rote Stadt*) sind nach alledem Fake News.<sup>283</sup>

Man wollte sich nach 1945 offenbar nicht vorstellen müssen, dass trotz Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, der Verabschiedung der demokratischen Weimarer Verfassung 1919 und der von 1919 bis 1932 bestehenden Majorität der SPD im Landtag (Bürgerschaft) kulturell alles bei der *Elitenkultur* des vorrevolutionären

---

283 Anderer Auffassung: Lokers; Freche, 339. Selbstverständlich gab es starke rote Milieus, also die sozialdemokratische Parallelwelt in den Orten der „werkstätigen Bevölkerung.“ Die Rote Stadt Lübeck, also eine im Freistaat herrschende sozialistische Kultur indes, existierte nicht. Bei beiden Autoren fehlt für eine solche These der Nachweis. Die Verbreitung des LVB steht bei der geringen Auflagenhöhe (14.000) und angesichts den Selbstzeugnissen Lebers, etwa zum Verfassungstag 1924, dafür nicht: LVB 9.8.1924, 1. Der Mythos vom Roten Lübeck ist nach alledem eine Frage der Interpretation.

Lübeck geblieben war: in Kirche, Medien, Staatsverwaltung, Schule<sup>284</sup>, Kindergarten, Reichsuniversitäten<sup>285</sup> - nichts hatte sich grundlegend geändert.<sup>286</sup>

Dazu trug auch die zögerliche Haltung des in Lübeck geachteten Thomas Mann bei. Er war ein hochsensibler Seismograph der jeweiligen politischen Lage. Nach der Veränderung der Machtverhältnisse im Reich, Anfang der 1920er Jahre, hatte er sich zwar der Republik angenähert. Offenbar scheute er aber noch 1926 vor einer öffentlichkeitswirksamen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Elite seiner Heimatstadt zurück.<sup>287</sup>

---

284 Lübecker Volksbote vom 8.6.1921: Siegfried Kamerau, "Proletariat und 'höhere Schule'"

285 Schwabe

286 Wollenberg, VHS, 4

287 Diese Einstellung zum Sturz Neumanns wird von Ida Boy-Ed bestätigt: s.o. S. 7



Ganz im Gegensatz zur starken frühen publizistischen Festlegung gegen den völkischen Nationalismus seines Bruders Heinrich. Noch nach dem 12. Mai 1926, also sieben Jahre vor der Naziherrschaft, als die städtische Gesellschaft in Lübeck durch das Aufliegen des Lübecker Putschversuches hätte aufschrecken müssen, wäre ein starkes Wort von ihm für die Anhänger der Republik hilfreich gewesen.

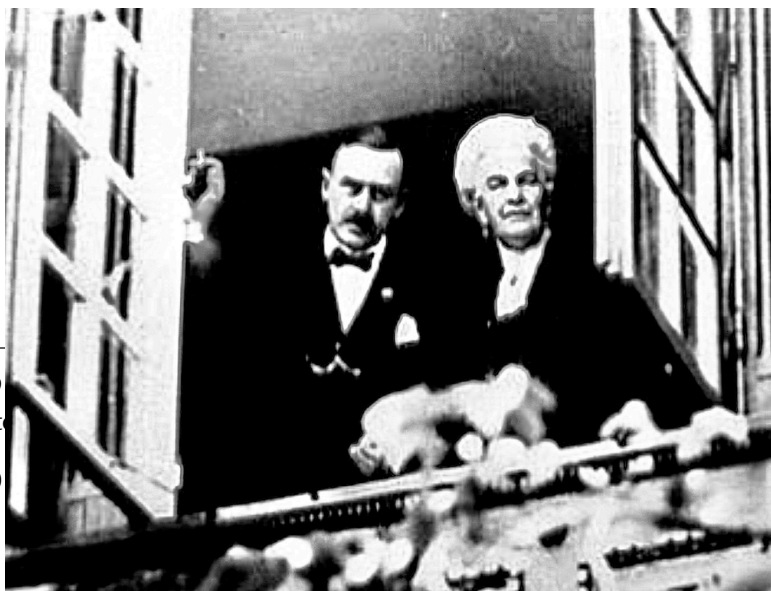
Stattdessen deckte die pompös inszenierte Reichsfreiheitsfeier<sup>288</sup> die Katastrophe zu. Denn dort war von „Lübeck als geistige Lebensform“ die Rede (Titel des Vortrages von Thomas Mann am 5. Juni 1926 im Stadttheater) und kein Ton vom Präfaschismus in der Stadt, was angesichts der aktuellen geistigen und sozialen Verfassung des Freistaats und aufgrund der Ereignisse am 3. Juni 1926, d.h. des morgendlichen Rücktritts von Bürgermeister Dr. Neumann, nahe gelegen hätte.

---

288 Enns gibt einen guten Überblick über Lübecks 700-Jahr-Feier aus der Sicht des Bürgertums, 93-107, 93

Thomas Mann feierte indes im Wesentlichen sich selbst als das Beispiel des mit der Vaterstadt tief verbundenen Künstlers an sich und verlor kein Wort über die sich aufdrängende demokratische Verantwortung des Bürgers für sein Gemeinwesen, das gerade auseinander zu brechen drohte.<sup>289</sup> Stattdessen heißt es in seiner Rede abschließend:

*„Wir feiern ein Heimatfest, ein Fest städtisch-bürgerlichen Gedenkens. Da sind auch die weitgewanderten Künstler zur Stelle. Wie alles ist in der Welt entzweit, bergen sie sich in den Mauern der siebengetürmten Vaterstadt, um unter ihren Mitbürgern gute Zeit zu finden“.*<sup>290</sup>



Was er denn auch persönlich tat. Er feierte in der Wohnung Ida Boy-Eds im Burgtor, zusammen mit dem Dirigenten Hermann Abendroth und anderen, auch von ihm selbst eingeladenen Gästen, am 6. Juni 1926 seinen 51. Geburtstag und schaute sich den Festumzug von oben an.<sup>291</sup>

Über Neumann und die politischen Ereignisse hat man sich dort sehr wohl unterhalten.<sup>292</sup> Reinen Wein in der Öffentlichkeit einzuschenken, das hochgelobte „Lübecker Weltbürgertum“ zur Gegenwehr aufzurufen, war offenbar weder von den bürgerlichen Organisatoren der Feier noch von den auswärtigen Kennern der Stadt, die eingeladen

---

291 Thomas Mann, Briefe an Otto Grautoff 1894-1991 und Ida Boy-Ed 1903-1928, Frankfurt 1975, 230 ff.; zur Einschätzung des Lübecker politischen Geschehens vgl. die Schilderung Ida Boy-Eds oben unter Abschnitt A.

292 Thomas Mann, 233: Thomas Mann erkundigt sich im Brief am 23.5.1926 in Erwartung des Treffens mit Ida Boy-Ed ausdrücklich nach Neumann. Nach dem Fest am 16.6.1926 fragt er indes besorgt nach den 1.000 Mark Honorar, das bei „der Ausarbeitung der Rede eine „gewisse befeuernde Rolle gespielt hat“ (234).

waren, erwünscht. Ein mutiges Wort von Thomas Mann wäre 1926 indes dringend geboten gewesen.<sup>293</sup>

Der Lübecker Volksbote hat die Festrede Manns am 8. Juni 2026 im Ergebnis wie folgt kommentiert:

*„Thomas Mann steht am Ende einer Epoche deutschen Geisteslebens, der bürgerlich-kapitalistischen. Das tut dem Range seiner Person so wenig Abbruch wie dem Range seines Werkes, das in aller Schönheit eben doch ein Werk des Abends, des Abschiednehmens ist.*

*Von G o e t h e bis T h o m a s M a n n wird, so meinen wir, in späterer Zeit dieses Kapitel deutscher Geistesgeschichte überschrieben sein; und er mag dann wohl Anspruch haben auf den Ehrentitel des l e t z t e n B ü r g e r s, wie Kaiser M a x i m i l i a n sich den Namen des l e t z t e n R i t t e r s erwarb. Auf ihn folgte nur noch der allerletzte: D o n Q u i j o t e; mehr kann in seiner Art auf Thomas Mann auch nicht mehr folgen.“*

Man will in der elitären Stadtgesellschaft offenbar nicht sehen, welche erschütternden Folgen der tiefsitzende langjährige Hass auf und die Verachtung der „Interessen

---

293 Anders liegen die Dinge in der „Deutschen Ansprache“ vom 17.10.1930 im Berliner Beethoven-Saal mit seinem „Appell an die Vernunft“. Hier legte sich Thomas Mann - unter Protest der anwesenden SA-Leute - ohne wenn und aber auch politisch fest, vgl. dazu Wolf Lepenies, Kultur und Politik, Deutsche Geschichten, Wien 2006, Betrachtungen eines politischen Mannes, 71 ff.,81

der werktätigen Bevölkerung“ (dem Untertitel des Lübecker Volksboten) in den im Katharineum herangezogenen Eliten Lübecks hatte. Ein zu verallgemeinerndes abschreckendes Beispiel ist die unten geschilderte Einstellung und das Verhalten des Rektors dieser Elitenschmiede, Dr. Georg Rosenthal, zu Tochter und Schwiegersohn.

Julius Leber fasste die aus seiner Sicht - wegen der zögerlichen Haltung u.a. der SPD gegen die Feinde der Verfassung - wenig hoffnungsvolle politische Lage<sup>294</sup> im Volksboten vom Samstag, dem 9.8.1924, als Aufruf für den Nationalfeiertag am Montag, 11.8.1924, unter dem Titel

---

294 LVB 23.10.1923, 2 :Julius Leber “Reichszerstörer/ Volksverderber- Höchste Not“: „Aber von einem sind wir überzeugt. Würde die Reichsregierung den Mut aufbringen, sich auf die zuverlässigste Stütze der Verfassung und der Republik, die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften zu stützen, so wäre das Reich jede Stunde stark genug, um alle Widerstände gegen den deutschen Einheitswillen zu brechen. Diesen Mut wird die Reichsregierung nicht aufbringen. Vorläufig wenigstens nicht!...Haben wir noch eine Regierung? Haben wir noch einen Senat? Nichts hört man in Berlin und nichts in Lübeck. Wie im Schlafwandel taumelt alles weiter, weiter, weiter...“

„Fünf Jahre Republik“ - also schon fünf Jahre nach der Verabschiedung der Verfassung - enttäuscht wie folgt zusammen<sup>295</sup>:

*„...Wir hatten die Macht. Wir hatten hinter uns diese endlos vorbeiziehende Menschenmacht, wir hatten hinter uns die Riesenkraft der Gewerkschaften. Und doch, was ist aus der deutschen Republik geworden? Was ist uns davon noch geblieben? Weshalb ist alles so verflogen und verweht? Weshalb müssen wir uns heute so bemühen, das Letzte noch zu retten? Die Form der Republik und die Farben der Republik?<sup>296</sup> Keine Rede mehr ist vom Geist der Republik!*

*Diese Frage muss gestellt werden. Sollen wir nicht in eigener Gleichgültigkeit immer tiefer von unseren Zielen abgetrieben werden. Und sie muss b e a n t w o r t e t werden, sollen wir nicht achtlos und unbelehrbar vorbeigehen an den drohenden Zeichen der Vergangenheit und der Gegenwart.*

*Morgen und übermorgen werden in den Massendemonstrationen Genossen sprechen, die diese Fragen beantworten können und beantworten müssen.*

---

295 LVB 9.8.1924,1

296 Gemeint ist der Kampf um die Flaggen-Frage „schwarz-weiß-rot“ oder „schwarz-rot-gold“, dazu LVB, 20.Mai 1926; der Streit in der Flaggenfrage war auch der Grund für den Rückzug der Linken aus der Organisation der Jahrhundertfeier 1925/1926

*Der Genosse L ö w i g t war beim Aufbau des republikanischen Staatswesens in Lübeck dabei, der Genosse S t e l l i n g stand jahrelang an der Spitze der Republik Mecklenburg.*

*Sie mögen dem Volk, der Arbeiterschaft sagen, wo die Fehler für ihre Misserfolge liegen. Rücksichtslos aufdecken sollen Sie, wo das Volk gefehlt hat. Aber auch nicht verschweigen das, was die Führung verfehlt hat.*

*Nur eines kann uns weiterhelfen: dem Geschick kalt ins Gesicht schauen...“<sup>297</sup>*

Die Alldeutschen trommelten mit den ihnen angeschlossenen Verbänden nach wie vor unermüdlich für die geistige Erneuerung und die ökonomische und militärische Stärkung des Reiches, eben für den „Griff nach der Weltmacht“<sup>298</sup> (im Sinne Fritz Fischers gleichnamigem Buch). Vor Ort, in Lübeck und anderswo, waren dabei alle

---

<sup>297</sup> Lübecker Volksbote vom 9.8.1924; als ich diese Worte las, wurde mir klar, welche Verzweiflung sich in diesem furchtlosen Kämpfer für die Republik über die Situation in Lübeck und im Reich Mitte der 20er Jahre wohl regen musste.

<sup>298</sup> Fischer, m.w. Nachweisen zum Wirken des ADV

Andersdenkenden, die Arbeiterparteien und freien Gewerkschaften „Feinde“. Es waren „Feinde“ und nicht „Gegner“.

Wir können uns heute nur schwer vorstellen, wie tief die Spaltung der Gesellschaft vor Ort ging und mit welchem bis in die Familien reichenden Hass auf Andersdenkende die beteiligten Milieus aufeinander reagierten.<sup>299</sup> Der Lübecker Schriftsteller Heinrich Mann hat das enge städtische Lübecker Milieu ganz zutreffend in seinem 1914 verfassten und 1918 erschienenen Roman „Der Untertan“<sup>300</sup> - wie dargelegt - beschrieben. In den beiden Tageszeitungen, *Generalanzeiger* und *Lübecker Volksbote* standen sich die Beschreibungen der politischen Sachlagen und die Ansichten über die handelnden Personen und ihre Motive diametral gegenüber. Einen guten Einblick gibt die

---

299 Siehe auch den aufschlussreichen „Aufruf an das Gesamtministerium zum Umgang mit Anhängern der Räterepublik“ v.11.6.219, MNN Nr.226, veröffentlicht in : Das Kabinett Hoffmann II, Teil I, 31.Mai - 1.September 1919, München 2017, 2

300 Heinrich Mann, Der Untertan 1918, <https://freeditorial.com/en/books/der-untertan/downloadbookepub/pdf>



Darstellung der Ereignisse um die Volksentscheid vom 6. Januar 1924 im Generalanzeiger, den Max Knie referiert und der Berichte des Lübecker Volksboten unter Leitung von Julius Leber.<sup>301</sup> Bürgertum und Arbeiterschaft bzw. ihre Vertreter lebten offenbar in anderen Welten. In dieser Redeschlacht begegneten sich die Hauptakteure der Lübecker Politik, Neumann und Leber.<sup>302</sup>

Als der promovierte, im Ersten Weltkrieg verwundete und mehrfach militärisch ausgezeichnete Leutnant und Journalist Julius Leber dann 1927 die Tochter Annedore (1904-1968) des Direktors des Lübecker Katherineums, Dr. Georg Rosenthal, heiratete, geschah das gegen den erklärten Willen der Eltern.<sup>303</sup> Denn die Maßstäbe für den Umgang der höheren Töchter in Lübecker gebildeten

---

301 <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/Leber-contra-Knie.pdf>

302 <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/Neumann-20.1.1924.pdf>

303 Dertinger, 20

Kreisen waren damals eindeutig: Mit Sozialisten hatte man trotz Promotion, Kriegsteilnahme, Tapferkeitsauszeichnung, Offizierspatent nichts zu schaffen; erst recht nicht mit dem „roten Krawallmacher“ Leber.

Erst später wurde man sich bei den Rosenthals einig: im Widerstand gegen Hitler. Katharina Christiansen (1929-2008), die Tochter der Lebers, schildert, dass ihr Großvater, Georg Rosenthal, den Schwiegersohn „von zweifelhafter Herkunft“ niemals wirklich akzeptierte, und dass die Großmutter, Auguste Rosenthal, ihrer Tochter Annedore nie müde wurde zu erklären, *„Das haben wir alles deinem Mann zu verdanken.“*<sup>304</sup>

Georg Rosenthal nahm sich im März 1934 nach seiner Entlassung aus dem Schuldienst das Leben, etwa zeitgleich mit der Ermordung Erich Mühsams im Juli 1934 im

---

304 Dertinger, 20

Konzentrationslager Oranienburg und gefolgt von dem Suizid Ludwig Frahms, 1935, dem Großvater Willy Brandts.

Bis in unsere Gegenwart wirken brachiale nationalistische Zeugnisse der Weimarer Kulturschaffenden und werden kritiklos von Bundeswehr, Stadtverwaltung und Teilen der Eliten mit Kränzen bedient, wie etwa der kriegerische „Betende Krieger“ - mit dem Stahlhelm vor der Brust - auf dem Burgtor-Friedhof.<sup>305</sup>



<sup>305</sup> zur Auseinander  
Sonntag, 3.5.19

Denkmals am  
f.,46

Ein Anlass, sich bei diesem Sachverhalt mit der Verarbeitung der „anderen Geschichte“ der Weimarer Republik in Lübeck auseinanderzusetzen, bestand lange Zeit nicht. Wenn man diese erschütternden Details zur Wirkung des Wahrnehmungsfilters in der präfaschistischen Lübecker Zeit lüftet, geht es nicht um die *Vaterlose Gesellschaft*<sup>306</sup> Mitscherlichs in der Nachkriegszeit. Es ist die Zeit der Großväter und Urgroßväter. Es ist die Bereitschaft, sich auf deren Spuren zu begeben. Ganz im Sinne der langen soziopathologischen Zyklen Norbert Elias.<sup>307</sup> Material liefern die literarischen Zeugnisse unserer Stadt in Überfülle.

Es ist aber wie bei allen Herangehensweisen an sperrige Oberflächen, zunächst fallen die äußersten Spitzen ins Auge. Dazu zählt der Umgang der Possehl-Stiftung mit ihrem Gründer.

---

306 Mitscherlich, Alexander, Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft, München 1973

307 Elias

# VII. Possehl-Stiftung und ihr Umgang mit dem Gründer

Stiftung und Gründer sind zu keiner Zeit in Lübeck getrennt gewürdigt worden. Darin, dass das nie geschah, liegt m.E. ein Teil der ganzen Schiefelage. Deshalb war es auch ein entscheidender Fehler, dass der Auftrag an Axel Schildt<sup>308</sup> zur Fertigung einer Festschrift anlässlich des 100. Gründungsjahres auf die Stiftung eingeschränkt wurde, ohne dass zugleich - getrennt davon - eine Arbeit zur Persönlichkeit Emil Possehls vergeben worden ist.

Das mag aus der Sicht zur Zeit der Auftragsvergabe begründet sein. Ist aber im Ergebnis falsch. Denn als Ergebnis führt die so

---

308 <https://bit.ly/32CvHGB>

entstandene Festschrift<sup>309</sup> „*Possehl. Geschichte und Charakter einer Stiftung*“, zu einer Vertiefung des angesprochenen Irrtums. Der klassisch autoritäre Charakter der Person Emil Possehl, ganz i.S. der Begriffsstudie Adornos<sup>310</sup>, wird wegen der vermeintlichen Freischreibung durch den gesuchten, unabhängigen und anerkannten Historiker Axel Schildt (1951-2016) heute noch enger mit der Stiftung verbunden. Niemand problematisierte die Auftragsbeschränkung auf die Stiftung und die damit verbundene Ausblendung der Studie zu Possehls Person. Ein Bären dienst.

Das ist bei der historischen Bedeutung Emil Possehls für die Stadtrepublik und der von ihm vertretenen Reichspolitik ein Dilemma. Anders als für Richard Wagner und seine Stiftung hat die Aufklärung über die Person des Stifters m.E. in Lübeck noch nicht begonnen. Dass eine solche Gedächtnisarbeit beim Kaliber dieser Persönlichkeit und der langjährigen Fraglosstellung Emil Possehls und der mit der Stiftung verbundenen Stadelite, die nie gelernt hat, Stifter von Stiftung zu trennen, schwer fällt, und

---

309 Schildt, Possehl, 2019

310 Adorno, Studien zum autoritären Charakter, 12.Auflage, Frankfurt a. Main 1995

diese Auseinandersetzung lange Zeit in Anspruch nehmen wird, zeigt andernorts der Versuch einer Aufarbeitung in der Bayreuth-Stiftung (Richard-Wagner-Stiftung Bayreuth).

Das Bayreuther Festspielhaus wird leider immer noch als Pilgerstätte für die rassistisch-völkische Person Wagners<sup>311</sup> missverstanden. Aber es sind dort doch einige Fakten herausgearbeitet. Im Gegensatz zu Lübeck. Indes, Wagner ist nicht Possehl. Und Possehl hat auch keine Weltmusik geschrieben, die man sich immer noch (gerne) anhören kann (muss).

Man mag sich angstvoll fragen, was denn aus der Stiftung wird, wenn publik werden sollte, dass der Stifter ein beispielhafter völkischer Nationalist war, der zum Vorbild nicht taugt. Die Antwort ist einfach. Sie schließt sich durchaus an die herrschende Diskussion um Cancel Culture an. Stiftung und Stadt würden über den Diskurs im Ergebnis m.E. endlich befreit. Die Stadt könnte ihrer Weimarer Epoche bewusst und die Stiftung von dem falschen Blick auf Emil Possehl befreit werden.

---

311 <http://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/03/Der-aufhaltsame-Weg-in-den-voelkischen-Faschismus-.pdf>, Fußnote 9

Heute ist es offenbar immer noch erforderlich, zur Preisverleihung die Preisträger:innen zusammen mit dem Stifter Emil Possehl in der Senatstracht von 1913 abzubilden. Diese kam ja schon damals, als sie (auf Wunsch der Mehrheit des Possehl-Senats nach der Bürgermeister Tracht von 1813 geschneidert) eingeführt worden war, so veraltet daher, dass selbst Antjekatrin Grassmann feststellen musste: „...wie ja eigentlich diese verspätete und nicht mehr zeitgemäße Neuerung ein Schlaglicht



Emil Possehl



auf das Selbstverständnis des Senats vor dem Ersten Weltkrieg  
wirft.“<sup>312</sup>

Steht nach alledem die Persönlichkeit Emil Possehl mit ihren  
dargestellten durch und durch völkischen  
Charaktereigenschaften wirklich noch für die zukunftsgerichtete  
und großartige Arbeit der Stiftung? Gründer ja. Vorbild nein.

Entzauberung hat bisher nie geschadet. Weder in Kirche,  
Gesellschaft, Wissenschaft oder Politik. Vielmehr ist ein  
Neubeginn immer befreiend. Brücken, Straßen, Gebäude, Preise  
usw. müssen nicht zugedeckt, wie etwa durch das schöne Tuch  
von Maria Moser über der behn'schen Skulptur in St. Jacobi,  
oder umbenannt werden. Alles bleibt ansonsten beim Alten, nur  
die kulturelle Wahrnehmungsbrille<sup>313</sup> würde gewechselt. Und das  
ist entscheidend. Vielleicht fände Emil Possehl dann seine  
verdiente Ruhe.

---

312 Grassmann, A., Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte  
und Altertumskunde, Band 61, Lübeck 1981, S. 271 [https://vlga.de/file/  
zvlga\\_61\\_1981.pdf](https://vlga.de/file/zvlga_61_1981.pdf), mit dem Hinweis auf das Vorbild der antiquierten  
BürgermeisterTracht von 1813

313 Wortmaschinen: <http://michaelbouteiller.de/archive/2749>

Die Qualität der Entscheidung Emil Possehs, die Stiftung zum Alleinerben zu bestellen,<sup>314</sup> bleibt außergewöhnlich. Alles Gute und Schöne in der Stadtrepublik zu fördern, war und ist ein bewegendes Geschenk an Stadt und Bürger:innen. Es verpflichtet Stadt und Stiftung jetzt und in Zukunft wechselseitig zu Respekt, Vertrauen, Transparenz und Wahrheit. Zum Guten und Schönen.

---

314 <https://www.possehl-stiftung.de/files/Das%20Testament%20Emil%20Possehs.pdf>

# LITERATURLISTE

1. Adorno, Theodor W., Studien zum autoritären Charakter, 12. Auflage, Frankfurt a.M.1995
2. Adressbuch der Freien und Hansestadt Lübeck, Lübeck 1918, <https://digital-stadtbibliothek.luebeck.de/viewer/fullscreen/L130311918/13/>
3. Akte Neues Senatsarchiv Nr. 1306 mit dem Titel:  
„Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (darin: Erwidernng des Polizeisenators Fritz Mehrlein auf den Antrag der NSDAP-Ortsgruppe Lübeck auf Aufhebung des Redeverbots für Adolf Hitler vom 27. März 1926)“ (dort: „Herbst 1925“)
4. Akten des Bundesarchives, bzw. der preußischen Staatskanzlei unter [http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0a1/ma3/ma31p/kap1\\_2/kap2\\_13/para3\\_1.html](http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0a1/ma3/ma31p/kap1_2/kap2_13/para3_1.html)
5. Alldeutsche Blätter 1901,S.60,
6. Alldeutscher Verband, [https://de.wikipedia.org/wiki/Alldeutscher\\_Verband](https://de.wikipedia.org/wiki/Alldeutscher_Verband), 4.4.2021
7. Anschütz, Gerhard, Thoma, Richard, Handbuch des deutschen Staatsrechts, Tübingen 1930,
8. Arendt, Birte, Niederdeutschdiskurse. Spracheinstellungen im Kontext von Laien, Printmedien und Politik,Niederdeutschdiskurse (eBook) PDF, Berlin 2010
9. Arendt, Hannah, Über das Böse.Eine Vorlesung zu Fragen der Ethik, München 2007; <https://michaelbouteiller.de/archive/3045>
10. Aufruf an das Gesamtministerium zum Umgang mit Anhängern der Räterepublik v.11.6.219, MNN Nr.226, veröffentlicht in : Das Kabinett Hoffmann II, Teil I, 31.Mai - 1.September 1919,München 2017, S.2
11. Beck, Dorothea, Julius Leber, Goldmann Verlag 1994

12. Blöcker, Karsten, „Verfassungstag“, Lübeckische Blätter 2020, S.138
13. Böckenförde, Ernst-Wolfgang, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: Recht, Staat, Freiheit. 2006, S. 112 f.
14. Böckenförde, Ernst-Wolfgang in der FAZ vom 13.5.2015, Begriffsklärung, Rechtsstaat oder Unrechtsstaat?
15. Bourdieu, Pierre, Die feinen Unterschiede, Frankfurt a.M.1987
16. Brandt, Willy, Erinnerungen, Berlin 1999
17. Brandt, Willy, Links und frei, Mein Weg 1930-1950, Hamburg 1982
18. Brecht, Arnold, Mit der Kraft des Geistes, Lebenserinnerungen, Zweite Hälfte 1927-1967, S. 181 ff., Stuttgart 1967
19. Brockhaus, Paul, [https://de.wikipedia.org/wiki/Paul\\_Brockhaus](https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Brockhaus), 4.4.2021
20. Bruno, Ido, Richard Wagner Aus der Sicht eines Dirigenten, der die von ihm bewunderte Musik von der rassistischen Ideologie sauber trennt, FR vom 27.9.2019, S.32
21. Bürgerschaftswahlen von 1898 bis 1913, <https://www.wahlen-in-deutschland.de/klPreussen.htm>
22. Buss, Hansjörg, „Entjudete“ Kirche: Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918-1950), Paderborn 2011;
23. Claß, Heinrich (Frymann, Daniel), Das Kaiserbuch. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Wenn ich Kaiser wär, Leipzig 1925
24. Claß, Heinrich, Deutsche Geschichte von Einhart, Leipzig 1909
25. Curtius, Paul, Erinnerungen an Senator Emil Possehl, Mitteilungen des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Heft 14, 1926, S.183-213
26. Dahrendorf, Ralf, Erinnerungen an einen großen Deutschen. Ein Mann geht seinen Weg. Julius Leber, der Nationalsozialismus und der deutsche Widerstand.
27. Darmaun, Jaques, Thomas Mann, Deutschland und die Juden, Tübingen 2003, S.14ff.;
28. Dennig, Hellmut, Emil Possehl als Persönlichkeit, Der Wagen, Lübeck 1958, S. 133-136
29. Dertinger, Antje, Heldentöchter, Bonn 1997
30. Detering, Heinrich, in: ZdK - Zentralkomitee der deutschen Katholiken | Veröffentlichungen | Reden und Beiträge | Detailseite | Impulsvortrag zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten – "Wer ist wir?" (Prof. Dr. Heinrich Detering) mit weiteren Beispielen; aus Deterings hier angegebenen Text sind auch die zitierten Redebestandteile entnommen.

31. Deutschlands Sozialdemokraten auf dem Parteitag in Lübeck 1901, nach Berichten von Hjalmar Branting, Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 1996, S.181-223, [https://vlga.de/file/zvlg\\_a\\_76\\_1996.pdf](https://vlga.de/file/zvlg_a_76_1996.pdf)
32. Duesberg, Gerd, Die Lübeckische Landesverfassung. Ihre Entwicklung, ihr Wesen und ihre Grundgedanken, Lübeck 1926
33. Eickhölter, Manfred, Höllenfahrt und Zwangsbekehrung, Lübeckische Blätter 2014, S.247
34. Elias, Norbert, Studien über die Deutschen, Frankfurt 1992
35. Elias, Norbert in: J. Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980, S.98-122, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-135461>)
36. Enns, Abram, Kunst und Bürgertum, Die kontroversen zwanziger Jahre in Lübeck, Hamburg 1978
37. Fast, Jan-Jasper, vom Handwerker zum Unternehmer. Die Lübecker Familie Possehl, Lübeck 2000
38. Fesser, Gerd, Die Mutterlauge der Nazis, Zeit online vom 8. Juli 1994, <https://www.zeit.de/1994/28/die-mutterlauge-der-nazis>; die Bezeichnung des ADV als Mutterlauge geht nach Fesser, (ebda.) auf Michael Freund zurück,
39. Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht, die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Droste, Düsseldorf 2013 (1961)
40. Foroutan, Naika, Das Phantom Rasse, Wien 2018
41. Foroutan, Naika, Interview. [https://m.tagesspiegel.de/politik/migrationsforscherin-naika-foroutan-ich-sehe-da-eine-emotionale-distanz/22830476-2.html?](https://m.tagesspiegel.de/politik/migrationsforscherin-naika-foroutan-ich-sehe-da-eine-emotionale-distanz/22830476-2.html?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com)  
[utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com](https://www.google.com)
42. Freche, Julian, Milieus in Lübeck während der Weimarer Republik (1919–1933), Ki
43. Friedländer, Saul, Das Dritte Reich und die Juden, 2. Auflage, München 2008
44. Gedenkort Leber, Redaktionsräume des Lübecker Volksboten befanden sich im zerstörten alten Gewerkschaftshaus, Lübeck, Johannisstraße 46–48, heute Ordnungsamt, <https://gedenkort-leber.de/2018/06/spurensuche-in-luebeck/>
45. Geist Jonas, Versuch, das Holstentor im Geiste etwas anzuheben, Zur Natur des Bürgertums, Berlin 1976
46. Goette, Jürgen-Wolfgang, Emil Possehl, Nationalist und Mäzen, Unser Lübeck, 8.7.2016, <https://www.unser-luebeck.de/magazin/stadt/5845-emil-possehl-nationalist-und-maezen>
47. Görtemaker, Manfred Thomas Mann und die Politik, Frankfurt 2005

48. Gosewinkel, Dieter, „Beim Staat geht es nicht allein um Macht, sondern um die staatliche Ordnung als Freiheitsordnung“, Biographisches Interview mit Ernst-Wolfgang Böckenförde, in Wissenschaft Politik Verfassungsgericht,
49. Grassmann, A., Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Band 61, Lübeck 1981, S.271
50. Grassmann, Antjekathrin, hrsg., Lübecker Geschichte, Lübeck 1988
51. Greiffenhagen, Martin, Die Deutschen: N.Elias und die Politische Kulturforschung, [www.uni-bielefeld.de](http://www.uni-bielefeld.de/ZIF)>ZIF,S.8
52. Gross, Raphael, Carl Schmitt und die Juden.Eine deutsche Rechtslehre, Frankfurt a.M. 2000
53. Hardt, Michael, Negri, Paolo, Empire, Die neue Weltordnung, Frankfurt 2003
54. Hauschild, Wolf-Dieter, Kirchengeschichte Lübecks, Christentum und Bürgertum in neun Jahrhunderten, Lübeck 1981, Lübeck 1981
55. Heidegger, Martin Heidegger 1933 ( <http://michaelboutailler.de/heidegger-rektorratsrede>).
56. Heise, Carl Georg (s. Hildegard Heise, [https://de.wikipedia.org/wiki/Carl\\_Georg\\_Heise](https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Georg_Heise), 16.10.2019)
57. Heraus zum Kampf! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Lübeck 1866-1949, bearbeitet von Ingrid Bounin, herausgegeben von der Verwaltungsstelle Lübeck der Industriegewerkschaft Metall, 1987
58. Heytmeier, Wilhelm, Gewalt, 2.Auflage, Weinheim 1996
59. Hong, Mathias im Verfassungsblog, <https://verfassungsblog.de/boeckenfoerde-der-ausnahmezustand-und-carl-schmitt-was-boeckenfoerde-von-schmitt-gelernt-hat-und-was-schmittianer-von-boeckenfoerde-lernen-sollten/>, 9.Mai 2019
60. Jasper, Gotthart, Justiz und Politik in der Weimarer Republik, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1982, S.167
61. Jessen, Jens, Im Reißwolf der Moral, Zeit online, zeit .de, 30.10.2019
62. Jungcurt, Uta, Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik, Oldenbourg Schulbuch Verlag, mit einem Überblick über die gegenwärtige Forschungslage, Berlin 2016, S.7 f.
63. Kapp-Pusch, <https://de.wikipedia.org/wiki/Kapp-Putsch>, 16.10.2019
64. Kastner, Jens, Herrschaft und Kultur - Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei Gramsci und Bourdieu, 2015, <https://www.kubi-online.de/artikel/herrschaft-kultur-gemeinsamkeiten-unterschiede-gramsci-bourdieu>
65. Kelsen, Hans, Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, entwickelt aus der Lehre vom Rechtssatze, Tübingen 1911, 2. photo-mechanisch gedruckte, um eine Vorrede vermehrte Auflage 1923

66. Klinsmann, Luise, Die Industrialisierung Lübecks, Lübeck 1984
67. Knie, Max, 15 Jahre Lübecker Zeitgeschichte. Von der Revolte bis zur Nationalen Erhebung, Lübeck 1933
68. Kohlwege, Karl Ludwig, Vortrag in Breklum, 3. Februar 2015, Die theologische Kritik der Bekennenden Kirche an den Deutschen Christen und dem Nationalsozialismus und die Bedeutung der Bekennenden Kirche für die Neuorientierung nach 1945
69. Kreuzfeld, Bernd, Der Lübecker Industrie-Verein, Eine Selbsthilfeeinrichtung Lübeckischer Bürger 1889-1914, Lübeck 1969
70. Krippendorff, Ekkehard, Staat und Krieg: Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt 1985
71. Krogel, Wolfgang G., Die Stadt als bürgerliche Heimat. Eine Untersuchung zum Geschichtsbild der mittelalterlichen Stadt in der 700-Jahrfeier der Reichsfreiheit Lübecks, Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Band 74/1994, Lübeck 1994, S.225
72. Kruck, Alfred, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Wiesbaden 1954
73. Latronico. Vincenzo, (K) ein Mann der Zukunft, Lettres, Sommer 2021, 78
74. Leber, Julius, Ein Mann geht seinen Weg, Frankfurt a.M. 1952
75. Leber, Julius, [https:// https://de.wikipedia.org/wiki/Julius\\_Leber](https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Leber), 16.10.2019
76. Leicht, Johannes, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012
77. Lepenies, Wolf, Kultur und Politik, Deutsche Geschichten, Betrachtungen eines politischen Mannes, S.71 ff., S.81, Wien 2006
78. Lemo, Lebendiges Museum Online, <https://www.dhm.de/lemo/biografie/heinrich-class>
79. Löwith, Karl, Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933 (1961), Frankfurt a-M.1989 Lokers, Jan: Lübeck 1933–1945 . Was wissen wir, was nicht? Stand und Perspektiven der Forschung . In : , Jan / Hundt, Michael (Hg .): Das Ende des eigenständigen Lübecker Staates im Jahre 1937 . Vorgeschichte, Ablauf und Folgen einer stadtgeschichtlichen Zäsur (Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck, Reihe B, Bd . 52) . Lübeck 2014, S . 97–127
80. Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke Band 6, 1893-1906, Berlin 2014
81. Lübecker Volksbote (LVB), [http://library.fes.de/cgi-bin/populo/zeitung.pl?f\\_MMM=lvb192103&yea=1921&t\\_monlvb&mon=M%E4rz](http://library.fes.de/cgi-bin/populo/zeitung.pl?f_MMM=lvb192103&yea=1921&t_monlvb&mon=M%E4rz)

82. Lübeckische Geschichte, hrsg. von Grassmann, Antjekathrin, Lübeck 1988, 692 - 694
83. Mandelartz, Herbert, „... nötigenfalls Vernichtung.“ Eine Fußnote zu Carl Schmitt, in: vorgänge Nr. 216 (4/2016), S. 77-84.
84. Mann, Heinrich, Der Untertan 1918, <https://freeditorial.com/en/books/der-untertan/downloadbookepub/pdf>
85. Mann, Heinrich, Professor Unrat oder Das Ende eines Tyrannen, München 1905; e-book, Google Play Bücher
86. Mann, Thomas, Betrachtungen eines Unpolitischen, in der Textfassung der Großen kommentierten Frankfurter Ausgabe (GKFA) Thomas Mann, E-Books, 691
87. Mann, Thomas, Briefe an Otto Grauthoff 1894-1991 und Ida Boy-Ed 1903-1928, Frankfurt 1975, 230 ff.
88. Mann, Thomas, Lübeck als geistige Lebensform, Lübeck 1993
89. Mehring, Reinhard, Carl Schmitt, Aufstieg und Fall, München 200
90. Mitscherlich, Alexander, Die vaterlose Gesellschaft, München 1973
91. Modehn, Thomas, Religions Philosophischer Salon, gepostet am 17.3.2019, <https://religionsphilosophischer-salon.de> zum Komplex „Neue Rechte“
92. Morgenstern, Katrin, "Einer wird immer bleiben, um die Geschichte zu erzählen" die narrative Verfasstheit von Hannah Arendts politischer Philosophie, Dissertation Universität Regensburg 2018. <https://docplayer.org/193749883-Einer-wird-immer-bleiben-um-die-geschichte-zu-erzaehlen-die-narrative-verfasstheit-von-hannah-arendts.html>
93. Morstein Marx, Fritz, Hansestädtisches Verfassungsrecht in Gegenwart und Zukunft, Hamburg 1926
94. Möllers, Christoph, Staat als Argument, 2. unveränderte Auflage, Tübingen 2011
95. Muth, Wolfgang Dr. Julius Leber - Leben und Werk, Vortrag Julius Leber Schule am 19.8.2011
96. Neumann, Bürgermeister, Nachruf von Julius Leber, Lübecker Volksbote, 28. April 1928, S.1
97. Neumann, Johann Andreas Martin, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann\\_Martin\\_Andreas\\_Neumann](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann_Martin_Andreas_Neumann), 4,4.2021
98. Norddeutsche Zeitung: Organ des KPD-Bezirktes Wasserkante, zu dem auch Lübeck gehörte
99. Organisation Consul, auch „Schwarze Reichswehr“ genannt, entstand 1920 nach dem gescheiterten Kapp-Putsch als Nachfolgeorganisation der Brigade Ehrhardt. Sie stellte eine militärisch geführte Organisation mit rd. 5.000 Mitgliedern dar, Brigade Erhardt, 1919/1920 in: historisches-lexikon-bayerns.de 1866-1972, Lübeck 1973, S.18,20

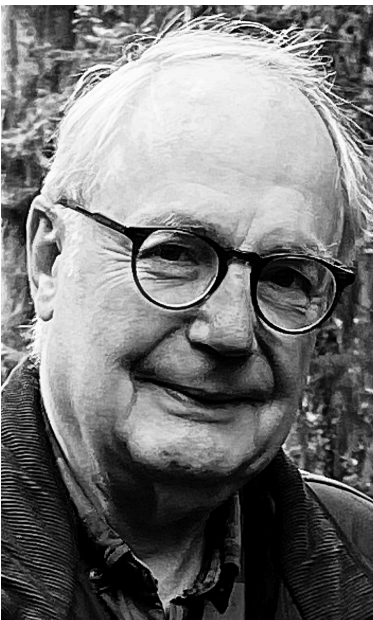


100. Pelc, Ortwin, Theodor Schwarz (1841-1922), Demokratische Geschichte Band 3, Kiel 1988, S.196 - 201
101. Perels, Kurt, in Anschütz, Gerhard, Thoma, Richard, Handbuch des deutschen Staatsrechts, Tübingen 1930, S.679
102. Pomiluek, Klaus-Dieter Walter, Heinrich Wilhelm Beukenberg, Ein Montanindustrieller seiner Zeit, Inaugural-Dissertation, 13.2.2002, <https://docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-3646/1646.pdf>
103. Possehl, Emil, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Possehl](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl), 4.4.2021
104. Preußenschlag, [wikipedia.org](https://de.wikipedia.org), , 15.12.2019
105. Rassistische Bewegung und ihre Vernetzung in den USA, Zeitschrift Stern Nr.35, 22.8.2019, S.50ff.
106. Rassistische Motive der Massenmörder Anders Breivik (Norwegen) und Brentan Tarrant (Australien), [https://religionsphilosophischer-salon.de/11540\\_11540\\_perspektiven-und-probleme](https://religionsphilosophischer-salon.de/11540_11540_perspektiven-und-probleme)
107. Rattle, Simon, Gespräch über die Walküre, BR-Klassik, „Wagner fasziniert - wie die Schlange den Hasen“, Gespräch mit Bernhard Neuhoff, 5. 2. 2019, <https://www.br-klassik.de>;
108. Reichstagswahl 1912 <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=reichtagswahl+1912>, 17.10.2019
109. Reichstagswahlen 1871- 1912: Wahlen im Kaiserreich, [https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahlen\\_in\\_Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahlen_in_Deutschland)
110. Richard Wagner, Judenthum in der Musik, (1850 erstmals veröffentlicht), ein abscheuliches Machwerk mit kruden Vorstellungswelten voll Judenhass.
111. Ritter-Schule, [wikipedia.org](https://de.wikipedia.org), 12.12.2019
112. Röhl, John C.G., Zeitläufte: Das Beste wäre Gas!:in Zeit online, 25.11,1994, [zeit.de](http://zeit.de)
113. Roth, Karl Heinz, Das Großbürgertum der freien Hansestädte und der Faschismus, in: Arno Klönne/Karl A.Otto/Karl Heinz Roth (Hg.),Fluchtpunkte.Das soziale Gewissen der Arbeiterbewegung, Hamburg 2003
114. Rütters, Bernd Die unbegrenzte Auslegung, Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus, 7.Auflage,Tübingen 2012 (1. Auflage 1968);
115. Schaefer, Magdalene, Die staatsrechtlichen Eigentümlichkeiten des Freistaats Lübeck, Inaugural -Dissertation, Sondershausen 1925
116. Schildt, Axel, Gut & Schön, Die Possehl Stiftung, Lübeck, S.12
117. Schildt, Axel, Possehl, Geschichte und Charakter einer Stiftung, Lübeck 2019, Schleswig-Holsteinische Zeitungen und der Nationalsozialismus, Überblick und Kartografie, <http://akens.org/akens/texte/diverses/Presse.pdf>

118. Schmitt, Carl, Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles 1923 – 1939, 52ff aufgenommen. In: Staat, Bewegung, Volk, 3. unveränderte Aufl. 1934, 42ff
119. Schölgen, Gregor, Willy Brandt. Die Biographie, Berlin-München 2001
120. Schwabe, Klaus, Ursprung und Verbreitung des Alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im Ersten Weltkrieg, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1966, S.105 ff.  
[https://books.google.de/books/about/Possehl.html?id=vgmQDwAAQBAJ&printsec=frontcover&source=kp\\_read\\_button&redir\\_esc=y](https://books.google.de/books/about/Possehl.html?id=vgmQDwAAQBAJ&printsec=frontcover&source=kp_read_button&redir_esc=y)
121. Snyder, Timothy, Über Tyrannei: Zwanzig Lektionen für den Widerstand, München 2017
122. Snyder, Timothy, <https://www.perlentaucher.de/9punkt/2021-01-11.html>
123. Sommermann, Karl-Peter, Schaffarzik, Gerd, Hrsg., Handbuch der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Europa, Berlin 2018, E-book, 705-719
124. Spiegel Nr.37, 7.9.2019, 13/65
125. Stegmann, Dirk, „Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts - Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlands-Partei 1912-1918“, [https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band\\_24/Demokratische\\_Geschichte\\_Band\\_24\\_Essay\\_2\\_Stegmann.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_24/Demokratische_Geschichte_Band_24_Essay_2_Stegmann.pdf)
126. Stegmann, Dirk, Die „Deutsche Zeitung“, 1917-1918, Präfaschistische Öffentlichkeit am Ende des Kaiserreichs, in: Kasseler Personalschriften Band 7, hrsg. von Dagmar Bussiek, Simona Göbel, Kultur, Politik und Öffentlichkeit, Festschrift für Jens Flemming, Kassel 2009, S.266-288, (978-3-89958-688-6.volltext.frei, PDF Dokument),
127. Stegmann, Dirk, Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein, [https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band\\_20/Demokratische\\_Geschichte\\_Band\\_20\\_Essay\\_3.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_20/Demokratische_Geschichte_Band_20_Essay_3.pdf)
128. Stegmann, Dirk, Vom Neokonservatismus zum Protofaschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893-1920, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1983, S. 199-230.
129. Stegmann, Dirk, Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII (1972), S. 351-432;

130. Stern, Fritz, Kulturpessimismus als politische Gefahr, 2.Auflage, Stuttgart 2018 ; Thielemann, Christian, Mein Leben mit Wagner, München 2013
131. Thoemmes, Martin, Als die „Grünen Blätter“ braun wurden,
132. van Oyen, Robert Ch., Integration, Die antidemokratische Staatstheorie von Rudolf Smend im politischen System der Bundesrepublik, Wiesbaden 2014
133. Richard Wagner, Judenthum in der Musik, Leipzig 1869 (1850 erstmals veröffentlicht)
134. Wagner, Richard, „Was ist deutsch?“, Bayreuther Blätter 1.2: 29-52
135. Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949, Frankfurt 2008, S.293.
136. Weiß, Volker, Die autoritäre Revolte, Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, 2018
137. Winkler, Heinrich August, Die Einheitsfront von rechts, Zeit online, 25.2.1972.
138. Winter, Rolf, Hitler kam aus der Dankwartsgrube (und kommt vielleicht mal wieder). Eine Kindheit in Deutschland,
139. Wollenberg, Jörg, Das Blut der Menschheit trank der Vampir Stadt...Es lebe die neue, die Generalidee des 20.Jahrhunderts: ‚Land‘! (1919) Völkische Landnahme von rechts und links - eine unterschätzte Gefahr, Ein anderer Blick auf den „Volkshochschulrummel“ (Picht) und den Sündenfall des antiurbanen und völkischen „Grünen Manifestes“ von 1919, Bremen Vampyr Stadt neu pdf\_VHS, S.1f.
140. Wollenberg, Jörg, Von den „Ideen von 1914“ zum Geist von Potsdam 1933“ - Ludwig Roselius und Richard von Hoff „gegen Kriegsschuldflüge und Versklavung“ und für die Volkshochschulen als „heilige Pflanzstätten der Wiedergeburt Alldeutschlands aus germanischem Geist“
141. Wollenberg, Jörg, 100 Jahre Volkshochschule, Republik ist schon viel, Sozialismus unser Ziel“(Gustav Radbruch) – Ein Blick zurück nach vorn, <https://wordpress.com/sites/michaelbouteiller.de>.

## ÜBER DEN AUTOR



Studium Rechtswissenschaften  
Heidelberg und Freiburg,  
Wiss.Assistent Universität  
Bielefeld, Richter am VG Minden,  
Gründungsmitglied Friedenshaus  
Bielefeld (IBZ) 1981, Gründung  
und Aufbau des  
Wasserschutzamtes, Leiter  
Wasserschutzamt Bielefeld,  
Bürgermeister Lübeck,

